

MICHAEL BRIE

LENIN NEU ENTDECKEN

DAS HELLBLAUE BÄNDCHEN ZUR
DIALEKTIK DER REVOLUTION &
METAPHYSIK DER HERRSCHAFT

VSA:

Michael Brie
Lenin neu entdecken

Michael Brie arbeitet als Referent für »Theorie und Geschichte des Sozialismus« am Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Von ihm erschien 2015 das hellblaue Bändchen »POLANYI neu entdecken«; er gibt zudem bei VSA: die Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« heraus.

Michael Brie

Lenin neu entdecken

**Das hellblaue Bändchen
zur Dialektik der Revolution
& Metaphysik der Herrschaft**

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de/stiftung/ifg.html

Die Drucklegung wird finanziell gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-734-0

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

Teil 1

Was tun in Zeiten der Ohnmacht?	13
--	----

Lenins Jahre in der Schweiz,

September 1914 bis August 1917

1. Formulierung eines NEIN	16
2. Arbeit an einer Philosophie dialektischer Praxis	19
3. Entwicklung einer eigenen Erzählung	24
4. Strategisch orientierte Gesellschaftsanalyse	26
5. Theorie der Revolution – Revolution der Theorie	32
6. Epoche als konkrete Handlungssituation	36
7. Staat, Revolution und kommunistische Vision	42
8. Konkrete Einstiegsprojekte als alternatives JA	48
9. Ausblick	50

Teil 2

Was tun im Kampf für eine neue Welt?	53
---	----

Verfassungsgebende Versammlung oder revolutionärer

Aufstand, September 1917 bis Januar 1918

1. Staat als Organ der Klassenherrschaft	63
2. Diktatur des Proletariats und Freiheitsrechte	66
3. Souveränität des Volkes – Aufstand und Bürgerkrieg	76
4. Legitimität des Terrors	81

Teil 3

Was tun mit der Macht? 86

Die Revolution am Scheideweg,
Dezember 1920 bis März 1923

1. Formulierung eines Ja, aber 98
2. Philosophische Reflexion. Die dialektische Logik 99
3. Neue Erzählung: Abstieg beim Aufstieg 105
4. Analyse Sowjetrusslands 111
5. Transformation nach der Revolution
und neue Einstiegsprojekte 114
6. Auf dem Weg zu einer Neubestimmung
von Sozialismus 123
7. Einheit der Partei und Steuern
durch unbekannte Gewässer 127

Teil 4

Wer über den Stalinismus redet, darf vom Leninismus nicht schweigen 137

Literatur 150

Ich widme dieses Buch
meinem Vater
Horst Brie
(1923 bis 2014)

Vorwort¹

Der Titel dieses hellblauen Bändchens »Lenin neu entdecken« ist sehr persönlich gemeint. Das, was ich hier vorlege, ist meine eigene Entdeckungsreise. Es ist über vierzig Jahre her, dass ich in Leningrad als Philosophiestudent in dem Internationalen Buchladen auf dem Newski-Prospekt die ersten der rund vierzig dunkelbraunen Bände der Lenin-Werke kaufte – jeden Band für rund einen Rubel. Im Laufe der Jahre hatte ich dann alle zusammen, auch die Briefbände. Bei Spezialseminaren an der Humboldt-Universität und in meiner Habilitation habe ich umfangreich auf einzelne Schriften dieser Werkausgabe zurückgegriffen.

Fast vierzig Jahre später aber, im Frühjahr und Sommer 2016, habe ich etwas nachgeholt: Ich habe die Werke und Briefe in einem Zuge chronologisch gelesen und umfangreiche Auszüge angefertigt. Auf dieser Materialbasis ist das vorliegende Büchlein entstanden. Ich wollte besser verstehen, wie Lenin dachte. Denn, wie Louis Althusser schrieb, »niemand (kann) leugnen, dass Lenin *denkt*, dass er systematisch und rigoros denkt« (Althusser 1974: 27). Er hat wie nur ganz wenige andere in der Weltgeschichte zwei Rollen untrennbar verschmolzen – die eines mit eisernem Willen eingreifenden Politikers und die eines strategisch-gesellschaftsanalytischen Denkers (Hill 1971: 162).

Ich habe versucht, *Lenin vor allem zu verstehen*, mich der Logik seiner Argumentation zu stellen, sie in ihrem Zusammenhang zu rekonstruieren. Ich ging und gehe davon aus, dass er aus tiefster sozialistischer Überzeugung gehandelt hat und aus dieser

¹ Ich möchte an dieser Stelle Lutz Brangsch und Wladislaw Hedeler für ihre Hinweise zum Manuskript danken, die mich vor Fehlern bewahrten und mir halfen, die eigenen Überlegungen zu präzisieren. Danken möchte ich auch Gerd Siebecke und dem VSA: Verlag für die Beharrlichkeit, das Manuskript einzufordern, und meinen Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Toleranz gegenüber meiner Entdeckungsreise.

Überzeugung heraus bereit war, alle damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Diese Überzeugung wollte ich nachvollziehen und Konsequenzen verdeutlichen. Das Buch ist also weder eine Biografie noch eine Gesamtdarstellung von Lenins Werk oder dessen Einordnung in seine Zeit. Es ist der Versuch einer Rekonstruktion zentraler, strategisch relevanter Positionen *aus dem Werk selbst heraus*.

Beim Lesen der Werke und Briefe haben mich vor allem vier Fragen beschäftigt: Erstens wollte ich die strategische Eingriffskraft Lenins in der Russischen Revolution von 1917 verstehen, soweit sie durch sein eigenes Werk bedingt war. Deshalb habe ich mich im ersten Teil des Buches seiner Arbeit zwischen August 1914, dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, und dem Oktober 1917 zugewandt.² Zweitens habe ich mich gefragt, wieso er so sehr auf dem bewaffneten Aufstand im Oktober 1917 bestand und bereit war, im Januar 1918 die frei gewählte Verfassungsgebende Versammlung aufzulösen. Drittens wollte ich verstehen, wie er sich den inneren Widersprüchen des sowjetischen Systems zu stellen suchte, wie es im Gefolge von Revolution und Bürgerkrieg entstanden war. Dabei sind die rasanten internationalen Entwicklungen der Jahre zwischen 1918 und 1922 mitzudenken. Viertens habe ich mich der Frage des Leninismus zugewandt. Dies ist weniger ein Blick auf Lenin, sondern auf das ideologisch-politisch-gesellschaftliche System, an dessen Entstehung er entscheidend mitgewirkt hat.

Wer sich einen Einblick in die Ereignisse von 1917/18 in Petrograd verschaffen will, greife am besten auf die jetzt auch auf Deutsch erschienenen Bücher von Alexander Rabinowitch (2010, 2012) zurück. Mit großer Empathie und enormem Detailwissen stellt der russische Historiker Vladlen Loginov Lenins Wirken des Jahres 1917 dar (2013), doch liegt das Buch nur auf Russisch vor. Auch Wolfgang Ruges Buch über Lenin muss genannt werden (2010). Als Dokument eines brillanten Zeitzeugen ist die

² Durch diese Entscheidung ist eine der wichtigsten Leistungen Lenins in der Darstellung vorausgesetzt – die Entwicklung der Konzeption der Partei neuen Typus. Siehe dazu u.a. Tony Cliff (2002) und Lars T. Lih (2008).

Schrift »1917. Tagebuch der Revolution« von Nikolaj Suchanow (1967) sehr zu empfehlen. Ein hart realistisches Bild der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts bis 1924 in Russland entfaltet Orlando Figes (2014).

Unter den vielen Lenin-Biografien möchte ich vor allem auf das dreibändige Werk von Tony Cliff verweisen, das vom Standpunkt eines engagierten Trotzisten geschrieben ist (2002, 2004, 2012). Die letzten drei Monate zwischen Anfang Dezember 1922 und Anfang März 1923 sind in dem Buch »Lenins letzter Kampf« von Moshe Lewin minutiös rekonstruiert (Lewin 1979). Eine sehr lebendige Erinnerung hat Angelica Balabanoff mit über 90 Jahren geschrieben (2013). Sie hat lange im engsten Umfeld von Lenin gewirkt. Sehr informativ ist auch die dokumentarische Zusammenstellung von Arnold Reisberg in zwei Bänden (1977a, 1977b), auch wenn sie durch Spuren des Marxismus-Leninismus geprägt sind.

Wer sich der historischen Lenin-Diskussion vergewissern will, die ein halbes Jahrhundert zurückliegt, dem sei das Werk des Projekts Klassenanalyse von 1972 zum Leninismus (Projekt Klassenanalyse 1972) empfohlen. Angesichts dessen, dass die Literatur zu den russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts und zu Lenin fast unübersehbar ist, möchte ich es bei diesen sehr persönlichen Empfehlungen für eine weitergehende Lektüre belassen.

Da dieses Buch aus einer intensiven Lektüre von Lenins Werken entstand, ist es nicht verwunderlich, dass es viele Zitate enthält. Um den Literaturapparat nicht zu groß werden zu lassen, verweise ich einfach auf die deutsche Werkausgabe, die als PDF frei im Internet zu finden ist. Sie erschien seit 1956 beim Berliner Dietz-Verlag im Auftrag des Zentralkomitees der SED und basierte auf der vierten russischen Werkeausgabe. LW steht für Lenin Werke, danach folgen Band und Seitenzahl. Über die Mängel dieser Ausgaben ist viel geschrieben worden, Mängel, die auch die fünfte russische Ausgabe nicht beseitigt hat. Eine sechste Ausgabe, die in den späten 1980er Jahren vorbereitet wurde, kam nie zum Zuge. Bei der Ausgabe der Briefe aus dem gleichen Verlag sind auch nur Band und Seitenzahl angegeben. Eine Reihe unveröffentlichter Dokumente ist seit dieser Zeit zugänglich ge-

macht worden (Lenin 1999). Sie ändern mein Bild auf Lenin nicht, schärfen es höchstens, aber in jenem Sinne, den ich auch schon vor vielen Jahren der Werkausgabe hätte entnehmen können, die ich auf dem Newski-Prospekt kaufte.

Teil 1

Was tun in Zeiten der Ohnmacht?

Lenins Jahre in der Schweiz, September 1914 bis August 1917

»Russland – das ist das Frankreich des gegenwärtigen Jahrhunderts. Gesetzmäßig und zu Recht kommt ihm die revolutionäre Initiative für eine neue soziale Umgestaltung zu.«

Friedrich Engels (zitiert in Lopatin 1883: 488)

Dieses Buch beginnt im August 1914. Es waren bleierne Zeiten. Der Maulwurf Geschichte hatte sich tief vergraben. Und kein Datum hat so sehr die Ohnmacht der Linken in Europa offenbart wie der 4. August 1914, als die Reichstagsfraktion der SPD geschlossen den Kriegskrediten zustimmte. Rosa Luxemburg sprach in diesem Zusammenhang von einer »weltgeschichtlichen Katastrophe« (Luxemburg 1916: 53). Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 marginalisierte die radikale Linke in Europa völlig. Es waren nur wenige, die diesen Krieg sofort und unmissverständlich als innerimperialistische Auseinandersetzung brandmarkten und ihm ihrerseits den Krieg erklärten. Sie bildeten ein kleines Häuflein der Aufrechten: die deutsche Gruppe Internationale, die russischen Bolschewiki und die Gruppe der internationalistischen Menschewiki, die niederländischen Tribunisten, die französischen Syndikalisten, die kleine Sozialdemokratische Partei des Königreiches Polen und Litauens sowie Minderheiten in anderen politischen Gruppen. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wladimir I. Lenin und Anton Pannekoek gehörten dazu. Der Kriegszustand war ein tiefer Einschnitt. Der Klassenkampf war zugunsten des Kriegs der Völker von der Tagesordnung genommen worden. Eine massenwirksame Arbeit wurde durch Zensur und politische Verfolgung fast unmöglich gemacht.

Was also tun, wenn fast gar nichts geht? Dieser erste Teil des Buches wendet sich den Schweizer Jahren Lenins zwischen August 1914 und April 1917 sowie dem Sommer 1917 in Russland zu. Die Nachricht vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte Lenin in dem von Österreich-Ungarn besetzten Teil Polens er-

reicht. Im Juni 1912 war er von Paris, wo er seit 1908 vornehmlich gewohnt hatte, nach Krakau umgesiedelt, um die Beziehungen nach Russland zu intensivieren. Den Sommer 1914 verbrachte er wie schon 1913 im Gasthaus Gutów-Mostowych in Poronin, einem touristischen Ort in der Hohen Tatra. Wegen des Verdachts der Spionage für Russland wurde er sofort nach Kriegsbeginn verhaftet. Durch die Intervention polnischer wie österreichischer Sozialisten kam er frei und reiste mit seiner Frau und deren Mutter so schnell als nur möglich in die neutrale Schweiz aus. Zwei Jahre und acht Monate verbrachte er hier, bis er einen Zug durch das kaiserliche Deutschland nach Schweden nehmen konnte.³ Von hier aus fuhr er über Finnland nach Petrograd, die berühmten Aprilthesen, seine Losungen für eine sozialistische Revolution in Russland, in der Tasche.

In der Schweiz angekommen, war Lenin weitgehend isoliert, die Verbindungen nach Russland waren fast abgebrochen. Er suchte nach Mitarbeitern. Grigori Sinowjew mit seiner Frau und G.L. Šklovskij sowie Ines Armand kamen gleichfalls nach Bern. Dies war »der Freundeskreis, mit dem sich Lenin täglich beriet« (Reisberg 1977a: 560). Das wichtigste Kommunikationsorgan, die Parteizeitung Prawda, war schon im Juli 1914 verboten worden. Die Mitglieder der Fraktion der Bolschewiki in der Duma wurden verurteilt und nach Ostsibirien in die Verbannung geschickt.

Die Zeit des Exils richtig nutzen

Am 19. September 1915 schrieb Lenin an den linken Sozialrevolutionär V.A. Aleksandrovič:

»Werter Genosse! Genossin Kollontai hat mir Ihren Brief übersandt. Ich habe ihn zweimal aufmerksam gelesen. Ihren leidenschaftlichen Protest gegen die Emigration, die Sie offenbar gründlich enttäuscht hat, begreife ich wohl. Aber die Erfahrungen von 1905 haben meiner Ansicht nach bewiesen, dass es Emigration und Emigration gibt. Der Teil der Emigration, der vor 1905 die Losungen und die Taktik der revolu-

³ Siehe zu dieser Zeit im Detail Gautschi (1973). Alexander Solschenizyn hat diese Zeit zum Gegenstand einer Novelle gemacht (Solschenizyn 1980).

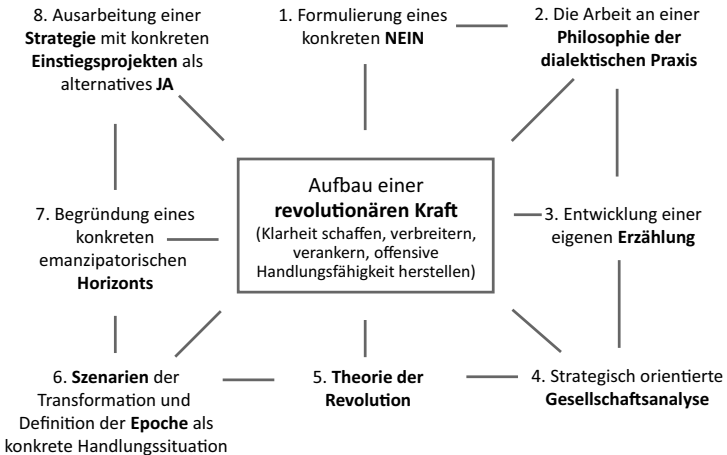
tionären Sozialdemokratie ausgearbeitet hatte, konnte in den Jahren 1905-1907 sofort eine enge Verbindung mit der revolutionären Massenbewegung der Arbeiterklasse in allen ihren Formen herstellen. Ebenso wird es meiner Meinung nach auch jetzt sein. Wenn die Losungen stimmen, wenn die Taktik richtig ist, dann wird sich die Masse der Arbeiterklasse auf einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer revolutionären Bewegung unausbleiblich diesen Losungen zuwenden.« (Lenin, Briefe, Bd. IV/145f.)

Blickt man auf diese dreiunddreißig Monate zurück, die Lenin in der Schweiz verbrachte, so kann man sicherlich sagen, dass kaum jemals zuvor jemand so systematisch und konsequent die Emigration genutzt und sich auf seine politische Stunde vorbereitet hatte wie Lenin. In einer Situation der Handlungsunfähigkeit tat er das, was er konnte: die *Voraussetzungen* für eingreifendes Handeln herstellen. Lenin ging im wahrsten Sinne des Wortes »in sich«. Alles kam auf den Prüfstand. Wie er in seinem Konspekt zu Hegels »Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie« anmerkte: »Die Bewegung der Erkenntnis *zum* Objekt kann stets nur dialektisch vor sich gehen: zurückgehen, um sicherer zu treffen – reculer pour mieux sauter (savoir?) [zurückzutreten, um besser springen (wissen?) zu können].« (LW 38/267)

Im Folgenden sollen die einzelnen Elemente dieses »Zurücktretens« in ihrem *inneren Zusammenhang* skizziert werden. Manches Detail des Wirkens Lenins in dieser Zeit war dem Zufall geschuldet; oft waren äußere Anlässe der Auslöser. Aber das Ganze seiner Arbeit in dieser Zeit der äußeren Ohnmacht ist von beeindruckender Folgerichtigkeit und erklärt im hohen Maße Lenins Fähigkeit, in den Revolutionsmonaten des Jahre 1917, als die Situation ihm entgegenkam, eine strategische Wirkungskraft zu entfalten, die die seiner politischen Gegner weit in den Schatten stellte.

Während oft die einzelnen Schriften Lenins dieser Zeit für sich betrachtet werden, geht es hier um ihre Einbettung in einen strategisch orientierten Suchprozess. Ausgehend von der festen Überzeugung, dass der Krieg in eine europäische sozialistische

Abbildung 1: Lenins Wirken zwischen August 1914 und April 1917



Revolution münden wird, versuchte Lenin wie ein Schachspieler eine ganze Reihe von möglichen Zügen im Voraus zu antizipieren. Es sind acht Elemente, die in Lenins Beitrag mündeten, die Bolschewiki im Herbst 1917 zu befähigen, die politische Führung zu übernehmen und ihre Diktatur zu errichten (Abbildung 1). Es sind aber auch acht Elemente, die besser erklären, warum der Geschichte schreibende Erfolg der Bolschewiki zu einer historischen Sackgasse wurde.

1. Formulierung eines **NEIN**

In vielen Parteien der Zweiten Internationale gab es kleinere Gruppen, die auf den Weltkrieg mit entschiedener Ablehnung reagierten, sich gegen ihre eigenen Parteiführungen wandten und nach einer Strategie suchten, die der neuen Situation gerecht wurde. Auf dem linken Pol der Sozialdemokratie formierte sich ein Zusammenhang, der als *Zimmerwalder Bewegung* in die Geschichte des europäischen Sozialismus einging.

Die Zimmerwalder Bewegung

Die im September 1915 verabschiedete gemeinsame Erklärung erklärte den Krieg – »Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei ...« – als »Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren« (Internationale sozialistische Konferenz 1967: 166). An die Proletarier Europas gewandt, hieß es: »Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen, proletarischen Klassenkampf.« (Internationale sozialistische Konferenz 1967: 168f.)

Innerhalb dieser Zimmerwalder Bewegung wiederum formierte sich eine Linke, deren treibende Kraft vor allem Lenin war. Sie stimmte dem zitierten *Manifest* der Konferenz zwar zu, gab aber zu Protokoll, dass die Erklärung nicht befriedigend sei: Sie enthalte »keine klare Charakteristik des offenen wie mit radikalen Phrasen zugedeckten Opportunismus« und gäbe auch »keine Charakteristik der Hauptkampfesmittel gegen den Krieg« (zitiert in Lademacher 1967: 154).

Lenins Position in der Kriegsfrage war seit dem August 1914 klar: erstens Bruch mit der Zweiten Internationale und Gründung einer neuen, einer kommunistischen Internationale und zweitens Aufstellung der zentralen Losung »Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg«. Hatte er zunächst ungläubig auf die Mitteilung in polnischen Zeitungen reagiert, die SPD habe am 4. August im Reichstag einstimmig für die Kriegskredite votiert, war dann seine erste Bemerkung: »Das ist das Ende der II. Internationale.« (zitiert in Reisberg 1977a: 533)

Kurz nach seiner Entlassung aus der Haft am Beginn des Ersten Weltkriegs entstanden Lenins erste schriftliche Thesen, in denen er im Namen von »führenden Persönlichkeiten der Sozi-

aldemokratischen Arbeiterpartei Russlands« die Bildung einer neuen Internationale forderte, die sich der »bürgerlichen Richtung im Sozialismus unwiderruflich und entschieden zu entledigen« (LW 21/3) habe. Seine zentrale These war, »dass die Proletarier aller Länder gegen die Bourgeoisie aller Länder einen revolutionären Krieg führen« (LW 21/2f.) müssten. Er bestand auf der Ergänzung der legalen durch illegale Kampfmittel. Unter »den Truppen als auch auf den Kriegsschauplätzen« sei Propaganda zu leisten »für die sozialistische Revolution und für das Gebot, die Waffen nicht gegen die eigenen Brüder, die Lohnsklaven anderer Länder, zu richten, sondern gegen die reaktionären und bürgerlichen Regierungen und Parteien in allen Ländern« (LW 21/4).

Dies entsprach Karl Liebknechts Forderung, unerbittlich mit den »Überläufern der Internationale« abzurechnen und prinzipielle Klarheit in »unserer Stellung zum Weltkrieg, als Spezialfall der Prinzipien unserer Stellung zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung« zu schaffen: »Die taktischen Folgerungen aus diesen Prinzipien gilts vor allem ziehn – rücksichtslos; für alle Länder! Burgkrieg, nicht Burgfrieden!« (Brief Liebknechts an die Zimmerwalder Konferenz, zitiert in Lademacher 1967: 55).

Anders als die Mehrheit der Sozialisten dachte Lenin über die konkrete Situation einer fast völligen Handlungsunfähigkeit der Linken hinaus. Er ließ sich bei seinem Aufruf zu Befehlsverweigerung und Aufruhr auch nicht durch das Kriegsrecht abschrecken. Er ging davon aus, dass der Krieg in seiner Konsequenz selbst Krisen schaffen werde, aus denen dann eine revolutionäre Situation hervorgehen würde. Darauf müssten sich die Linken vorbereiten und die Massen, soweit dies überhaupt möglich sei, im Voraus über das Handeln in solchen Situationen aufklären.

Lenins Nein zum Krieg war in seiner Bestimmtheit zugleich eine extreme Zuspitzung. Darin lag seine Stärke, aber auch seine Beschränkung. Die erwartete Revolution wurde als Verwandlung des imperialistischen Kriegs der Sklavenhalter in einen *Bürgerkrieg* gegen die Sklavenhalter verstanden. *Nur* die gewaltsame Entscheidung zwischen absoluten Gegensätzen des Entweder-Oder und nicht *auch* der offene politische Raum von Alter-

nativen stand im Zentrum dieses Revolutionsverständnisses. Und sein Nein zu den »Sozialchauvinisten« und »Opportunisten« war absolut. Es ließ keinen Raum für »Schwanken« oder »Abweichung« gegenüber der als richtig angenommenen Position. Ein gemeinsamer demokratischer Suchprozess wurde so erschwert. Dies nahm die 1920 auf dem II. Kongress der Komintern verabschiedeten 21 Aufnahmebedingungen vorweg.

2. Arbeit an einer Philosophie dialektischer Praxis

1913 erschien der Briefwechsel von Karl Marx und Friedrich Engels. Lenin verfertigte ein ausführliches Konspekt, auf das er im Folgenden immer wieder zurückgriff, und schrieb eine Rezension. Dabei stieß er – im Zusammenhang mit den Diskussionen zwischen Marx und Engels zum »Kapital« – auf Erörterungen zur Philosophie Hegels und zur Dialektik insgesamt. Er vermerkte: »Das *Rationelle* in Hegels ›Logik‹, in seiner Methode. [[Marx 1858: hat Hegels ›Logik‹ wieder durchgeblättert und hätte gern in 2 oder 3 Druckbogen dargelegt, was in ihr das Rationelle ist.]]« (Lenin 1963: 40). Die Bedeutung, die die Dialektik im Briefwechsel von Marx und Engels hat, scheint ihn bewegt zu haben, die Zeit relativer praktischer Untätigkeit einer vertieften Beschäftigung mit Hegels Werk und mit den Schriften weiterer Autoren zu widmen, auf die Marx und Engels immer wieder verwiesen – unter ihnen Heraklit und Leibniz (namentlich Feuerbachs Schrift über Leibniz).

Ein weiterer unmittelbarer Anlass war, dass er an einem umfassenden Artikel über Karl Marx für das russische »Enzyklopädische Wörterbuch Granat« (LW 21/31-80) arbeitete.

»Versucht man mit einem Wort auszudrücken, was sozusagen den Brennpunkt des ganzen Briefwechsels ausmacht, jenen zentralen Punkt, in dem alle Fäden des Netzes der geäußerten und erörterten Ideen zusammenlaufen, so wird dies das Wort *Dialektik* sein. Die Anwendung der materialistischen *Dialektik* bei der radikalen Umarbeitung der gesamten politischen Ökonomie, ihre Anwendung auf die Geschichte, auf die Naturwissenschaft, die Philosophie, die Politik und die

Taktik der Arbeiterklasse – das ist es, was Marx und Engels vor allem interessiert, hierzu haben sie das Wesentlichste und Neueste beigetragen, das ist der geniale Schritt, den sie in der Geschichte des revolutionären Denkens vorwärts getan haben.« (LW 19/550)

Während die ersten großen Schlachten des Weltkrieges geschlagen wurden, in den vier Monaten bis Ende 1914, konzentrierte sich Lenin, misst man es am Zeitaufwand und niedergeschriebenen Texten, auf den genannten Artikel über Karl Marx und auf die Lektüre von Hegels »Wissenschaft der Logik«. Das Sich-Entfernen vom unmittelbaren politischen Kampf konnte kaum größer sein. In der Situation einer umfassenden Krise und fast völligen Handlungsunfähigkeit begann Lenin das Studium der abstraktesten philosophischen Theorie in ihrer reinen Form. Keine dreißig Seiten umfassten seine politischen Stellungnahmen in dieser Zeit, fünfzig Seiten waren Marx gewidmet, und das Konspekt der »Wissenschaft der Logik« allein ist 140 Druckseiten lang. Kein anderes Buch ist von ihm jemals so ausführlich schriftlich ausgewertet worden.

Wie Kevin Anderson in seiner Analyse der Leninschen Hegelrezeption schreibt: »Für einen Marxisten, der gewöhnlich eher als Mann der Organisation denn als Theoretiker angesehen wird, ist das eine überraschende Balance der theoretischen im Verhältnis zu den politischen Schriften« (Anderson 1995: 98; siehe auch Kouvelakis 2014; Löwy 1976) dieser Zeit. Anders als sonst stand bei Lenins Hegellektüre nicht unmittelbar die Analyse der gegebenen Gesellschaft, nicht die Formulierung eigener politischer Positionen und auch nicht die polemische Auseinandersetzung im Vordergrund, sondern die Aneignung von methodologischen Prinzipien, von Strukturen des Denkens und Handelns in Widersprüchen.

Verfolgt man die Leninsche Hegellektüre,⁴ so wird deutlich, wie sie schrittweise zu einem intellektuellen Genuss, zu einer

⁴ Diese Lektüre wird ausführlich analysiert u.a. in Althusser (1974), Kursanow (1976), Arndt (1982: 329-429), Anderson (1995: 57-97).

wirklichen Begegnung wird. Fasziniert war er vor allem vom abschließenden Kapitel der »Wissenschaft der Logik«, der Lehre vom Begriff. Er vermerkte: »In diesem *idealistischsten* Werk Hegels ist *am wenigsten* Idealismus, *am meisten* Materialismus. ›Widersprechend‹, aber Tatsache!« (LW 38/226) Lenin ersetzte in Hegels Darstellungen die praktische Idee des Guten durch den Begriff der Praxis und formulierte dabei eigene Überlegungen, die weit über seinen bisherigen philosophischen Horizont, wie er sich Jahre zuvor in »Materialismus und Empirio-kritizismus« manifestiert hatte, hinausgingen. Auf wenigen Seiten wurden gedrängt u.a. die folgenden Maximen notiert:

»Das Bewusstsein des Menschen widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch. ... Das ›Gute‹ ist eine ›Forderung der äußerlichen Wirklichkeit‹, d.h. unter dem ›Guten‹ versteht man die Praxis des Menschen = Forderung (1) auch der äußerlichen Wirklichkeit (2). *Die Praxis ist höher als die (theoretische) Erkenntnis*, denn sie hat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch der unmittelbaren Wirklichkeit. ...

Die ›objektive Welt‹ ›geht ihren eigenen Gang‹, und die Praxis des Menschen, die diese objektive Welt vor sich hat, begegnet ›Hindernissen bei der Ausführung‹ des Zwecks, sie stößt sogar auf die ›Unmöglichkeit‹ ... Notwendig ist die *Vereinigung von Erkenntnis und Praxis* ...

1. Prämisse: der gute *Zweck* (subjektiver Zweck) versus Wirklichkeit ...

2. Prämisse: das äußerliche *Mittel* (Werkzeug), (das Objektive)

3. Prämisse oder Schlussfolgerung: das Zusammenfallen von Subjektivem und Objektivem, die Probe auf die subjektiven Ideen, das Kriterium der objektiven Wahrheit.« (LW 38/203, 204, 205, 207, 208)

Was gegenüber Marxens 3. Feuerbachthese auffällt, ist, dass Lenin einen Praxisbegriff hatte, der im Rahmen der instrumentellen Vernunft verbleibt, die einzelne Tat herausgreift, bei der sich

ihre Wahrheit am objektiven Ergebnis erweist, nicht aber auch an der Selbstveränderung der Subjekte, ihrer Verhältnisse zueinander und ihren Emanzipationsfortschritten. Praxis wird auf die Subjekt-Objekt-Beziehung reduziert; die Dialektik eines prozessierenden Subjekt-Subjekt-Objekt-Verhältnisses taucht nicht auf. Praxis wird vor allem als Herstellen verstanden, nicht aber als offener Prozess der Veränderung und Selbstveränderung im lebendigen gesellschaftlichen Raum, der nur dann emanzipatorisch wird, wenn die Möglichkeiten freier Diskussion und demokratischen Entscheidens ausgebaut werden.

In seiner kurzen Skizze »Zur Frage der Dialektik« von 1915 versuchte Lenin, die aus der Lektüre von Hegel und anderer Philosophen gewonnenen Reflexionen zusammenzufassen. Vier Thesen stechen vor allem hervor:

1. »Spaltung des Einheitlichen und Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile ... ist das Wesen (eine der ›Wesenheiten‹, eine der grundlegenden, wenn nicht die grundlegende Besonderheit oder Seite) der Dialektik.« (LW 38/338)

2. »Die Einheit (Kongruenz, Identität, Wirkungsgleichheit) der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vergänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Bewegung absolut ist.« (ebd.: 339)

3. »Jedes Allgemeine ist (ein Teilchen oder eine Seite oder das Wesen) des Einzelnen. Jedes Allgemeine umfasst nur annähernd alle einzelnen Gegenstände. Jedes Einzelne geht unvollständig in das Allgemeine ein usw. usw. Jedes Einzelne hängt durch Tausende von Übergängen mit einer anderen Art Einzelner (Dinge, Erscheinungen, Prozesse) zusammen usw. ... Verwandlung des Einzelnen in das Allgemeine, des Zufälligen in das Notwendige, die Übergänge, das Überfließen, den wechselseitigen Zusammenhang der Gegensätze.« (ebd.: 340, 343)

4. »Jedes Bruchstück, Teilchen, Stückchen dieser Kurve kann verwandelt (einseitig verwandelt) werden in eine selbständige, ganze, gerade Linie, die (wenn man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht) dann in den Sumpf, zum Pfaffentum führt (wo sie durch das Klasseninteresse der herrschenden

Klassen verankert wird). Geradlinigkeit und Einseitigkeit, Erstarrung und Verknöcherung, Subjektivismus und subjektive Blindheit, voilà die erkenntnistheoretischen Wurzeln des Idealismus.« (ebd.: 344)

Der entscheidende Beitrag der Hegel-Studien für Lenins Denken war der völlige Bruch mit dem linearen Evolutionsdenken, wie es den Marxismus der Zweiten Internationale über weite Strecken geprägt hatte. Roland Boer spricht in diesem Zusammenhang von einer Dialektik des Bruchs (*ruptural dialectics*) (Boer 2015). Soziale und demokratische Errungenschaften der relativ stabilen Phase des ausgehenden 19. Jahrhunderts waren durch Kautsky und andere in die Zukunft hinein verlängert worden; Lenin wie Luxemburg dagegen sahen die Zeichen der Barbarei an der Wand. Lenin notierte Hegels Darstellungen zum Übergang quantitativer in qualitative Veränderungen, hob das »Abbrechen der Allmählichkeit« hervor, vermerkte für sich, dass »die Allmählichkeit nichts erklärt ohne Sprünge«, und schrieb dreimal hintereinander an den Rand »Sprünge!« (LW 38/115f.). Jede Tendenz, so erkannte er, wird von einer Gegentendenz konterkariert, das Ganze ist durch die sich verstärkende Überlagerung vieler, nicht aufeinander reduzierbarer Gegensätze geprägt und wird dadurch zu einer Totalität, die ständig auseinanderbrechen kann. Das Abgeleitete, Sekundäre, scheinbar Nebensächliche kann in einer konkreten Situation eine bestimmende Rolle bekommen, jähe Wendungen und einzelne Ereignisse unterbrechen die Kontinuität und erlauben radikale Eingriffe.

Dialektik als Kunst, gegen den Wind zu segeln

Walter Benjamin hat in seinen hinterlassenen Schriften Dialektik als Kunst bestimmt, gegen den Wind anzusegeln. Die Begriffe seien die Segel: »Dialektiker sein heißt den Wind der Geschichte in den Segeln haben. Die Segel sind die Begriffe. Es genügt aber nicht, über die Segel zu verfügen. Die Kunst, sie setzen zu können, ist das Entscheidende« (Benjamin 1982: 592). Im gleichen Zusammenhang fallen auch die Formulierungen »Zur Rettung gehört der feste, scheinbar brutale Zu-

griff« und »Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren.« (ebd.)

3. Entwicklung einer eigenen Erzählung

Die postmoderne Verkündigung des Endes der »großen Erzählungen« im Jahr 1979 (Lyotard 2015) korrespondierte mit der Aussage von Margaret Thatcher, dass es keine Gesellschaft, sondern nur »Individuen und Familien« gäbe, was zur ideologischen Grundlage des neoliberalen Marktradikalismus wurde. Es sind aber gerade die Lohnarbeitenden und die subalternen gesellschaftlichen Klassen und Gruppen, die unterdrückten Völker, die auf die kollektive Selbstorganisation zur Durchsetzung ihrer Interessen im besonderen Maße angewiesen sind. Um zu kooperieren, brauchen sie eine gemeinsame Erzählung. Es bedarf einer überzeugenden Begründung, warum kollektive Selbstorganisation sinnvoll ist, welche Ziele zu verfolgen, welche Partner zu gewinnen, welche Gegner zu bekämpfen, welche Mittel legitim sind und welche Schritte unternommen werden sollen.⁵

Lenin begann im August 1914 mit einem Nein. Jedem Nein liegt aber ein Ja zugrunde, das zur Bewusstheit gebracht werden muss, um seine Macht zu entwickeln. Oder wie Albert Camus sagt: »Was ist ein Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt. Aber wenn er ablehnt, verzichtet er doch nicht, er ist auch ein Mensch, der ja sagt aus erster Regung heraus.« (Camus 1997: 21) Das Ja braucht eine eigene Erzählung. Die Funktion solcher Erzählungen ist die Konstruktion einer möglichen kollektiven Identität, wenn bisherige Identitäten ihre Funktion verloren haben. Es geht um die als Idee zu konstituierende Möglichkeit von Gegen-Hegemonie (Haug 2004; siehe zum Konzept der Hegemonie Laclau/Mouffe 2000): Das Getrennte, Gespaltene, Isolierte muss *neu* verbunden werden. Wer keine Erzählung hat, ist schon vor jedem Kampf verloren.

⁵ Zur Grundstruktur einer solchen Erzählung siehe Greimas (1972); zu Bedeutung und Charakter einer solchen Erzählung der Linken in der Gegenwart Klein (2011, 2012).

Eine zentrale Aufgabe, der sich Rosa Luxemburg im Herbst 1914 zu stellen versuchte, war es, die geistige Identität in der Katastrophe des Scheiterns der Sozialdemokratie zu sichern. Sie schrieb im September 1914: »... zerfetzte Begriffe und vernichteten Glauben kann man nicht wieder zusammenleimen« (Luxemburg 1914: 11). Die »sozialistischen Arbeiterinnen und Arbeiter« müssten »schauen, dass sie mitten unter den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft ihre heiligen Ideale nicht auch in Trümmern untergehen lassen« (ebd.), und sie zitierte aus Goethes »Faust«: »Wir tragen / Die Trümmern ins Nichts hinüber / Und klagen / Über die verlorene Schöne. / Mächtiger / Der Erdensöhne, / Prächtiger / Baue sie wieder, / In deinem Busen baue sie auf!« (ebd.)

Wie Rosa Luxemburg wandte auch Lenin im gleichen Augenblick einen beträchtlichen Teil seiner Zeit auf, um in dieser Situation des Bruchs eine eigene Erzählung zu entwickeln, wenn auch weniger poetisch formuliert. Lenin setzte sich vor allem mit den Hauptvertretern der Zweiten Internationale auseinander, die zur Position der »Vaterlandsverteidigung« übergegangen waren. Ein Treffen von Auslandsorganisationen der Bolschewiki nahm Lenins Positionen an und forderte die Schaffung einer Dritten Internationale. Auf der Basis der Verbindung des Kampfes gegen den Krieg mit dem Einsatz für eine Revolution wurde das Ziel gestellt, »die sozialdemokratischen Parteiorganisationen der Arbeiterklasse auf der Basis entschiedener organisatorischer Abgrenzung von den Sozialchauvinisten wiederherzustellen« (LW 21/153).

Das Nein zum Krieg wurde jetzt erzählend eingebettet. Aus der Imperialismusanalyse nahm Lenin die These von der Korruption der oberen Schichten der Arbeiter in den imperialistischen Zentren in seine Erzählung auf. Er wies auf das Interesse dieser Gruppen an kolonialer Unterdrückung hin und verwies auf die Oligarchisierung und Bürokratisierung von Teilen der Sozialdemokratie, die in das bürgerlich-imperialistische parlamentarische politische System integriert wurden. In schneller Folge arbeitete Lenin an Schriften, die die gleiche Position propagieren sollten. Es war vor allem die Erzählung vom Verrat der meisten sozialde-

mokratischen Parteien. Sie seien in einem imperialistischen Krieg auf die Position der »Vaterlandsverteidigung« übergegangen und würden damit objektiv den Krieg unterstützen. Es bedürfe deshalb einer völlig neuen internationalistischen und revolutionären Linken: »In Gestalt der *jetzigen europäischen* Internationale ist nicht der Sozialismus zusammengebrochen, sondern der ungenügende Sozialismus, d.h. der *Opportunismus* und der *Reformismus*.« (LW 21/7) Die Bruchlinie zwischen den verschiedenen Flügeln der Sozialdemokratie wurde in dieser *Erzählung des Verrats* zur Todfeindschaft verschärft.

Immer klarer artikulierte Lenin seine Positionen und suchte sie gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen zu verbreiten: imperialistischer Charakter des Krieges, Kampf für die Niederlage der »eigenen« Regierung, Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen die eigene Regierung, strikte Trennung der revolutionären Sozialdemokratie vom »Sozialchauvinismus« und Aufbau einer eigenen Internationale, revolutionäre Organisation und Propaganda an der Front und im Hinterland, Selbstbestimmungsrecht der Nationen gegenüber den imperialen Mächten und Bündnis mit antikolonialen Bewegungen, Möglichkeit einer erfolgreichen Revolution in nur einem Land (siehe zusammenfassend LW 21/295-341). Hier sind alle Elemente einer guten »Erzählung« vereint: Es gibt Helden und Bösewichte, es gibt gute Ziele und schlechte Absichten, es gibt gute und schlechte Mittel, Helfer und Helfershelfer auf beiden Seiten und natürlich Verräter der guten Sache. Und es wirken große, oft verdeckte Mächte, deren Kraft durch das Handeln der Kontrahenten offenbart wird (Keller/Hafner 1990: 88f.).

4. Strategisch orientierte Gesellschaftsanalyse

Um die konkrete Handlungssituation zu verstehen, wandte sich Lenin der Analyse der kapitalistischen Gesellschaften als System und als Weltsystem zu. In den ersten Kriegsjahren intensivierte Lenin sein Studium der vorliegenden Schriften zum Imperialismus. Er schrieb ein Vorwort zu Bucharins Werk »Imperialismus und Weltwirtschaft«, arbeitete die Hauptwerke der Diskussion zum Imperialismus durch (namentlich Hilferdings Werk »Das

Finanzkapital«; 900 Seiten umfassten seine Exzerpte aus wirtschaftswissenschaftlichen und politökonomischen Schriften aus den Jahren 1915 und 1916 – siehe LW, Bd. 39) und schrieb einen gemeinverständlichen Abriss unter dem Titel »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (zur Einordnung und Entstehung dieses Werkes siehe Hedeler/Külow 2016).

Lenin interessierte, wo sich die möglichen Bruchstellen in den systemischen Zusammenhängen des Imperialismus befinden. Dazu wollte er sich auf die Höhe der Analyse bringen. Sein Ziel war die Identifikation der schwächsten »Kettenglieder«, d.h. jener Punkte, an denen auch schwache gesellschaftliche Kräfte größere Veränderungen auslösen könnten, wenn sie sich die Widersprüche zunutze machen würden. Es sind drei Fragen, um die die Artikel, Schriften und Beschlussvorlagen im Jahr 1916 vor allem kreisten und die im engen Zusammenhang mit seiner Imperialismusanalyse standen: (1) die Analyse der innerimperialistischen Widersprüche und der Möglichkeiten ihrer sozialistischen Lösung, (2) die Untersuchung möglicher Szenarien der Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft sowie (3) das Verhältnis von Imperialismus und nationaler Frage.

Erstens: Bemerkenswert an Lenins Schrift zum Imperialismus ist vor allem, was er hier ins Zentrum rückt, was er »gemeinverständlich« deutlich machen will. Es stehen folgende Thesen im Mittelpunkt der Darlegung, die er in seinem Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von 1919 rekapituliert:

1. Der Imperialismus ist ein parasitärer Kapitalismus, was Wachstum und Entwicklung keinesfalls ausschließt, aber in eine besondere Richtung drängt: »Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des ›Rentnerstaates‹, des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie in steigendem Maße von Kapitalexport und ›Kuponschneiden‹ lebt«. Es wäre ein Fehler, zu glauben, dass diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren in der Epoche des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere die-

ser Tendenzen. Auch würde die Bildung von Monopolen die Konkurrenz nicht beseitigen, sondern nur auf eine neue Stufe heben.

Die inneren und äußeren Widersprüche würden sich verschärfen. »Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England).« (LW 22/305f.) Er ist deshalb »sterbender Kapitalismus« (LW 22/307).

2. Der Erste Weltkrieg ist ein durch und durch imperialistischer Krieg, der mit »Vaterlandsverteidigung« nichts zu tun habe, »ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der ›Einflusssphären‹ des Finanzkapitals usw.« (LW 22/194). Dies schließt aber nicht aus, dass es auch unter diesen Bedingungen Befreiungskriege geben kann. Es gibt ein hohes Maß an ungleichmäßiger Entwicklung a) zwischen den kapitalistischen Hauptzentren und b) zwischen diesen und den von ihnen beherrschten Kolonien, Halbkolonien und unterworfenen Völkern. Imperialistische und koloniale Kriege, aber auch Befreiungskriege sind unvermeidlich.

3. Der Imperialismus ist die unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus, »der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats« (LW 22/198). Der Vergesellschaftungsgrad, die Konzentration und Zentralisation haben eine Stufe erreicht, die die direkte Übernahme der wirtschaftlichen Gesamtleitung durch den Staat möglich macht. Als Bedingung der Entwicklung der Produktivkräfte ist dieser Kapitalismus überflüssig geworden.

4. Die Extraprofite aus der imperialistischen Ausbeutung der Welt erlauben es, dass ein Zehntel der Erdbevölkerung die anderen neun Zehntel auspresst, wodurch eine globale Arbeiteraristokratie bezahlt wird, die die soziale Grundlage des Revisionismus und Opportunismus ist (ebd.).

5. Ein Weg der Reformen ist prinzipiell ausgeschlossen. Er formuliert: »Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vor-

wärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus.« (LW 22/292) Seine Alternative ist klar – die revolutionäre Verschärfung ist der einzig mögliche sozialistische Weg.

Zweitens stand die Analyse der Agrarentwicklung im Zentrum. Angesichts der Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Russland auf dem Lande lebte (rd. 80%), war die Frage, wie diese Mehrheit für eine Revolution zu gewinnen sei, entscheidend. Nach seinen früheren Arbeiten zur Entwicklung des Kapitalismus in Russland mit besonderem Schwerpunkt auf die große Masse der Bauern (siehe LW 3/7-629) wandte er sich nun den USA zu und wollte auch die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland genauer studieren. Die Frage, die er sich stellte, war, ob sich der bäuerliche Eigenbetrieb auf Dauer halten kann. Er kam zu dem Schluss, dass sich die kapitalistische Unternehmensform gegenüber den kleinbäuerlichen Betrieben tendenziell durchsetzt, größere Teile der Bauernschaft deshalb zwangsläufig in einen sich verschärfenden Konflikt mit den kapitalistischen Tendenzen geraten würden. Von einer Abschwächung innerkapitalistischer Gegensätze könne deshalb auch in der Landwirtschaft nicht die Rede sein. Die Alternative sei nur die zwischen dem junkerlich-reaktionären Weg in Preußen oder dem bürgerlich-kapitalistischen Weg in den USA (siehe LW 22/1-100). Die Entwicklung von gemeinschaftlichen Formen der Produktion durch die russischen Bauern, eine Art Agrarsozialismus auf dem Land – das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre – hielt er für illusorisch. Er setzte auf den Klassenkampf auf dem Dorfe und wollte vor allem die landlose und arme Bauernschaft gewinnen.

Eine dritte, für die russische Revolution wesentliche Frage war die nach dem Verhältnis des russischen Zentralstaats zu den Nationen und Nationalitäten auf dem Territorium dieses Reiches, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachten (wenn man die Ukrainer und Belorussen als eigenständige Gruppen erfasst, was die zaristische Volkszählung ausschloss). Während Rosa Luxem-

burg die Bewahrung der großen Staatsverbände als Bedingung ansah, um der nationalistischen Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, und zeitgleich die österreichische Sozialdemokratie demokratische föderalistische Modelle der Reorganisation dieser Staaten konzipierte (Baier 2011), vertrat Lenin entschieden das Recht auf Selbstbestimmung. Fast ein Drittel seiner Schriften des Jahres 1916 waren dieser Frage gewidmet (siehe Krausz 2015: 110ff.). Wichtig ist die von ihm getroffene Unterscheidung zwischen drei unterschiedlichen Typen von Nationen, die er allen generalisierenden Aussagen zu »der« Nation gegenüberstellte, indem er die Ungleichheitsverhältnisse zwischen ihnen ins Zentrum rückte:

»I. Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die bürgerlich-fortschrittliche nationale Bewegung ist hier längst beendet. Jede dieser »großen« Mächte unterdrückt fremde Nationen in den Kolonien sowie im eigenen Lande. Die Aufgaben des Proletariats der herrschenden Nationen sind hier eben dieselben, wie sie im 19. Jahrhundert in England in Bezug auf Irland waren (also Unterstützung der Lostrennung von England – M.B.). II. Osteuropa: Österreich, der Balkan und insbesondere Russland. Hier hat das 20. Jahrhundert besonders die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen entwickelt und den nationalen Kampf verschärft. Das Proletariat dieser Länder kann die Aufgaben der konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht erfüllen und den sozialistischen Revolutionen der anderen Länder nicht beistehen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verteidigen. Besonders schwierig und wichtig ist hier die Aufgabe der Verschmelzung des Klassenkampfes der Arbeiter der unterdrückten und der der unterdrückenden Nationen. III. Die Halbkolonien, wie China, Persien, die Türkei, und alle Kolonien mit einer Bevölkerung von zirka 1000 Millionen Menschen. Die bürgerlich-demokratischen Bewegungen sind hier teilweise kaum im Anfangsstadium, teilweise noch lange nicht beendet. Die Sozialisten haben nicht nur die bedin-

gungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern – diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen –, sondern sie müssen auch revolutionäre Elemente in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern entschieden unterstützen und ihrer Auflehnung, ihren Aufständen, respektive ihrem revolutionären Kriege gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen.« (LW 22/152-154)

Anders als viele Zeitgenossen in den Zentren erkannten Lenin (und Trotzki) frühzeitig die ungeheuren Potenziale, die die antikolonialen und nationalen Kämpfe hatten. Die Risse zwischen den imperialistischen Mächten und den national und kolonial unterworfenen Völkern hätten ein hohes revolutionäres Potenzial. Im Zusammenhang mit dem bewaffneten Osteraufstand in Irland 1916 schrieb Lenin: »Denn zu glauben, dass die soziale Revolution *denkbar* ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums *mit allen seinen Vorurteilen*, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt *der sozialen Revolution entsagen*. ... Wer eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.« (LW 22/363, 364)

Die These, dass es keine »reine« sozialistische Revolution geben könne, war zweifelsohne die wichtigste Schlussfolgerung, die Lenin aus seinen Imperialismusstudien zog. Er erkannte: Es gibt eine Vielzahl von Bruchstellen der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaften und ihres internationalen Systems. An jeder dieser Bruchstellen können systembedrohende Konflikte entstehen, die in ihrer politischen Wichtigkeit keinesfalls hierarchisiert werden können. Radikale linke Politik besteht darin, so die Leninsche Einsicht, der Austragung dieser Konflikte eine sozialistische Richtung zu geben, sie dadurch zu führen. Jeder die-

ser Konflikte habe in sich ein sozialistisches Potenzial, das aktiv freigesetzt werden könne.

5. Theorie der Revolution – Revolution der Theorie

Seit der Formierung der sozialdemokratischen Bewegung in Russland in den 1880er Jahren war deren gemeinsame Position klar gewesen: Russland befinde sich unumkehrbar auf dem Weg zum Kapitalismus und könne diesen auch nicht mehr umgehen. Nicht die Bauernschaft, sondern die entstehende Arbeiterklasse sei die einzig wirklich revolutionäre Klasse. Ein »kleinbürgerlich-bäuerlicher Sozialismus« sei unmöglich, schrieb G.W. Plechanow 1885 in seiner berühmt gewordenen Schrift »Unsere Meinungsverschiedenheiten«. Daraus ergab sich eine Doppelstrategie der Formierung der russischen Arbeiterbewegung zu einer eigenständigen politischen Kraft *und* ihr Kampf für eine grundlegende bürgerlich-demokratische Umwälzung in Russland. Unmittelbar stünde in Russland zunächst die bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung. Sie müsse die Bedingungen für eine möglichst freie und demokratische Entwicklung des Kapitalismus schaffen. Erst *nachdem* diese Bedingungen vorhanden sind, könne der unmittelbare Kampf um den Sozialismus begonnen werden. Es war eine Strategie zweier voneinander unterschiedener Phasen. Sie bildete die Grundlage des von Plechanow in Genf 1884 verfassten »Programms der sozialdemokratischen Gruppe ›Befreiung der Arbeit‹« (Plechanov 1956b). Der Versuch einer unmittelbar sozialistischen Revolution, so Plechanow, sei zum Scheitern verurteilt: Würde die Sozialdemokratie dies versuchen, so wäre das »beschämendste Fiasko der russischen sozialistischen Partei« (Plechanov 1956a: 345) unvermeidlich.

In der Revolution von 1905 gingen die Positionen Plechanows und der Menschewiki einerseits und Lenins und der Bolschewiki andererseits auseinander. Die Bolschewiki hatten schon vor der Revolution die feste Überzeugung gewonnen, dass die russische Bourgeoisie völlig unfähig sei, entschieden mit dem Zarismus zu brechen, und ihr jeder Wille dafür fehle. Sie könne deshalb in einer bürgerlich-demokratischen Revolution auch keine führende Rolle mehr spielen. Diese Rolle sei an die Sozialdemokratie als

Vertreterin der Arbeiterklasse und an die Sozialrevolutionäre als Vertreter der Bauernschaft übergegangen.

Das Nahziel sei die Errichtung einer proletarisch-bäuerlichen Diktatur, die die notwendigen politischen und sozialen Reformen umsetzen müsse. Gegen anderslautende Positionen der Menschewiki sprach sich Lenin für eine Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Regierung aus, wenn sie diese Diktatur durchsetzen wolle. Es ginge um eine »demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft«, die ein Programm »der radikalsten demokratischen Umwälzung« unter einer »sozialdemokratischen Leitung« zu realisieren habe (LW 8/272, 274).

Ziel sei die Errichtung einer »demokratischen Republik, dieser letzten Form der bürgerlichen Herrschaft und der besten Form für den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie« (ebd.: 273). Im Kern lief das auf das Programm einer bürgerlichen Revolution unter sozialistischer Führung hinaus.

Nachdem die Revolution von 1905 gezeigt hatte, wie schwach die zaristische Herrschaft geworden war, wie wenig das Bürgertum Russlands in der Lage war, eine eigene Politik zu verfolgen, und wie schnell es ein Bündnis mit den Kräften des alten Russlands eingegangen war, nachdem aber auch klar wurde, welches revolutionäre Potenzial der russischen Arbeiterklasse sowie auch der Bauernschaft innewohnte und der Zarismus nicht dauerhaft auf die Loyalität der bewaffneten Streitkräfte würde zählen können, radikalisierte sich die Position innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Leo Trotzki entwickelte Ansätze einer Konzeption, die später als Theorie der permanenten Revolution bekannt wurde.

Trotzkis Konzept der ununterbrochenen Revolution

In seiner Schrift »Ergebnisse und Perspektiven« von 1906 schrieb Trotzki: »Man kann den Rahmen aller Fragen der Revolution durch die Behauptung einschränken, unsere Revolution sei in ihren objektiven Zielen und damit ihren zwangsläufigen Ergebnissen nach eine bürgerliche, und man kann dabei die Augen vor der Tatsache verschließen, dass der Hauptakteur in dieser bürgerlichen Revolution das Proletariat ist, das

durch den gesamten Verlauf der Revolution genötigt wird, die Macht zu ergreifen. Man kann sich dessen versichern, dass im Rahmen einer bürgerlichen Revolution die politische Herrschaft des Proletariats nur eine vorübergehende Episode sein wird, und dabei vergessen, dass das Proletariat, wenn es einmal die Macht in die Hand bekommen hat, sie nicht ohne verzweifelten Widerstand wieder abgeben wird, sie solange nicht loslässt, bis sie ihm von bewaffneter Hand entrissen wird. Man kann sich dessen versichern, dass die sozialen Bedingungen Russlands noch nicht reif für eine sozialistische Wirtschaftsordnung sind, ohne dabei zu bedenken, dass das an die Macht gelangte Proletariat durch die ganze Logik seiner Position unabweichlich dazu getrieben wird, die Wirtschaft in staatliche Regie zu nehmen.« (Trotsky 1969: 66f.)

Trotzki kam ausgehend von seiner Vision der »ununterbrochenen Revolution« (ebd.: 80) zu dem Schluss: »*Ohne die direkte staatliche Unterstützung durch das europäische Proletariat kann die russische Arbeiterklasse sich nicht an der Macht halten und ihre zeitweilige Herrschaft nicht in eine dauerhafte sozialistische Diktatur umwandeln.*« Daran kann nicht einen Augenblick lang gezweifelt werden. Aber andererseits kann auch nicht daran gezweifelt werden, dass eine sozialistische Revolution im Westen es uns erlaubt, die zeitweilige Herrschaft der Arbeiterklasse direkt in eine sozialistische Diktatur zu verwandeln.« (ebd.: 105)

Spätestens mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde die Konzeption zweier Phasen der russischen Revolution für Lenin immer fragwürdiger. Denn wenn gesamteuropäisch die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stand, wenn deren Sieg in einzelnen Länder möglich schien, wenn durch Imperialismus und Krieg der Sozialismus objektiv wie subjektiv geradezu zur Tagesaufgabe wurde, um den drohenden zivilisatorischen Zusammenbruch aufzuhalten, dann schien es, dass die Forderungen nach Demokratie, sozialen Rechten, Land für die Bauern, nationaler Selbstbestimmung nur noch als Teil einer direkt sozialistischen Revolution erreichbar seien.

Mit der Februarrevolution radikalisierte sich Lenins Position. Mit dem ganzen Wissen, das er sich in den zurückliegenden Jahre erarbeitet hatte, begann er nun in wenigen Wochen, das jahrzehntealte Dogma der zwei Phasen der Revolution in Russland hinter sich zu lassen. Er hatte es gegen seine eigenen Einsichten aus der Revolution von 1905 verteidigt, weil es für ihn ein zentrales Element des Marxismus war. Ohne eine bestimmte Reife der objektiven Bedingungen könne es auch keine notwendige Reife der subjektiven Bedingungen einer sozialistischen Revolution geben.

Wie Michael Löwy in seiner Analyse schreibt: »Das Objektive determiniert das Subjektive; die Wirtschaft ist die Bedingung der Bewusstheit; darin, in diesen zwei Formulierungen, finden sich Moses und die zehn Gebote des materialistischen Evangeliums der II. Internationale.« (Löwy 1976: 8) In seinen »Briefen aus der Ferne«, geschrieben für die »Prawda« im März/April 1917 noch in der Schweiz, so Löwy, habe Lenin mit diesem Evangelium gebrochen. Hatte Bernstein von reformistischen Positionen aus Marx »revidiert«, so kann man bei Lenin auch von einem »revolutionären Revisionismus« sprechen (Bollinger 2006: 12). Im dritten Brief schlug Lenin eine Reihe von unmittelbaren Sofortmaßnahmen vor und bemerkte: »Solche Maßnahmen sind noch kein Sozialismus ... Sie wären noch keine ›Diktatur des Proletariats‹, sondern nur eine ›revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft‹. Doch nicht darum geht es jetzt, wie diese Maßnahmen theoretisch zu klassifizieren sind. Es wäre der größte Fehler, wenn wir die komplizierten, aktuellen, sich rasch entwickelnden praktischen Aufgaben der Revolution in das Prokrustesbett einer zu eng verstandenen ›Theorie‹ zwängten, statt in der Theorie vor allem und in erster Linie eine *Anleitung zum Handeln* zu sehen.« (LW 23/344)

Schritte zum Sozialismus als Tagesaufgabe

»Die Revolution ist eine bürgerliche, und deshalb soll man nicht von Sozialismus sprechen« – sagen die Gegner. Wir aber sagen umgekehrt: »Da die Bourgeoisie aus der entstandenen Lage keinen Ausweg findet, so marschiert die Revolution eben

vorwärts.« Wir dürfen uns nicht auf demokratische Redensarten beschränken, wir müssen vielmehr den Massen die Lage klarmachen und sie auf eine Reihe praktischer Maßnahmen verweisen: die Syndikate in ihre Hände zu nehmen, sie durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu kontrollieren usw. Und alle diese Maßnahmen werden, wenn sie durchgeführt sind, eben bewirken, dass Russland mit einem Fuß im Sozialismus stehen wird.« (LW 24/301)

6. Epoche als konkrete Handlungssituation

»Was tun« und »Wer tut es?« sind immer die zentralen Fragen der Linken gewesen.⁶ Zumeist in der Defensive, konfrontiert mit scheinbar unlösbaren Problemen und getrieben von höchsten Ansprüchen radikaler Veränderung, hat sich keine andere politische Kraft derart unter Handlungszwang gestellt wie die Linke. Die Epoche wird vor allem als Handlungs-Raum-Zeit gedacht. Nicht zufällig war es der brillante Strategie Lenin, der die marxistischen Epochebestimmungen (siehe Jameson 1997) mehr als jeder andere mit unmittelbarer Handlungsorientierung verband und die Elemente, die ihm wesentlich schienen, gerade in dieser Zeit blockierter Handlungsmöglichkeiten am Beginn des Ersten Weltkriegs entwickelte: Wer kann wie und mit welchen Zielen und Mitteln wirksam werden und die absehbare Krise in ein epochemachendes Ereignis verwandeln, das mit dem Kapitalismus bricht?

Zur Epochebestimmung gehörten für Lenin, (1) »*welche Klasse* im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht«, (2) damit den »wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung« sowie (3) »die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation« bestimmt (LW 21/134).

⁶ »Was tun« war ein von Nikolaj G. Černyševskij 1863 im zaristischen Gefängnis geschriebener Roman, der die Frage stellt, wie Menschen durch ihr konkretes individuelles Tun zur Gesellschaftsveränderung beitragen können (Tschernyschewski 1952). Lenin übertrug dies 1902 in seiner Schrift »Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung« (LW 5/355-549) auf die Frage der Parteistrategie. Jüngst griff David Harvey diese Frage wieder auf (Harvey 2009).

Es ging in diesem Verständnis von Epochen um die konkreten *Handlungskonstellationen* zu einer bestimmten Zeit und in einem sozialen Raum, durchzogen von Widersprüchen. Die Handlungskonstellationen ergeben sich aus der Überschneidung (1) realer lang- und mittelfristiger Tendenzen, (2) aus ihrer möglichen, aber nicht zwingenden Überschneidung in bestimmten konkreten Ereignissen und (3) den sich daraus ergebenden Chancen eingreifenden Handelns in einer spezifischen Situation.

Man könnte auch von zwei Typen von Epochen sprechen: Zum einen gibt es Epochen der Evolution, in denen die Akteure, ihre Kräfteverhältnisse, die Produktions- und Lebensweisen sowie die Naturverhältnisse relativ stabil sind. Soziale und politische Kämpfe verschieben innerhalb dieses Rahmens das Gewicht einzelner Tendenzen, den Einfluss bestimmter Kräfte. *Chronos* mit dem Stundenglas ist der Gott dieser Epoche. Und dann gibt es Epochen des Umbruchs, herangereift in den Epochen der Evolution. In Epochen des Umbruchs können Weichen gestellt werden. Dies ist der Augenblick des Gottes *Kairos* (Agamben 2006: 77ff.). Es ist ein Augenblick, der genutzt werden kann oder dessen Möglichkeitsfenster sich auch wieder schließt. »*Kairos*«, so Paul Tillich, »ist jene Zeit, die darauf verweist, dass etwas geschehen ist, was Handeln möglich oder unmöglich macht« (Tillich 1972: 1). Manchmal ist historische Zeit für die Lebenden eher der gemächliche Fluss des *Chronos*. Aber dann verwandelt sich dieser Fluss plötzlich in reißende Stromschnellen, bei denen nur der besteht, der den Augenblick nutzt und *Kairos* beim Schopfe packt.⁷ Immanuel Wallerstein spricht in diesem Zusammenhang auch von der Verbindung von historischen Zyklen und säkularen

⁷ Poseidippos von Pella (3. Jahrhundert v. Chr.) hat in seinen Epigrammen aus Olympia einen Dialog des Betrachters mit dem Gott *Kairos* verfasst: »*Wer bist du?* / Ich bin *Kairos*, der alles bezwingt! / *Warum läufst du auf Zehenspitzen?* / Ich, der *Kairos*, laufe unablässig. / *Warum hast du Flügel am Fuß?* / Ich fliege wie der Wind. / *Warum trägst du in deiner Hand ein spitzes Messer?* / Um die Menschen daran zu erinnern, dass ich spitzer bin als ein Messer. / *Warum fällt dir eine Haarlocke in die Stirn?* / Damit mich ergreifen kann, wer mir begegnet. / *Warum bist du am Hinterkopf kahl?* / Wenn ich mit fliegendem Fuß erst einmal vorbeigeglitten bin, / wird mich auch keiner

Trends, die sich zu Momenten von chaotischem Ungleichgewichten verdichten, wo Verzweigungen, Bifurkationen, d.h. nicht vorhersagbare Weichenstellungen, möglich sind, sodass eine »transformatorische Raum-Zeit« (Wallerstein 2004: 9) entsteht. Dies sei der Moment des Epochenumbruchs (Demirović 2014: 426). Der Kopf der nachplatonischen Akademie, Arkesilaos (geb. um 315 v. Chr.; gest. 241/240 v. Chr.), verglich die Epoche mit jenem Moment, in dem ein Lenker sein Gespann anhält, um sich über die weitere Strategie der Ziele, Wege und Mittel zu vergewissern, die Situation, in der ein Faustkämpfer in der Defensive die Möglichkeit eines Angriffs erwägt (siehe Görler 1994: 855). Ein solcher Augenblick war für Lenin und die radikale Linke insgesamt im August 1914 entstanden – innehalten, um sich für den Angriff vorzubereiten.

Die Zweite Internationale hatte immer wieder diskutiert, dass der Ausbruch eines großen Krieges zwischen den imperialistischen Staaten Europas in eine sozialistische Revolution münden könne (siehe schon Engels 1887: 350f.). Neben der Vorstellung eines ökonomischen Zusammenbruchs im Gefolge einer umfassenden Wirtschaftskrise oder auch der Zuspitzung der politischen Lage bei einem Wahlsieg der Sozialdemokratie war dies eine verbreitete Annahme, wie es zum »Kladderadatsch« (August Bebel), dem Zusammenbruch des Kapitalismus, kommen könne. Der Basler Kongress der Zweiten Internationale hatte angesichts der zunehmenden militärischen Spannungen nicht nur die Mitgliedsparteien aufgefordert, alles ihnen mögliche zu tun, um den Ausbruch eines europäischen Krieges zu verhindern, sondern auch beschlossen: »Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.« (Partei Vorstand der SPD 1912: 49)

von hinten erwischen / so sehr er sich auch bemüht. / *Und wozu schuf Euch der Künstler?* / Euch Wanderern zur Belehrung.« (Wikipedia 2015).

Für Lenin, so die Schlussfolgerung aus seiner Imperialismusanalyse, war seit 1900 die Periode eines Kapitalismus vorbei, der mit demokratischen Formen in den Zentren und relativer internationaler Stabilität der Verhältnisse zwischen den Hauptstaaten des Weltsystems verbunden war. Imperialismus war für ihn ein zunehmend parasitäres ökonomisches System geworden, ein reaktionäres politisches System und ein System, das Kriege zwischen den imperialistischen Staaten unvermeidlich macht. Damit sei der Imperialismus *objektiv* Vorstufe zum Sozialismus: positiv, indem er die bewusste Vergesellschaftung der Produktion und des Austauschs ermögliche, negativ, da er diese Potenziale nicht mehr fortschrittlich nutzen könne. Nun, nach Kriegsbeginn, müssten auch die *subjektiven* Voraussetzungen des Sozialismus geschaffen werden.

Lenins Epochedefinition

»Der imperialistische Krieg eröffnet die Ära der sozialen Revolution. Alle objektiven Bedingungen der jüngsten Epoche setzen den revolutionären Massenkampf des Proletariats auf die Tagesordnung. Die Aufgabe der Sozialisten ist es, ohne ein einziges legales Mittel des Kampfes aufzugeben, alle diese Mittel der Hauptaufgabe unterzuordnen, das revolutionäre Bewusstsein der Arbeiter zu entwickeln, sie im internationalen revolutionären Kampf zu sammeln, jedes revolutionäre Auftreten zu fördern und die Umwandlung des imperialistischen Krieges zwischen den Völkern in den Bürgerkrieg anzustreben, in den Krieg der unterdrückten Klassen gegen ihre Unterdrücker, mit dem Ziel der Expropriation der Kapitalistenklasse, der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Verwirklichung des Sozialismus.« (LW 21/350f.)

Was an Lenins Herangehen nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs so besonders ist, das ist die Verbindung einer Generalaussage – die Epoche sozialistischer Revolution habe begonnen – mit der Fähigkeit zur konkreten Analyse der konkreten Situation und der Aufstellung sehr spezifischer Handlungsorientierungen. Aus der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus und

den tiefen Widersprüchen des Imperialismus leitete er die Möglichkeit einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in einem oder wenigen Ländern ab, auch wenn er für Russland zunächst davon ausging, dass diese Revolution sich nur unter den Bedingungen einer nachfolgenden Revolution zumindest in Deutschland behaupten könne.

Die zentralen marxistischen Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus, Klasse, Nation, Revolution usw. wurden so umgestaltet, dass es möglich wurde, die *potenziellen* Bruchstellen in der Hegemonie auszumachen, aufzuzeigen, wo Risse sich so vertiefen können, dass große Gruppen von Menschen sich in Bewegung setzen und die Herrschaftsstrukturen infrage stellen. Er konnte deshalb 1917 mit aller Entschiedenheit die Forderung nach sofortigem Frieden, der unmittelbaren Aufteilung des Bodens an die Bauern, dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker im Russischen Reich, der Arbeiterselbstverwaltung und der staatlichen Regulierung der Wirtschaft übernehmen, *weil* er schon vorher in diesen Fragen *potenzielle* Linien der Verdichtung von Kämpfen erkannt hatte.

Aufmerksam studierte Lenin die Formen der Kriegswirtschaft und der staatsmonopolistischen Regulierung unter dem Aspekt, wie sie durch eine sozialistische Staatsgewalt eingesetzt werden könnten. Er bereitete so seine Positionen zum Staatskapitalismus unter Kontrolle einer kommunistischen Staatspartei bzw. zur Neuen Ökonomischen Politik früh vor. Und völlig anders als fast alle sozialistischen Zeitgenossen war Lenin und waren die Bolschewiki strategisch wie mental darauf vorbereitet, die Losung, die Waffen gegen die eigenen Regierungen zu wenden, todernst zu nehmen. Es sprach für die Unerschrockenheit gegenüber den Folgen einer solchen Politik, wenn Lenin schon 1914 den revolutionären Bürgerkrieg auf die Tagesordnung setzte. Nicht nur seien antikoloniale Kriege nicht zu verhindern, sondern es gelte auch: »Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revo-

lutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.« (LW 39/74) Der Bürgerkrieg müsse »zum Mittelpunkt der Taktik« (LW 21/358) der Linken werden.

Lenin dachte wie schon Engels – die Revolutionen von 1789, 1848 und die Pariser Kommune vor Augen – an eine Epoche der Kriege zwischen dem in einzelnen Ländern siegreichen Sozialismus und einer ihnen feindlichen internationalen Umgebung. Nach dem Vorbild der Französischen Republik ab 1793 wurde auch die Verwandlung von Verteidigungskriegen in revolutionäre Interventionskriege nicht ausgeschlossen. Die Konsequenz ist, dass die Epoche der sozialistischen Revolution als Epoche europäischer Bürgerkriege vorgestellt wird. Wie Lenin im September 1915 schrieb: »Das Leben lehrt. Das Leben *geht den Weg* über die Niederlage Russlands zur Revolution in Russland und über diese Revolution, in Verbindung mit ihr, zum Bürgerkrieg in Europa.« (LW 21/388) Auch unter diesem Aspekt studierte er im ersten Halbjahr 1915 das Werk »Vom Kriege« von Clausewitz (Lenin 1957), angeregt wiederum durch den Briefwechsel von Marx und Engels.

Lenins Verständnis seiner Epoche war durch eine doppelte Zuspitzung geprägt: Einerseits sah er den Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase durch Prozesse geprägt, die wirtschaftlich, sozial, politisch und militärisch in zunehmendem Maße und unausweichlich destruktiv sind. Das Fortschrittspotenzial des Kapitalismus schien irreversibel erschöpft. Insofern war für ihn der Imperialismus nicht nur die neueste, sondern tatsächlich auch die letzte Stufe der Entwicklung des Kapitalismus. Diese Position teilte er mit den meisten Marxisten seiner Zeit. Andererseits ergab sich für Lenin aus der Erschöpfung des progressiven Potenzials des Kapitalismus zwingend die Tatsache, dass sich die Bewegungen gegen den Kapitalismus verstärken werden, und dies in der Vielfalt von Formen, ausgehend von sehr unterschiedlichen Konflikten, die der Imperialismus erzeugt hat bzw. verschärft.

Vor allem waren dies für Lenin Bewegungen gegen die soziale, die nationale und koloniale Unterdrückung, gegen die Ein-

schränkung demokratischer Freiheiten und gegen die imperialistischen Kriege. Und nur der Sozialismus, so die These, böte noch einen progressiven Ausweg. Die Alternative wäre also: Imperialismus oder Sozialismus, imperialistische Kriege oder Bürgerkriege. Im April 1917 schreibt er: »Außerhalb des Sozialismus gibt es für die Menschheit *keine* Rettung vor Kriegen, vor Hungersnot, vor dem Untergang weiterer Millionen und aber Millionen von Menschen.« (LW 24/19)

7. Staat, Revolution und kommunistische Vision

Die Frage des Charakters einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft hatte in den programmatischen Diskussionen der russischen Sozialdemokratie immer eine wichtige Rolle gespielt. Lenin hatte dabei gegenüber Plechanow von Anfang an die radikal-emanzipatorische Vision der freien Entwicklung jedes Einzelnen betont. Bloße Wohlfahrt reiche nicht (LW 6/8, 13, 40). Aber erst Ende 1916 rückte die Frage der konkreten Gestalt einer Übergangsperiode zum Sozialismus und der institutionellen Formen einer solchen Übergangsgesellschaft für Lenin ins Zentrum. Die Behauptung liegt nahe, dass für ihn andere wesentliche Fragen, die in den Punkten 1 bis 6 schon dargestellt wurden, weitgehend gelöst zu sein schienen.

Offen aber war, was für einen Charakter die neue, die nachkapitalistische Gesellschaft tragen würde, die im Gefolge einer sozialistischen Revolution entstehen würde, und was dies für das Verhältnis zum Staat bedeute. Man musste doch wissen, was nach der Übernahme der politischen Macht zu tun und wie mit dem staatlichen Gewaltmonopol umzugehen sei. Die prominentesten Arbeiten zum Sozialismus waren von August Bebel (1879) und Karl Kautsky (1892, 1906) vorgelegt worden, hatten die Staatsfrage aber nicht ausführlich behandelt. Unmittelbarer Anlass für Lenin war eine Kritik an Nikolai Bucharins Auffassungen von Sozialismus und Staat, die im Dezember 1916 in der genannten Zeitschrift erschienen war. Lenin hatte sich u.a. darauf bezogen, dass Bucharin sehr allgemein die »prinzipielle Gegnerschaft« der Sozialdemokratie gegen den Staat betont habe (LW 23/166). Dies sah Lenin differenzierter.

Lenin entwickelte in der Folge eine doppelte Frontstellung: Zum einen wandte er sich dagegen, dass Kautsky das Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und seine Ersetzung durch einen neuen Typ von Staatlichkeit der Diktatur des Proletariats nicht ins Zentrum rücken würde. Und andererseits wandte er sich gegen jene linkskommunistischen Positionen, die er bei Bucharin erkannte, die die Bedeutung eben dieser neuen Staatlichkeit und ihres zugleich radikaldemokratischen wie diktatorischen Charakters nicht verstehen würden. Mit dem Ziel, einen Artikel »Marxismus über den Staat« für den »Sbornik Social-Demokrata« (Sammelband des Sozialdemokraten) zu schreiben, begann er Ende 1916 vorbereitende Arbeiten, die er im Februar 1917 abschloss. Da die Zeitschrift aus Geldmangel ihr Erscheinen einstellte, blieb der Artikel ungeschrieben. Es entstand aber ein Exzerptheft (Lenin 1971). Im Sommer 1917, aus seinen Verstecken in Finnland schrieb Lenin neben seinen Texten für die bolschewistischen Zeitungen und den Briefen an Parteigremien an »Staat und Revolution«.

Lenins Anspruch war nichts weniger als die »Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat« (LW 25/397). Drei Fragen standen im Vordergrund: erstens das Wesen des Staats in der antagonistischen Klassengesellschaft, zweitens die Notwendigkeit der Errichtung eines völlig neuen Staats der Diktatur des Proletariats und seiner konkreten Gestalt sowie drittens die Darstellung der Funktionen dieses Staats in der Übergangsperiode zu höheren Phasen der kommunistischen Gesellschaft.

Erstens: Die Grundthesen zum Staat in der antagonistischen Klassengesellschaft finden sich schon auf den ersten Seiten des Buches: Der Staat sei »das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassegegensätze« (LW 25/398f.). Er bilde »ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere« und seine Aufgabe sei »die Errichtung derjenigen ›Ordnung‹, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft« (LW 25/399). Der Staat würde »es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen« (ebd.). Und schließlich

– und dies soll den Bruch mit Kautsky und anderen Vertretern des sog. Zentrums der Sozialdemokratie markieren – müsse die Revolution »gewaltsam« sein und verlange zwingend die »*Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt« (LW 25/400).

Zweitens ging Lenin den Schriften von Engels und Marx nach, um zu zeigen, wie sich deren Auffassungen entwickelt hatten. Dabei stellte er die Frage der Errichtung einer Diktatur des Proletariats in den Vordergrund und formulierte apodiktisch: »Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt.*« (ebd.: 424)

Diese Diktatur würde für die »ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der »klassenlosen Gesellschaft«, vom Kommunismus, trennt« (ebd.: 425), notwendig sein. Besonderes Augenmerk legte er auf die Einsichten über die konkrete Gestalt einer solchen Diktatur des Proletariats, die Marx vor allem aus seiner Analyse der Pariser Kommune gewonnen hatte. Es seien damals »Institutionen prinzipiell anderer Art« (ebd.: 432) als die des bürgerlichen Staats geschaffen worden. Dabei hebt er die Rückkehr zu einem gewissen »primitiven« Demokratismus auf der Basis der Errungenschaften der kapitalistischen Ära hervor. Denn dies sei die Bedingung der Teilnahme breiter Massen. Die Bewaffnung der Arbeiter, Vereinfachung der Regierungsaufgaben als simple »Registrierung, Buchung und Kontrolle«, Ausübung der Funktionen zum Lohn einfacher Arbeiter, uneingeschränkte Wähl- und jederzeitige Absetzbarkeit, Einheit von Legislative, Exekutive und Juridikative in den Organen der Kommune, die Verwandlung der Vertretungskörperschaften in arbeitende Körperschaften nannte Lenin dabei vor allem. In anderen Schriften jener Zeit führte er das aus, was er als siebentes Kapitel in seinem Buch noch darstellen wollte – die Sowjets als neue Form von Staatlichkeit der »*Organisation der bewaffneten Massen* (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten...)« (ebd.: 477).

All dies fasste Lenin im zutiefst widersprüchlichen Bild einer Gesellschaft, organisiert als einheitlicher zentralisierter Or-

ganismus, untergeordnet einem Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune:

»Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den ›einfachen‹ Werktätigen, die schufteten und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem ›Schmarotzer‹ befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer aller Arbeit, wie die Arbeit aller Staatsbeamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen.« (ebd.: 439f.)

Immer wieder betonte Lenin in seinen Darlegungen, dass der Staat der Diktatur des Proletariats keineswegs eine einfache Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit sei, sondern eine »Organisation zur systematischen *Gewaltanwendung* einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen« (ebd.: 469), in diesem Falle gegen die Bourgeoisie. Schon vor der Übernahme der Macht durch die Bolschewiki machte er klar, dass gegenüber der unterworfenen bürgerlichen Klasse die demokratischen Regeln außer Kraft gesetzt werden würden und nackte Klassenherrschaft ohne Freiheit und Demokratie gelte:

»Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine

Erweiterung der Demokratie ergeben. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muss mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, dass es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.« (LW 25/475)

In einem dritten Schritt stellte Lenin eine Frage, die in dieser Gestalt neu in der marxistischen Diskussion war: Gibt es unabhängig von der Niederhaltung der bürgerlichen Klasse auch eine Staatsfunktion gegenüber den Arbeitern, die über die bloße Verwaltung von Sachen, wie Engels es mit Saint-Simon nannte, hinausgeht? Die Konsequenz, mit der sich Lenin dieser Frage kurz vor Übernahme der Regierungsmacht stellte, ist m.E. erstaunlich. Er versuchte mit Blick auf die Staatsfrage, alle nur möglichen Konsequenzen aus seiner Lektüre der Schriften von Marx und Engels zu ziehen, auch für die Arbeiter unangenehme. Marx hatte die Notwendigkeit der Anwendung des *bürgerlichen* Rechts auf die Bewertung der Arbeitsleistung in jener »ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft« begründet, »wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist« (Marx 1875: 21). Jedes Recht brauche aber ein wirksames Instrument der Durchsetzung, so Lenin – den Staat. Er zog daraus den harten Schluss, dass der Kommunestaat, der Staat der Diktatur des Proletariats, zwangsläufig zugleich Merkmale jenes Staates tragen müsse, der gerade zerschlagen worden sei – des *bürgerlichen* Staates!

»In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des ›engen bürgerlichen Rechtshorizonts‹ während

der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in Bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel unvermeidlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen*. So ergibt sich, dass im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat – ohne Bourgeoisie!« (LW 25/485)

Von dieser Position aus konnte Lenin zwar annehmen, dass der Staat gegenüber der kleinen Minderheit der enteigneten bürgerlichen Klasse leichtes Spiel habe und deshalb »die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine*« zu ihrer Unterdrückung »zu schwinden beginnt«, der Staat deshalb »kein Staat im eigentlichen Sinne mehr« sei (ebd.: 477). Zugleich aber ging er davon aus, dass in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft alle Bürgerinnen und Bürger Angestellte des Staates werden, alle in ihrer »Eigenschaft als Privatindividuum« (Marx 1875: 19) diesem »bürgerlichen Staat – ohne Bourgeoisie« – und seinen Gesetzen, seiner Macht und Gewalt unterworfen sein würden. Wie die damit verbundenen Konflikte institutionell ausgetragen, wie die Verselbstständigung des Gewaltapparats dieses Staats kontrolliert werden kann, wurde in Lenins Schrift nicht gesondert thematisiert. Er schien anzunehmen, dass die direktdemokratische Verfasstheit des Staates der Arbeiter Garantie sei, dass die Interessenvertretung aller als »Gesellschaftsglieder« nicht durch eine besondere Gruppe usurpiert wird und keine neue Herrschaft einer Minderheit entsteht. Wenn aber Gewalt im Namen aller als Gesellschaftsglieder notwendig ist und wenn es dort, »wo es Gewalt gibt, keine Freiheit und keine Demokratie gibt« (s.o.), dann erschien schon vor der Machtübernahme am Denkhorizont eine neue Situation. Dies ist ein Zustand, in der die Einzelnen gezwungen werden, im Namen des Gemeinwohls vollständig auf ihre Freiheit und ihre demokratischen Rechte als Einzelne zu verzichten, und sie nur noch alle gemeinsam haben können – oder eben alle gemeinsam verlieren.

8. Konkrete Einstiegsprojekte als alternatives JA

Die Februarrevolution war für Lenin nur der erste Schritt hin zu einer sozialistischen Revolution gewesen: »Nach der ›great rebellion‹ von 1905 – die ›glorious revolution‹ von 1917!« (LW 35/273) Der Moment war gekommen, die ausgearbeitete Strategie in eine konkrete Taktik zu überführen, die der neuen Situation entsprach. Jetzt, zurück in Russland, musste sich beweisen, ob Lenin tatsächlich die Emigration richtig genutzt hatte, ob er »Losungen« zu entwickeln vermochte, eine »Taktik« vorschlagen konnte, der sich »die Masse der Arbeiterklasse auf einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer revolutionären Bewegung unausbleiblich *zuwenden*« würde, wie er über zwei Jahre zuvor an Aleksandrovič geschrieben hatte.

Alle sieben genannten Elemente mündeten im März und April 1917 in die Formulierung einer konkreten Politik, deren Ziel die unmittelbare Übernahme der Macht war. Bekannt geworden ist dies unter der Losung »Alle Macht den Sowjets«. Zuerst wurde sie in Kreisen des linken Flügels der Bolschewiki sowie der Anarchisten in den Petrograder Arbeiterkreisen geboren. Lenin aber fügte diese Losung »von unten« in eine Strategie »von oben« ein, wie sie sich in seinen »Aprilthesen« niederschlug. Er setzte die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung. Die Sowjets sollten die Grundform einer neuen Staatlichkeit bilden. Sofortige Friedensverhandlungen, Land für die Bauern und sozialistisch ausgerichtete Regulierung der Wirtschaft unter direkter Arbeiterkontrolle bildeten die unmittelbaren Ziele und Sozialismus war die große Vision.

Nikolai Suchanow, linker Menschewik und Zeitzeuge der Revolution, erinnerte sich später: »Uns, die wir gänzlich in der undankbaren Routinearbeit der Revolution versunken waren, die wir uns den zwar notwendigen, aber von der ›Geschichte‹ unbemerkten Notwendigkeiten des Tages widmeten, uns erschien vor unseren Augen plötzlich ein strahlendes, blendendes fremdartiges Licht, das uns für alles blind machte, was bis dahin unser Leben ausgemacht hatte.« (Suchanow 1967: 281)

Valeriu Marcu 1927 über Lenins Losungen

»Seine Parolen und Broschüren waren am verständlichsten in der Menge der Worte, die wie Regentropfen Russlands Erde in Brei verwandelten. Die von Uljanow (Lenin – M.B.) geleitete Partei siegte in Versammlungen, siegte in den Diskussionen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, weil der Inhalt bolschewistischer Reden so ersehnt war wie der Friede, der nicht kommen wollte, und wie das täglich seltener werdende Brot. Losungen kämpften gegeneinander, ähnlich wie Menschen im Handgemenge; und die gewichtigere, die einfachere, rang die andere nieder.« (Marcu 1970: 203)

Die Strategie der Aprilthesen zielte erstens auf die Überwindung der Doppelherrschaft, in der die Sowjets Macht an die Provisorische Regierung abgegeben hatten und diese von außen zu kontrollieren suchten. Zweitens ging es um eine bolschewistische Mehrheit in den Sowjets. Dies wiederum sollte die Grundlage für den bewaffneten Aufstand und die Übernahme der Regierungsmacht sein. So wie er 1905/6 den Generalstreik vor allem als Mittel der Vorbereitung des Aufstands und der bewaffneten Machtübernahme angesehen (LW 10/145) und die Sowjets nicht als Organe der Arbeiterselbstverwaltung, sondern als »Kampforgane« (LW 10/58) begriffen hatte, so wurde auch in den Aprilthesen die auf die Sowjets gestützte Machtergreifung durch den bewaffneten Sturz der Provisorischen Regierung als wesentlichstes Ziel ins Auge gefasst. Lenin teilte die Auffassung Blanquis von der Zentralität der bewaffneten Machtübernahme durch einen Aufstand, aber aus Blanquis wiederholtem Scheitern hatte er eindeutige Schlüsse gezogen.

Bedingungen eines erfolgreichen Aufstands

»Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, er muss sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies zum ersten. Der Aufstand muss sich auf den revolutionären Aufschwung des *Volkes* stützen. Dies zum zweiten. Der Aufstand muss sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der anwachsen-

den Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die *Schwankungen* in den Reihen der Feinde *und in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution* am stärksten sind. Dies zum dritten. Durch diese drei Bedingungen eben unterscheidet sich der Marxismus in der Behandlung der Frage des Aufstands *vom Blanquismus*. Sind aber diese Bedingungen einmal gegeben, so ist die Weigerung, den Aufstand als eine Kunst zu betrachten, Verrat am Marxismus und Verrat an der Revolution.« (LW 26/4f.)

Die Leninsche Politik seit April 1917 zielte genau darauf ab, diese drei Bedingungen für einen Aufstand zu schaffen und ihn konkret organisatorisch und militärisch vorzubereiten. Eine siegreiche Regierung hätte dann die anstehenden Fragen von Frieden, Landverteilung an die Bauern und Herstellung einer direkten Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft sofort anzugehen. Dies war für Lenin zugleich ein Programm des direkten Übergangs zum Sozialismus – zumindest in den Städten, denn, so schreibt er: »Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, *das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein. Hier gibt es keinen Mittelweg.« (LW 25/369)

In dieser konkreten Situation, so Lenins Position, fallen die Aufgaben, die zur Abwehr der drohenden Katastrophe des völligen Zusammenbruchs Russlands zwingend notwendig seien, mit dem großen Ziel des Sozialismus durch Eroberung der Macht unmittelbar zusammen. So hatte er Dialektik verstanden: »Verwandlung des Einzelnen in das Allgemeine, des Zufälligen in das Notwendige«.

9. Ausblick

Am Abend des 25. Oktober 1917 (alter Zeitrechnung) war Petrograd unter der Kontrolle der von den Bolschewiki geführten revolutionären Streitkräfte. Im Smolny-Institut wurde unter dem Jubel der verbliebenen Abgeordneten des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatende-

putierten der Sturz der Provisorischen Regierung verkündet – die rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki hatten den Kongress nach Protest gegen das, was sie als Putsch ansahen, verlassen. Die Dekrete über den Frieden, über den Grund und Boden und die Arbeiterselbstverwaltung wurden verabschiedet. Es begann eine neue Ära. Lenin hatte sein zentrales Ziel erreicht – die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Bolschewiki. Jetzt ging es darum, diese Macht zu behaupten und die mit diesem Machtanspruch verbundenen Ziele umzusetzen.

Gemessen am unmittelbaren Ergebnis war Lenins Strategie aufgegangen, hatten sich die in der Emigration entwickelten acht Elemente dieser Strategie offensichtlich bewährt. Erstmals in der Weltgeschichte war eine sozialistisch-marxistische Partei an die Macht gekommen und dies fast ohne Blutvergießen. Die historische Prüfung auf den emanzipatorischen Gehalt und die historische Tragfähigkeit dieser Macht, auf das Verhältnis von Zielen und Mitteln kam danach. Engels verwies in solchen Zusammenhängen gern auf das englische Sprichwort: »The proof of the pudding is in the eating.«

Fragt man, was die dargestellten acht Elemente der Leninschen Strategiebildung gemeinsam haben, dann ist es die Orientierung auf den Antagonismus, den unversöhnlichen Gegensatz, das Entweder-Oder, den Ausschluss jedes Mittelwegs, den Ausnahmezustand. Das Nein war absolut, die philosophische Konzeption setzt auf die Zuspitzung und Verschärfung der Widersprüche und den Sprung, die Erzählung auf den absoluten Bruch mit der Sozialdemokratie. Die Analyse schloss jede dauerhafte Reformfähigkeit von Kapitalismus und Imperialismus aus; die Szenarien kannten nur einerseits die Barbarei des Krieges und andererseits sozialistischen Bürgerkrieg gegen die kapitalistischen Sklavenhalter; der emanzipatorische Horizont verhiess jenen, die sich widersetzen, den Entzug aller und jeder demokratischen und Freiheitsrechte; und das zentrale Projekt war die von der bolschewistischen Partei ausgeübte »proletarische Macht«, die ihre Gegner erbarmungslos unterdrückt.

Jedes der Elemente von Lenins Strategie ist von den Extremen her konzipiert. Die Strategie der Extreme und des Bürgerkriegs

hatte sich unter den Bedingungen Russlands und des Weltkrieges auf dem Weg im Jahre 1917 zur Macht als Stärke erwiesen. Jetzt kam es darauf an, wie diese Macht verwandt wurde.

Teil 2

Was tun im Kampf für eine neue Welt?

Verfassungsgebende Versammlung oder revolutionärer Aufstand, September 1917 bis Januar 1918

Lenin soll gelacht haben, schallend, hemmungslos, ansteckend, bis ihm die Tränen kamen, als er davon erfuhr, wie sich die Verfassungsgebende Versammlung Russlands nach ihrer ersten und einzigen Sitzung am frühen Morgen des 6. Januar 1918 im Taurischen Palais von der Matrosenwache hatte nach Hause schicken lassen (so aus Erzählungen von Nikolai Bucharin und Fjodor Raskolnikow, siehe Protasov 1997: 318). Für Lenin waren die Abgeordneten dieser Versammlung eine »Gesellschaft von Leichen ..., Mumien des ›sozialen‹ Geschwätzes« (26/431). Er hatte verfügt, dass gegenüber den Abgeordneten keine Gewalt angewandt, ihnen aber nach Verlassen des Palais ein erneuter Zugang unmöglich gemacht werden solle (Protasov 1997: 317). Noch am gleichen Tag wurde die Verfassungsgebende Versammlung durch die Sowjetregierung für aufgelöst erklärt.⁸

Der bolschewistische Vorsitzende des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets und damit das faktische Staatsoberhaupt, Jakow M. Swerdlow, verlangte in seiner Eröffnungsansprache der ersten Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung, dass sie alle Dekrete der neuen Sowjetmacht anerkennet und akzeptiert, dass die gesamte legitime Macht »in ihrer Gänze und ausschließlich bei den Massen und ihrer bevollmächtigten Regierung – den Räten der Arbeiter, Soldaten und Bauern« liegt. Die Verfassungsgebende Versammlung solle ihre Arbeit auf die »allgemeine Ausarbeitung der wichtigsten Grundlagen des

⁸ Eine sehr lebendige Schilderung von Lenins Verhältnis zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung nach dem Oktoberaufstand gibt Leo Trotzki in seinen Erinnerungen an Lenin (Trotzki 1996: 99-107). Es wird deutlich, dass Lenin mit seiner Forderung, die Versammlung nicht einzuberufen und Neuwahlen durchzusetzen, zunächst völlig allein war.

sozialistischen Umbaus der Gesellschaft« (Novickaja 1991: 70) beschränken. »Wir sagen, Genossen«, so Nikolai Bucharin im Namen der Bolschewiki, »in diesem Moment, in dem der Feuerchein des revolutionären Brandes wenn nicht heute, dann morgen die ganze Welt entflammt, wir von dieser Bühne der bürgerlich-parlamentarischen Republik den Kampf auf Leben und Tod erklären. Wir Kommunisten, wir, die Arbeiterpartei, streben die Schaffung der ersten großen Sowjetrepublik der Werktätigen in Russland an« (Novickaja 1991: 90). Nacheinander verließen in der Folge die Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre den Tagungssaal und stellten damit ihre Arbeit in dieser Versammlung ein.

Gegen halb fünf Uhr früh ging der Kommandant der Wache des Taurischen Palais, in dem die Versammlung tagte, Železnjakov, auf den Vorsitzenden der Versammlung, Wiktor M. Tschernow, einen führenden Sozialrevolutionär, zu und sagte ihm: »Ich bitte darum, die Sitzung abzuberechnen. Die Wache ist müde und will schlafen.« Tschernow soll ihn angeschrien haben, wer ihm dazu das Recht gäbe, worauf dieser ruhig geantwortet habe: »Die Werktätigen brauchen Euer Geschwätz nicht. Ich wiederhole: Die Wache ist müde!« (Wikipedia 2017) Daraufhin vertagten die Abgeordneten ihre Sitzung auf den 6. Januar um 17 Uhr und verließen das Taurische Palais, dessen Türen ihnen für immer versperrt blieben. Soweit der historische Mythos.

Ganz anders als die Allrussische Verfassungsgebende Versammlung hatten sich die Abgeordneten der Versammlung der Französischen Generalstände verhalten. Im Ballhaus, in dem die Abgeordneten des dritten Standes tagten, hatten sie am 20. Juni 1789 den feierlichen Schwur geleistet, »nicht auseinanderzugehen und überall zusammenzutreten, wie die Umstände es erfordern werden, bis die Verfassung des Königreichs geschaffen und auf sicheren Grundlagen befestigt sein wird« (zitiert in Furet/Richet 1987: 93f.; siehe auch Kropotkin 1982: 58). Als ihnen der König durch seinen Zeremonienmeister am 22. Juni den Befehl zum Auseinandergehen übermittelte, antwortete Mirabeau mit seiner berühmten »Donnerkeilrede«, deren Entstehung sich Heinrich von Kleist in seiner Schrift »Über die allmähliche Verfertigung

der Gedanken beim Reden« so erklärt: »Ja«, antwortete Mira-beau, »wir haben des Königs Befehl vernommen« – ich bin gewiss, dass er bei diesem humanen Anfang noch nicht an die Bajonette dachte, mit welchen er schloss: »ja, mein Herr«, wiederholte er, »wir haben ihn vernommen« – man sieht, dass er noch gar nicht recht weiß, was er will. »Doch was berechtigt Sie« – fuhr er fort, und nun plötzlich geht ihm ein Quell ungeheurer Vorstellungen auf – »uns hier Befehle anzudeuten? Wir sind die Repräsentanten der Nation.« – Das war es, was er brauchte! »Die Nation gibt Befehle und empfängt keine« – um sich gleich auf den Gipfel der Vermessenheit zu schwingen. »Und damit ich mich Ihnen ganz deutlich erkläre« – und erst jetzt findet er, was den ganzen Widerstand, zu welchem seine Seele gerüstet dasteht, ausdrückt: »so sagen Sie Ihrem Könige, dass wir unsere Plätze anders nicht als auf die Gewalt der Bajonette verlassen werden.« – Worauf er sich, selbstzufrieden, auf einen Stuhl niedersetzt.« (Kleist 1900: 222f.)

So heroisch die Konstituierung des Dritten Standes zur Nationalversammlung am Beginn der Großen Französischen Revolution war, so tragisch-komisch war das Ende der Verfassungsgebenden Versammlung Russlands zehn Monate nach Beginn der Russischen Revolution. Die in ihr dominierenden sozialrevolutionären Kräfte einerseits und die Kadetten andererseits hatten den Willen wie die Kraft zur unbedingten Verteidigung dieser Versammlung verloren.⁹ Eine Demonstration in Petrograd zu ihrer Verteidigung wurde mit der Gewalt der Roten Garden auseinandergejagt; nach offiziellen Angaben starben 21 Menschen (siehe Wikipedia 2017). Versuche der Sozialrevolutionäre, die Verteidigung der Verfassungsgebenden Versammlung militärisch zu sichern oder Lenin und Trotzki als Geiseln zu nehmen, scheiterten im Vorfeld bzw. wurden aufgegeben, da keine Unterstützung zu finden war. Die Überbleibsel der Verfassungsgebenden Versamm-

⁹ Die Sozialrevolutionäre erhielten 39,5%, die Bolschewiki 22,5%, die bürgerliche Partei der Kadetten 4,5% und die Menschewiki 3,2% der Stimmen. 14,5% entfielen auf nationale Ableger sozialistischer Parteien. Nationale Parteien mit nichtsozialistischer Orientierung erhielten 9,6% (siehe im Detail Protasov 1997: 164ff.).

lung, die sich 1918 in Sibirien versammelt hatten, löste der weiße General Koltschak auf; ein sozialrevolutionärer Aufstand gegen ihn scheiterte. Weder die Roten noch die Weißen wollten diese Versammlung noch. Aber bis 1923 war die Verfassungsgebende Versammlung immer wieder Bezugspunkt von Kräften, die die Bolschewiki herausforderten.

Die Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung ging in Russland bis auf den Aufstand der adligen Dekabristen im Dezember 1825 zurück. Seit den 1860er Jahren wurde das Ziel der Einberufung einer solchen Versammlung zum gemeinsamen Punkt aller revolutionären und demokratischen Programme. Auch die Russische Sozialdemokratie forderte in ihrem Parteiprogramm von 1903 die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten Verfassungsgebenden Versammlung (zur Vorgeschichte siehe Protasov 1997: 10-58). Noch im September 1917 begründete Lenin seine Kritik an der Provisorischen Regierung auch damit, dass diese den freien Wahlen zu einer solchen Versammlung ablehnend gegenüberstehe und deshalb nur ein Aufstand und der Sturz der Provisorischen Regierung den Weg für diese Versammlung frei machen würde (LW 26/2). Die Bourgeoisie habe Angst vor ihr. Wenige Monate später aber setzte er die Auflösung dieser Versammlung durch, obwohl sie etwas verkörpern sollte, von dem Maxim Gorki Tage danach sagte, dass »die besten russischen Menschen fast einhundert Jahre für die Idee der Verfassungsgebenden Versammlung gelebt hätten, eines politischen Organs, das der gesamten russischen Demokratie die Möglichkeit geben würde, frei seinen Willen auszudrücken« (zitiert in Protasov 1997: 23). Für Lenin aber war die Geschichte über diese Idee hinweggegangen, die bürgerlich-demokratische Revolution des Februar 1917 sollte endgültig der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, die Verfassungsgebende Versammlung der Diktatur des Proletariats Platz machen.

Den Begriff der Oktoberrevolution führte Lenin zuerst in der Rede zur Bodenfrage auf dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongress am 28. Oktober (8. November) ein: »Wir sind der Meinung, dass die Revolution gezeigt und bewiesen hat, wie wichtig es ist, die Bodenfrage in aller Klarheit zu stellen. Der Ausbruch

des bewaffneten Aufstands, der Ausbruch der zweiten, der Oktoberrevolution, beweist ganz klar, dass der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muss.« (LW 26/248)

Schon einen Tag nach dem Sturz der Provisorischen Regierung wurde der Aufstand also mit einer Revolution, einer zweiten Revolution gleichgesetzt, die keine bürgerliche, sondern eine sozialistische Revolution gewesen sei. Im Januar 1918 dann ist in Analogie zur Französischen Revolution von der »Großen Oktoberrevolution« (LW 26/429) und schließlich von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« die Rede. Julius Martow, so kritisch er Lenin gegenüberstand, schrieb mit gutem Grund an den alten Sozialrevolutionär Axelrod: »Verstehen Sie bitte, dass wir es hier vor allem mit einem erfolgreichen Aufstand des Proletariats zu tun haben – fast das gesamte Proletariat unterstützt Lenin und erwartet seine soziale Befreiung von dem Aufstand.« (zitiert in Cliff 2012: 2)

Auch für die Oktoberrevolution gibt es einen historischen Mythos. Er wurde durch den sowjetischen Regisseur Sergej Eisenstein 1927 in seinem Film »Oktober« eindrucksvoll in Szene gesetzt. Nicht die Tagungen des Sowjetkongresses vom 25. Oktober, sondern die vorhergehende bewaffnete Aktion zum Sturz der Provisorischen Regierung, der Schuss des Panzerkreuzers *Aurora* und der Sturm von Arbeitern, Soldaten und Matrosen über den Palastplatz auf das Winterpalais standen im Zentrum dieses bildgewaltigen Epos. Die inszenierten Bilder dieses »Sturms auf das Winterpalais«, der in dieser Form nicht stattgefunden hatte, hingen später als »Originalfotos« in sowjetischen Revolutionsmuseen oder wurden in Büchern über die Oktoberrevolution abgedruckt.

Diese Fixierung auf den »Sturm des Winterpalais« hätte auch der Intention Lenins entsprochen: Für ihn stand schon seit 1905 der Aufstand im Zentrum, war die direkte bewaffnete Aktion des Dezember 1905 in Moskau die höchste Form der Revolution (LW 23/258). Im Herbst 1917 wandte er sich klar dagegen, den Aufstand zum Sturz der Provisorischen Regierung an einen Beschluss des Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongresses zu binden, wie es Kamenew und Sinowjew forderten, und schrieb an das Zentral-

komitee: »Zögern wäre ein Verbrechen. Den Sowjetkongress abwarten wäre kindische Formalitätsspielerei, schändliche Formalitätsspielerei, wäre Verrat an der Revolution.« (LW 26/125) Für ihn war klar: »Die Revolution unterscheidet sich eben dadurch von der ›üblichen‹ Lage der Dinge im Staat, dass die Streitfragen des Staatslebens unmittelbar durch den Kampf der Klassen und den Kampf der Massen bis zur bewaffneten Auseinandersetzung entschieden werden. Anders kann es nicht sein, sobald die Massen frei und bewaffnet sind.« (LW 25/200)

Widerwillig unterwarf sich Lenin dem Beschluss des Zentralkomitees, den Aufstand in das unmittelbare Vorfeld des Kongresses zu verschieben. Trotzki und andere wiesen darauf hin, dass erst der Kongress die notwendige Legitimation für den Aufstand gäbe, und sei es *post festum* (Institut Marksizma-Leninizma pri ZK KPSS 1958: 81ff.; Loginov 2013: 456-509; ausführlich siehe Rabinowitch 2012: 281-446).

Zugleich setzte Lenin durch, dass der Sowjetkongress erst *nach* dem Erfolg der militärischen Operation und der Einnahme des Winterpalais sowie der Verhaftung der Minister der Provisorischen Regierung eröffnet wurde. Genau gegen diese Reihenfolge der Ereignisse – Sturz der Regierung *vor* Autorisierung durch den Sowjetkongress – wandten sich nicht nur mit Kamenew und Sinowjew führende Bolschewiki, sondern vor allem auch die anderen linken Kräfte. Aus ihrer Sicht sollte der Sturz der Provisorischen Regierung *auf Beschluss der Sowjets* selbst, getragen durch alle sozialistischen Kräfte, und nicht im Resultat eines von den Bolschewiki und des von ihr geführten Petrograder Militärkomitees erfolgten Aufstandes getragen werden. Der Aufstand sei eine »militärische Verschwörung ... hinter dem Rücken« aller nichtbolschewistischen Parteien in den Sowjets gewesen und habe »die Bedeutung des Sowjetkongresses als bevollmächtigten Vertreter der revolutionären Demokratie untergraben« (Martow 2014: 260).

Und da in Russland keine sozialistische, sondern eine »allgemeindemokratische« Revolution auf der Tagesordnung stünde, müsse die Macht schließlich, so Martow im Dezember 1917, sobald als möglich an die Verfassungsgebende Versammlung über-

gehen, alles andere sei eine Utopie, die ins Verderben führe (Martov 2000b).

Man muss sich auch einhundert Jahre danach der Bedeutung dieser Auseinandersetzung für die damaligen kämpfenden Parteien bewusst sein. Die ganz schlichte Frage jeder, aber auch jeder Revolution ist die, die 1789 durch Mirabeau und 1917 durch Tschernow gestellt wurde: Es ist die Frage, wer mit welchem Recht legitim gesamtgesellschaftlich bindende Befehle geben kann und diese auch durchzusetzen vermag. Es ist die Frage danach, *wer der Souverän ist*. 1789 konnten sich die Vertreter des dritten Standes als Souverän gegenüber dem König durchsetzen, 1917 die Bolschewiki gegenüber der Verfassungsgebenden Versammlung. In Zeiten der Revolution sieht der alte Souverän seinen legitimen Anspruch infrage gestellt, ist die Bereitschaft, seine Befehle hinzunehmen, nicht mehr da. Genau dies macht eine revolutionäre Krise aus. Aber auch diejenigen, die diese Souveränität des Ancien Régime herausfordern, haben sich noch nicht durchgesetzt. Nichts ist entschieden. Eine revolutionäre Krise ist der Augenblick, in dem niemand sagen kann, wer Befehle geben darf und wessen Befehle befolgt werden. Das »Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen« (Weber 1972: 29) ist nicht mehr und ist noch nicht gegeben.

Souveränität

Jean Bodin hatte in seiner Begründung der modernen Theorie von Souveränität im ausgehenden 16. Jahrhundert festgestellt, »dass derjenige absolut souverän ist, der nächst Gott von niemandem abhängig ist, außer von seinem Schwert.« (Bodin 1986: 240)

Diese Souveränität hat drei Säulen: Erstens ist dies die Überzeugung von der Legitimität des Anspruchs desjenigen, der die Befehle gibt. Dies setzt voraus, dass die Befehle ihrem Charakter nach durch jene, die sie ausführen, als legitim angesehen werden, selbst dann, wenn sie sich nicht unmittelbar mit eigenen Auffassungen und Interessen decken. Selten ist Souveränität absolut. Diese erste Säule der Souveränität besteht vor allem im Legitimationsglauben der »schwerttragenden«,

die Gewaltmittel in den Händen haltenden »Dienstklasse« des Souveräns. Für Legitimität reicht die aktive Unterstützung einer handlungsfähigen Minderheit, die bereit ist, unter Umständen auch zu töten. Die zweite Säule ist die Loyalität derer, die keinesfalls die Herrschaft des Souveräns als legitim anerkennen müssen, aber bereit sind, sie hinzunehmen und sich den Befehlen zu fügen. Dies sind zumeist die Mehrheiten in einer Gesellschaft. Sie leben in kritischer Distanz und richten sich nach Möglichkeit ein, solange es keine besseren Alternativen gibt. Die dritte Säule der Souveränität ist die Fähigkeit des Souveräns, Systeme (kulturell, militärisch, politisch und ökonomisch) zu kontrollieren und zu regulieren, die die notwendigen Ressourcen von Legitimität und Loyalität bereitstellen – attraktive Deutungen, überlegene Waffen, effektive Verwaltungssysteme und Aushandlungsformen, materielle und geistige Güter. In einer revolutionären Situation tritt die Säule der Legitimität in den Vordergrund, langfristig ist es die dritte Säule, die über den Erhalt von Macht befindet. Kurzfristig entscheiden der Glaube und das Schwert; dauerhaft aber bedarf es der Reproduktion von Ressourcen der Macht, sonst verliert die Dienstklasse den Glauben und entziehen die Massen dem Souverän ihre Loyalität. Beide begeben sich auf die Suche nach Alternativen und der Souverän ist »nackt«.

»Staat und Revolution« bilden Gegensätze, die einander hervorbringen. Genau diese Frage hatte Lenin in seiner gleichnamigen Schrift ins Zentrum gerückt. Die dabei formulierten Positionen sind es, die sein Verhalten bei der Durchsetzung der Sowjetordnung und der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung wesentlich beeinflussen. Dabei war er sich bewusst: Revolutionen sind zugespitzte Kämpfe darum, welche gesellschaftliche Ordnung aus dem Chaos einer umfassenden organischen Gesellschaftskrise entstehen soll und als legitim anerkannt wird. Lenins noch im Exil und auf der Reise nach Russland entstandenen »Aprilthesen« schlugen deshalb so ein, weil sie klar machten, dass er im Gegensatz zu fast allen anderen nicht die bürgerliche »Normalität«, sondern den Sozialismus und mit ihm einen

völlig neuen Typ von Souveränität und Staatlichkeit auf die historische Tagesordnung setzte.

Revolutionen

Revolutionen sind kein »Ausnahmestand«, in dem mit Mitteln, die einem »Normalzustand« nicht eigen sind, dieser Zustand von Normalität verteidigt wird (oft in Gestalt von Notstandsgesetzen oder Kriegsrecht legitimiert). Anders als im Ausnahmestand (siehe Agamben 2005: 54) hat Gewalt in Revolutionen keinen Bezug mehr zu geltenden Verfassungsordnungen. In Revolutionen stehen sich unterschiedliche, gegensätzliche Normvorstellungen von souveräner Ordnung und Herrschaft gegenüber. Jede Seite erhebt Anspruch auf die notfalls gewaltsame Durchsetzung ihrer Normen. Jede verspricht, mit dem Übergang zu einer anderen Ordnung (oder der Wiederherstellung der alten Ordnung) zugleich auch die unmittelbar drängendsten Fragen am besten zu beantworten.¹⁰

Der Beschluss der gemeinsamen Regierung von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären vom 6. Januar 1918 (Hedeler et al. 1997a: 415ff.), die Verfassungsgebende Versammlung aufzulösen, zielte darauf ab, eine neue Doppelherrschaft, dieses Mal von Sowjetmacht und Verfassungsgebender Versammlung, zu verhindern.

Mit aller ihm eigenen Entschiedenheit und Klarheit formulierte Lenin: »Jeder Verzicht auf die uneingeschränkte Macht der Sowjets, auf die vom Volke eroberte Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus und der Konstituierenden Versammlung wäre jetzt ein Schritt rückwärts, würde den Zusammenbruch der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern bedeuten.« (LW 26/435)

¹⁰ Walter Benjamin unterschied in seiner Schrift »Zur Kritik der Gewalt« von 1921 in diesem Zusammenhang zwischen »rechtssetzender und rechtserhaltender Gewalt« (Benjamin 1989: 189). In revolutionären Krisen ist die rechtserhaltende Gewalt nicht mehr fähig, ihre Macht auszuüben, und hat sich zugleich noch keine der miteinander konkurrierenden rechtssetzenden Gewalten durchgesetzt.

Schon im Vorfeld der Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung hatte er deutlich gemacht, dass die »Interessen dieser Revolution höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung« (LW 26/380) stehen. Wer versuchen würde, »die Frage der Konstituierenden Versammlung vom formaljuristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkriegs zu betrachten«, würde »Klassenverrat begehen« (LW 36/380f.). Die Sowjets stünden als sozialistische Machtorgane weit über den bürgerlichen – dem Klasseninhalt nach wie ihrer weit demokratischeren Form, so Lenins Überzeugung. Die weitere Geschichte der Sowjetunion würde zeigen, ob beides sich praktisch bestätigen ließe: Sind die Interessen der Arbeiter und Bauern besser ausgedrückt und zur Geltung gebracht und ist ihre Partizipation an der Staatsmacht wirklich im höheren Maße gesichert als in einer bürgerlich-demokratischen Ordnung? All dies würde vom Charakter der Sowjets abhängen.

Der schon Ende Dezember 1917 einberufene Dritte Gesamtrussische Sowjetkongress sollte der neuen Macht die verfassungsmäßige Grundlage geben. Er begann seine Sitzung am 10. Januar 1918. Von diesem Augenblick an wurde durch die Sowjetregierung allen Gegnern der Sowjetmacht offen der Bürgerkrieg erklärt: Entweder Akzeptanz der uneingeschränkten Sowjetmacht oder Terror und Krieg. Jeder Dritte Weg war verschlossen worden; Verhandlungen, freie Volksabstimmungen, einen Kompromiss würde es nicht geben.

Im Bericht des Rats der Volkskommissare vor dem Sowjetkongress erklärte Lenin am 10. Januar 1918: Wir antworten auf »alle Vorwürfe und Anklagen, wir praktizierten den Terror, die Diktatur, den Bürgerkrieg, obwohl wir bei weitem noch nicht einen wirklichen Terror angewandt haben, weil wir stärker sind als sie ... Jawohl, wir haben offen verkündet, was zu verkünden keine einzige Regierung imstande war. Die erste Regierung der Welt, die imstande ist, offen von Bürgerkrieg zu reden, ist die Regierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen. Jawohl, wir haben den Krieg gegen die Ausbeuter

begonnen, wir führen diesen Krieg. Je offener wir das aussprechen, desto eher wird dieser Krieg zu Ende gehen, desto eher werden die werktätigen und ausgebeuteten Massen uns verstehen, werden sie verstehen, dass die Sowjetmacht die wirkliche, die ureigene Sache aller Werktätigen vertritt.« (LW 26/461f.)

Welche Ideen aber waren es konkret, die Lenin leiteten, als er den schon skizzierten Weg zur Eroberung der politischen Macht in Russland durch einen Aufstand ein- und den Weg der Verfassungsgebenden Versammlung ausschlug? Es wird sich zeigen, dass die Entscheidung für den Aufstand nicht primär einer konkreten Taktik entsprach, sondern tief in den weltanschaulichen Fundamenten von Lenins Denken verankert war. Eine Abweichung von der Strategie des Aufstands, immer wieder erwogen, wäre tatsächlich vor allem taktischen Erwägungen geschuldet gewesen. Das konsequente Bestehen auf dem Aufstand gegen alles Zögern und jeden Einwand aus dem engsten Führungskreis der Bolschewiki dagegen resultierte daraus, dass Lenin fest davon überzeugt war, dass nur Aufstand und Bürgerkrieg am Ende zu einer erfolgreichen sozialistischen Revolution führen würden.

Um diese These zu begründen, werde ich erstens sein Verständnis von Staat rekapitulieren, wie er es zwischen 1917 und 1918 in immer heftigerer Auseinandersetzung mit Karl Kautsky formulierte. Zweitens werde ich auf seine Vorstellung von der Diktatur des Proletariats, ihren Klassen- und Übergangscharakter eingehen und sein Verhältnis zu den individuellen Schutz- und Freiheitsrechten thematisieren. Drittens behandle ich die Frage, durch welchen Akt in den Augen Lenins eine legitime sozialistische Ordnung begründet wird und welche Rolle dabei die Frage demokratischer Wahlen und von Mehrheiten und Minderheiten spielt. Viertens werde ich seine Ansichten über die Legitimität von Terror darstellen.

1. Staat als Organ der Klassenherrschaft

Am 11. Juli 1919 hielt Lenin an der *Kommunistischen J.-M.-Swerdlow-Universität* eine Vorlesung über den Staat. Die Universität war 1918 als Zentralschule für Kader des sowjetischen

Staates und der Kommunistischen Partei gegründet worden. In dieser Vorlesung resümierte Lenin in knapper und populärer Form jene Ansichten, die er seit 1917 zur Frage des Staates und der Diktatur des Proletariats entwickelt und in seinen Schriften gegen Kautsky ausgeführt hatte. Bündig heißt es: »Der Staat ist eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, eine Maschine, um alle unterworfenen Klassen in der Botmäßigkeit der einen Klasse zu halten.« (LW 29/471) Die Regierenden würden einen Apparat schaffen, eine »Einrichtung zur Ausübung von Zwang, von physischer Gewalt« (LW 29/468). Historisch unterschieden seien nur die jeweiligen Formen der Staatsmaschine (LW 29/471).

Man kann dies mit dem Staatsverständnis des Begründers des liberalen Staatsdenkens, John Locke, kontrastieren. Für diesen hatte der »Staat keinen anderen Zweck als den Schutz des Eigentums« (Locke 1980: 161). Unter dem »allgemeinen Begriff ›Eigentum« verstand Locke dabei das Leben, die Freiheit und das Vermögen der Individuen (ebd.: 183). Der Staat müsse erstens eine »Richtschnur für Recht und Unrecht« (Gesetze), zweitens einen »unparteiischen Richter« und drittens die Gewalt zur Durchsetzung eines gerechten Urteils bereitstellen (ebd.: 183f.). Wie Hermann Klenner feststellte, war John Locke der erste bürgerliche Denker, der »die Eigentumsverhältnisse als zentrale Kategorie« eines staatstheoretischen Systems verstand (Klenner 1980: 306). Man darf darüber nur nicht den umfassenden Charakter des Verständnisses von Eigentum bei Locke vergessen. Leben und Freiheit der Bürger waren Teil dieses Eigentumsbegriffs.

Der bürgerliche Staat wird bei Lenin ganz auf seine Funktion der Durchsetzung und Bewahrung einer kapitalistischen Eigentumsordnung reduziert. Der zentrale Legitimationsgrund dieser Ordnung – der Bezug auf die *individuellen* Rechte – wird dabei nicht thematisiert. Deshalb konnte Lenin auch zu dem völlig undialektischen Schluss kommen, »dass es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie« (LW 25/475) gäbe. Die bürgerliche Demokratie erscheint nur als Fassade der Klassenherrschaft und nicht als Widerspruchsverhältnis von Klassenherrschaft und Freiheitsversprechen. Auf diese Weise

hat Lenins antagonistische Dialektik der Revolution die Metaphysik der Herrschaft zur Kehrseite.

Der bürgerliche Staat als politisch organisierter Garant der kapitalistischen Produktionsweise kann seine Funktion von Klassenherrschaft nur dann erfüllen, wenn er seine Bindung an den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Vermögens der Staatsbürger nicht völlig aufgibt. Selbst im Ausnahmezustand von Austeritätspolitik, massiver sozialer Enteignung oder offener Diktatur bleibt der Bezug auf die bürgerliche Norm des Schutzes individueller Rechte erhalten. Ob naturrechtlich begründet oder aus dem kategorischen Imperativ abgeleitet, so zu handeln, *»dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst«* (Kant 1968: 429) – der Klassencharakter des bürgerlichen Rechts begründet sich über die Anerkennung von subjektiven Rechten der Individuen und ihren legitimen Ansprüchen auf Schutz von Leib, Leben und Mitsprache in öffentlichen Angelegenheiten und stellt deshalb ein sehr besonderes Kampffeld dar.

Die politischen Kämpfe auf dem Boden dieses Staatstyps sind Auseinandersetzungen, die sich auf diesen Widerspruch beziehen: Welches Leben ist schutzbedürftig? Was sind die sozialen, kulturellen und politischen Mindeststandards dieses Schutzes? Welche Freiheiten werden wie garantiert? Wer hat welche politischen Freiheiten der Organisation, der Meinungsäußerung oder auch des aktiven und passiven Wahlrechts? Welches Eigentum muss gesichert werden? Gehören dazu auch Anrechte auf eine Art sozialer Grundsicherung, der Erhalt von Umwelt und natürlicher Vielfalt usw., usf.? Gibt es Eigentumsrechte an persönlichen Daten und welchem Schutz unterliegen sie? Versteht man bürgerliche Staatlichkeit in dieser Widersprüchlichkeit, dann verbietet es sich, »Freiheit« und »Gleichheit« als bloße Phrasen abzutun (siehe dagegen LW 29/369), dann ist Freiheit mehr als »die Freiheit von der Unterdrückung« durch eine andere Klasse (LW 30/101).

Die Leninsche Reduktion des bürgerlichen Staates auf Klassenherrschaft hatte Folgen. Wie schwerwiegend sie waren, zeigte sich 1917 und mehr noch in den Jahren danach. Sie prägten sein

Verständnis der zu schaffenden Diktatur des Proletariats des neuen Sowjetstaats. Es gibt in dieser Denkweise kein liberales Erbe, das im Sozialismus zu bewahren wäre. Individuelle Rechte haben über ihre Bedeutung für die Verteidigung von Klasseninteressen hinaus keinen eigenen Wert. Nur als Endziel bleibt die Freiheit der Einzelnen in einer solidarischen Assoziation das große einzulösende Versprechen.

2. Diktatur des Proletariats und Freiheitsrechte

1961 erschien Ernst Blochs Schrift »Naturrecht und menschliche Würde« in Westdeutschland. Schon 1957 hatte ihn die DDR-Führung wegen seiner immer offeneren Stalinismuskritik zwangsemigriert; und er selbst kehrte 1961 nach der Schließung der Grenze der DDR zur Bundesrepublik von einem Besuch der Bayreuther Festspiele nicht nach Leipzig zurück. Sein in der DDR geschriebenes Werk »Naturrecht und menschliche Würde« versuchte, das Erbe des Naturrechts für sozialistisches Denken neu zu entdecken, eines Erbes, das Lenin und seine Nachfolger auf den von ihnen so gern beschworenen Müllhaufen der Geschichte befördert sehen wollten.

Für Bloch, mit dem Wissen um vierzig Jahre der Geschichte leninistisch geprägter Gesellschaften, aber blieb »die Aufgabe eines sozialistischen Erbes« an den »ehemals liberalen, nicht nur liberalen *Menschenrechten*« (Bloch 2007: 12) dauerhaft bestehen. Er forderte einen Gleichklang: »Keine wirkliche Installierung der Menschenrechte ohne Ende der Ausbeutung, kein wirkliches Ende der Ausbeutung ohne Installierung der Menschenrechte.« (ebd.: 13) Mit Berufung auf das revolutionäre Erbe seit Spartakus schrieb er: »Als letzte Quintessenz des klassischen Naturrechts ... bleibt allemal das Postulat menschlicher Würde; auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht.« (ebd.: 232) Neben dem Anti-Mammon, dem Kampf gegen die Vorherrschaft der Kapitalverwertung, müsse auch der Anti-Nero, der Kampf gegen staatliche Unterdrückung, bedacht werden. Es ginge nicht nur um die Überwindung von Verhältnissen, in denen »der Mensch mit den Dingen zur Ware entfremdet ist«, sondern um die Beseitigung

aller Verhältnisse, in denen der Einzelne zur »Nullität an Eigenwert« (ebd.: 232) wird. Die »Enthüllungen« über die Verbrechen der Stalin-Zeit und des Großen Terrors durch Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 waren noch frisch. Die Bilder der Todeskommandos der sowjetischen Geheimpolizei, ihrer Folterzellen und der Lager standen Bloch vor Augen, als er das schreckliche Wort »Nullität an Eigenwert« aufschrieb – der Mensch ganz ausschließlich nur noch Abfall der Macht!

Für Lenin, dies wiederholte er seit 1917 immer und immer wieder, war die Lehre von der Diktatur des Proletariats der Kern des Marxismus. Die Notwendigkeit einer solchen Diktatur ergab sich für Lenin aus der Spezifik der sozialistischen Revolution. Es war gemeinsame Überzeugung der Marxisten, dass die bürgerliche Gesellschaft im Schoße der feudalen Gesellschaft entsteht und diese schrittweise überwindet. Die bürgerliche Revolution hätte nur noch die letzten Reste des Feudalismus beseitigen und die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen durchsetzen müssen, die der schon vorhandenen bürgerlichen Gesellschaft adäquat sind. Die zur politischen Herrschaft gelangte Arbeiterklasse dagegen muss dieser Auffassung nach den Staat als wesentlichen Demiurgen der neuen Gesellschaft einsetzen und die Bedingungen ihres Werdens zu einem System erst schaffen.

Die Hauptfunktion des Staates der Diktatur des Proletariats ist im Marxschen wie Leninschen Verständnis die zielgerichtete, gewaltsame, vor allem aber organisierende kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft – der Gesamtheit der objektiven wie subjektiven Bedingungen, der Produktions- und Lebensweise. Es wird ein Staat konzipiert, der die Bedingungen seiner eigenen Existenz in einem permanenten Prozess aufheben soll und dadurch abstirbt. Die Diktatur des Proletariats soll ein Klassenstaat sein, dessen herrschende Klasse die Bedingungen jeder Klassenherrschaft beseitigt und damit den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft vollzieht. Es gibt für einen solchen Staat keinen Gegensatz zwischen Normal- und Ausnahmezustand, denn seine Normalität soll die ständige Selbsttransformation und damit Selbstverneinung sein. Es wird ein Staat konzipiert, der der Umwälzung und Aufhebung der eigenen Grundlagen und Herr-

schaftsformen Permanenz verleiht. In diesem Staat wäre der Gegensatz von Staat und Revolution aufgehoben. Der Staat wäre die institutionalisierte Revolution, der dadurch für eine ganze große historische Epoche Dauer verliehen würde. Die Revolution hätte sich als Staat konstituiert, der sich selbst dabei unter Führung einer kommunistischen Partei immer weiter aufhebt, so die Vision (Negri 2014: 77). Die Individuen, soweit sie sich von der »Klasse« unterscheiden – bei Lenin repräsentiert durch die bolschewistische Partei –, haben in diesem Staatsverständnis keinen Platz.

Der Einwand der Anarchisten gegen die Diktatur des Proletariats

»Sie (die Marxisten – M.B.) behaupten, dass ein solches staatliches Joch, eine Diktatur, ein unvermeidliches und vorübergehendes Mittel zur vollständigen Befreiung des Volkes sei: Anarchie oder Freiheit ist das Ziel, Staat oder Diktatur – das Mittel. So ist es also zur Befreiung der Volksmassen erst nötig, sie zu knechten. ... Sie versichern, dass allein die Diktatur, natürlich die ihre, die Freiheit des Volkes schaffen kann; wir dagegen behaupten, dass eine Diktatur kein anderes Ziel haben kann als nur das eine, sich zu verewigen, und dass sie in dem Volk, das sie erträgt, nur Sklaverei zeugen und nähren kann; Freiheit kann nur durch Freiheit geschaffen werden, d.h. durch den allgemeinen Volksaufstand und durch die freie Organisation der Arbeitermassen von unten nach oben.« (Bakunin 1999: 339)

Wenn aus der Diktatur *des* Proletariats nicht eine Diktatur *über* das Proletariat hätte werden sollen, dann hätte die durch Marxisten ganz selbstverständlich unterstellte »freie Organisation der Arbeitermassen« (Bakunin) nicht eingeschränkt und unterbunden werden dürfen. Und wenn eine solche Diktatur ihren Übergangscharakter hin zu einer klassenlosen Gesellschaft nicht verlieren soll, dann hätte aus dieser freien Organisation in Gestalt der Sowjets auch eine gesellschaftliche Dynamik erwachsen müssen, die auf die Durchsetzung der kommunistischen Ziele gerichtet ist. Aber die »freie Organisation der Arbeitermassen« wurde im gleichen Maße unterdrückt, wie sich die Sowjetmacht

festigte. Indem darauf verzichtet wurde, die politischen Rechte der Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit unabhängig davon, ob sie jeweils der herrschenden Macht nützen oder nicht, zu gewährleisten, wurde jede Möglichkeit zerstört, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sich als Subjekte der Herrschaft formieren konnten. Sie wurden Objekte einer Vertretung durch die Kommunistische Partei, die nicht mehr aus der selbstbewussten Tat der Arbeitenden hervorging. Der historische Test, ob diese Selbstorganisation eine kommunistische Tendenz haben würde, blieb aus.

Schon in »Staat und Revolution« hatte Lenin, wie in Teil 1 dargestellt, zugespitzt formuliert, dass klar sei, »dass es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt« (LW 25/475). Nach der Revolution wird diese Position weiter verschärft: »Wo es Niederhaltung gibt, dort kann es keine Freiheit, Gleichheit usw. geben.« (LW 28/97) An anderer Stelle heißt es, dass man den »Feinden des Sozialismus ... zeitweilig nicht nur die Unantastbarkeit der Person, nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch das allgemeine Wahlrecht entziehen« (LW 42/16) könne. – Merkwürdiger- oder charakteristischerweise wird die Unantastbarkeit der Person, also der Schutz der physischen und psychischen Unversehrtheit vor staatlicher Gewalt, geringer geschätzt als das politische Wahlrecht. – Lenin stellte dabei klar, dass »die von unserem Parteiprogramm anerkannte Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats« bedeutet, »dass ohne eine solche Diktatur, d.h. ohne eine systematische, schonungslose, *vor keinerlei bürgerlich-demokratischen Formeln haltmachende* Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, nicht nur eine sozialistische, sondern auch eine konsequent demokratische Umwälzung undenkbar ist« (LW 42/18 – Hervorhebung M.B.). Diese »Formeln« aber sind es, die den Staat an den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums seiner Bürgerinnen und Bürger binden sollen. Die von Lenin konzipierte Diktatur dagegen kennt keinen solchen Schutz. Zur Herrschaft gelangt, ist die Souveränität dieser Partei ganz im Sinne Bodins *absolut*, nur von den eigenen Überzeugungen (Bodins »Gott«) und dem »Schwert« abhängig.

In Lenins Schrift »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky« von 1918 findet sich eine Formulierung, in der die Ambivalenz der Leninschen Vorstellung von der Diktatur des Proletariats durchscheint.

Dort heißt es u.a.: »Diktatur bedeutet nicht unbedingt die Aufhebung der Demokratie für die Klasse, die diese Diktatur über die anderen Klassen ausübt; sie bedeutet aber unbedingt die Aufhebung der Demokratie (oder ihre äußerst wesentliche Einschränkung, was auch eine Form der Aufhebung ist) für die Klasse, über welche oder gegen welche die Diktatur ausgeübt wird.« (LW 28/233) Es wird also angedeutet, dass die Diktatur des Proletariats zwar »nicht unbedingt«, aber doch der Möglichkeit nach auch eine »Aufhebung der Demokratie« für das Proletariat selbst bedeuten kann.

Dies nun widerspricht diametral den überlieferten Vorstellungen aller Sozialistinnen und Sozialisten. Wenn nämlich die Proletarier selbst keine demokratischen Rechte mehr haben, wer ist es dann, der die Diktatur in ihrem Namen ausübt? Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nicht mehr frei organisieren und versammeln können, wenn ihnen die Möglichkeit verwehrt ist, eigenständig Parteien und Gewerkschaften zu gründen, in Form von Streiks ihre sozialen Forderungen zur Geltung zu bringen, sich frei und uneingeschränkt über ihre eigene Lage, ihre Interessen und Ziele zu verständigen – wie ist dann überhaupt etwas möglich, was sich mit irgendeinem Recht Diktatur des Proletariats nennt? Bekam Bakunin doch recht, als er den Marxisten vorwarf, ihre Vorstellung eines »wissenschaftlichen Sozialismus« liefe am Ende auf nichts anderes hinaus als auf »die äußerst despotische Regierung der Volksmassen durch eine neue und zahlenmäßig sehr kleine Aristokratie wirklicher oder angeblicher Gelehrter« (Bakunin 1999: 338)?

In Lenins Werken finden sich von Anfang an umfangreiche Ausführungen, die betonen, wie zentral der Kampf der Arbeiter für die genannten demokratischen Freiheitsrechte unter den Bedingungen des halbfeudalen russischen Zarenreichs, aber auch in entwickelten kapitalistischen Ländern sei. »Ohne politische Freiheit«, heißt es 1903, »bleiben alle Formen der Arbeiterver-

tretung ein kläglicher Betrug, bleibt das Proletariat nach wie vor im Kerker, ohne Licht und Luft, ohne den Spielraum, den es für den Kampf um seine vollständige Befreiung braucht.« (LW 6/516) Das Programm der Bolschewiki von 1917 war radikaldemokratisch und schloss ganz selbstverständlich die »Unantastbarkeit der Person und der Wohnung« sowie die »uneingeschränkte Gewissens- und Redefreiheit, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit« (LW 24/473f.) ein. Die ständige Betonung der Bedeutung der politischen Freiheiten erfolgt in den Schriften Lenins vor 1917 aber durchgehend *nur unter einem Punkt* – der Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiter (und Bauern) »sowohl vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch vom Gesichtspunkt der ›sozialistischen Endziele« (LW 9/11).

Nach der Eroberung der Macht verlieren die demokratischen Rechte für Lenin ihre Bedeutung, erscheinen als konterrevolutionäre Phrasen. Dies ist nur scheinbar inkonsequent. In Wirklichkeit aber ist dies nur die andere Seite der gleichen Medaille: Was *vor* der Machtübernahme die Kampfbedingungen der Arbeiter und ihrer Parteien verbesserte, was *vorher* die unverzichtbare Bedingung des Kampfes überhaupt gewesen war, die Möglichkeit, die eigenen Positionen möglichst ungehindert öffentlich zu verbreiten, Menschen dafür zu organisieren, den Kampf für soziale Reformen und um die Staatsmacht aufzunehmen (LW 29/477), erschien ihm *nach* der Konzentration der Staatsmacht in den Händen der Bolschewiki als *Hindernis* bei der Sicherung dieser Macht und als Bedrohung für den Aufbau des Sozialismus. Denn eben diese Freiheiten wären *auch* Freiheiten für die Gegner der Bolschewiki gewesen.

»Versammlungsfreiheit für die Kapitalisten«, so Lenin, »ist ein unerhörtes Verbrechen gegen die Werktätigen, ist Versammlungsfreiheit für Konterrevolutionäre« (LW 29/342). Jeder, der demokratische oder soziale Rechte einforderte, war nicht nur im Bürgerkrieg mit der folgenden Position des Entweder-Oder konfrontiert: »Wenn du gekommen bist, uns zu helfen – bitte sehr, wenn du aber Zeitungen drucken und die Arbeiter zu Streiks aufhetzen willst – durch die Streiks gehen unsere Rotarmisten an

den Fronten zugrunde, und jeder Streiktag bedeutet für Zehntausende von Menschen in unseren Fabriken Entbehrungen und Hungerqualen, Qualen, die uns nicht ruhig lassen können –, dann hast du vielleicht vom Standpunkt der Konstituante (der Verfassungsgebenden Versammlung – M.B.) recht, aber vom Standpunkt unseres Kampfes und der Verantwortung, die wir tragen, hast du unrecht, du kannst uns nicht helfen, schere dich weg ... oder du wirst ins Gefängnis gesperrt! Und das werden wir tun.« (LW 29/252)

Rosa Luxemburgs Forderung, die süße Schale der formalen Gleichheit und Freiheit nicht zu zerschlagen

»Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.« (Luxemburg 1918: 363)

Auf dem schon erwähnten VII. Parteitag der Bolschewiki im März 1918 begründet Lenin seine Position zu den demokratischen Rechten: »Für die Bourgeoisie wichtig war die allgemeine Proklamierung großspuriger Grundsätze: ›Alle Bürger haben das Recht, sich zu versammeln, aber nur unter freiem Himmel, denn Räumlichkeiten werden wir euch nicht geben.« Wir dagegen sagen: ›Weniger Phrasen und mehr Taten.« Man muss die Paläste in Beschlag nehmen, und zwar nicht nur den Taurischen Palast, sondern auch viele andere – über das Versammlungsrecht aber bewahren wir Stillschweigen. Und das muss auch für alle übrigen Punkte des demokratischen Programms gelten.« (LW 27/122)

Jetzt hätten die Arbeiter freien Zugang zu den Druckereien, die ihnen gehören. Jetzt, so Lenin, stehe »nichts dem im Wege ... , dass jeder Werktätige (oder eine beliebig große Gruppe von Werktätigen) das gleiche Recht auf Benutzung der der Gesellschaft gehörenden Druckereien und Papiervorräte besitzt und verwirklicht« (LW 28/475). Was er nicht sagte, war die Tatsache, dass es die unter Kontrolle der bolschewistischen Partei stehenden Sowjetorgane waren, die den Zugang zu den Druckereien und den Papiervorräten kontrollierten. Kein Werktätiger und keine Gruppe von Werktätigen wird im Maße der Festigung der sowjetischen Macht je die Möglichkeit haben, das Recht auf die Benutzung dieser Produktionsmittel der Öffentlichkeit gegen die herrschenden Parteiorgane geltend zu machen. Schon die offene Rede und ein politischer Witz konnten Gefängnis, Lager oder Tod bedeuten. Das »Stillschweigen« über durchsetzbare demokratische Rechte und die Blockade aller Möglichkeiten, sie wirksam einzuklagen, dauerte bis in die späten 1980er Jahre.

Mit dem Versprechen der universellen und vollen Einlösung aller demokratischen Rechte *nach* dem Ende des Übergangs zum Kommunismus, *nach* Erfüllung der historischen Mission der Diktatur des Proletariats wird die völlige Suspendierung eben dieser Rechte *während* dieser Diktatur für alle jene legitimiert, deren Positionen und Handlungen nicht unmittelbar und vollständig mit den durch die Kommunistische Partei repräsentierten Interessen der Arbeiterklasse zusammenfallen. Jede Möglichkeit der freien öffentlichen Prüfung durch die Arbeiter selbst, ob ihre Repräsentation durch die kommunistische Partei dem Charakter und Inhalt nach legitim und angemessen ist, wurde unmöglich gemacht.

Die Warnung des John Locke an seine Klasse

Anders als für Thomas Hobbes war Locke klar, dass »die absolute Monarchie ... mit der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich unvereinbar ist« (Locke 1980: 156f.). Er warnte seine Klasse davor, politische Macht uneingeschränkt zu delegieren. Niemand dürfe über dem Gesetz stehen, auch und gerade die Herrschenden nicht. Die Menschen (sprich die Bürger)

könnten doch nicht so naiv sein zuzulassen, »dass alle außer einem der Beschränkung des Gesetzes unterliegen sollten und nur diesem einen die Freiheit des Naturzustandes (d.h. der Gesetzlosigkeit – M.B.) – erweitert noch durch Macht und ins Schrankenlose gesteigert durch seine Unantastbarkeit (als Inhaber aller staatlichen Gewalt – M.B.) erhalten bleiben möge! Wer dies denkt, hält die Menschen für so töricht, dass sie zwar ihr möglichstes tun werden, sich gegen jeden Schaden zu versichern, der ihnen durch einen Iltis oder einen Fuchs entstehen könnte, dass sie sich aber zufriedengeben, ja es als Schutz ansehen, von einem Löwen verschlungen zu werden.« (Locke 1980: 160)

Im Leninschen Verständnis der Diktatur des Proletariats reduzierte sich die Herrschaft der Arbeiterklasse darauf, dass ihre Interessen durch die bolschewistische Partei zum Ausdruck gebracht werden. Die Partei war in seinen Augen nicht die *Vertretung* der Arbeiterklasse, sondern diese selbst in ihrer fortgeschrittensten Gestalt. Macht des Proletariats, Macht der Sowjets, Macht der Bolschewiki verschmolz in seiner (und nicht nur in seiner Vorstellung) im Moment des Kampfes um die Macht: »unstrittig muss es für jeden Bolschewik sein, dass einer revolutionären proletarischen (oder bolschewistischen – das ist jetzt ein und dasselbe) Macht die größten Sympathien und die rückhaltlose Unterstützung aller Werktätigen ... sicher sind« (LW 26/166).

Die Formierung und Artikulation der Interessen der Werktätigen ging aber nach dem Oktober 1917 zunehmend nicht mehr aus der lebendigen öffentlichen Selbstorganisation der Arbeiter der russischen Gesellschaft hervor, sondern wurde durch die bolschewistische Partei monopolisiert, auch gegen die Arbeiter. Die heroische Identifikation von Proletariat und bolschewistischer Partei der Revolutionsperiode wurde zu einer bloßen herrschaftlichen Behauptung, die sich auf die überlegene Einsicht in die historischen Gesetzmäßigkeiten berief.

Lenin bringt es so auf den Punkt: »Von Stimmungen der Massen auszugehen ist unmöglich, denn diese Stimmungen sind veränderlich und unberechenbar; wir müssen ausgehen von der

objektiven Analyse und Einschätzung der Revolution.« (LW 26/179)

Die bolschewistische Partei konzentrierte in ihren Händen die gesamte Verfügungsgewalt über die wesentlichen Produktionsmittel, die Mittel der staatlichen Macht und die öffentliche Rede. In dem Augenblick, wo in den Sowjets, in den Gewerkschaften und anderen Organisationen Positionen vertreten und Beschlüsse gefasst wurden, die denen der Bolschewiki widersprachen, wurden Parteistrafen verhängt, erfolgte schon in den Jahren bis 1922 die Abberufung und Strafversetzung. Kein Parteimitglied habe das Recht, solchen Organen »Resolutionen zur Annahme vorzulegen, die den Resolutionen des ZK der Partei widersprechen« (LW 42/174), so das Politbüro der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) (KPR(B)) im März 1920. Berücksichtigt man, dass schon auf dem IV. Sowjetkongress im September 1918 97% der Abgeordneten Bolschewiki waren (LW 28/303), dann wird klar, wer die wirklichen Entscheidungen traf und wer nur noch die Funktion der Akklamation hatte. Bei Locke sind es die bürgerlichen Eigentümer, die über Parlamente und Gerichte den Staat als politische Form ihrer Klassenherrschaft kontrollieren. Bei Lenin übernimmt die seit 1903 formierte bolschewistische Kaderpartei diese Funktion der Kontrolle des Staatsapparats. Aus der Diktatur des Proletariats wird so die Diktatur einer Partei, ihrer Führung. Die Bindung der Partei selbst an die Arbeiterklasse ist nur auf der Behauptung der überlegenen Einsicht in deren Interessen gegründet.

Lenins feste Überzeugung, dass nur die Kommunistische Partei die Interessen der Arbeiterklasse vertreten könne, hatte ihre Kehrseite: Alle Eigenschaften, die nach Marx Eigenschaften der Arbeiter als bewusste Klassenmitglieder sind, wurden in der Partei, genauer: in ihren Führungsorganen, konzentriert. Im gleichen Maße aber wurden die Arbeiter von diesen Eigenschaften entfremdet, wurde ihnen das Recht und die Möglichkeit genommen, Positionen im Namen ihrer Klasse zu vertreten, die von denen der Parteiführung abwichen. Sie sanken auf den Status bloßer Privatindividuen ohne politische Rechte herab. Die Gewerkschaften und andere Organisationen der Arbeiterinnen und

Arbeiter verloren ihren Charakter der proletarischen Selbstartikulation und Selbstverwaltung. Entweder verhielten sie sich entsprechend den von oben gemachten politischen Vorgaben derer, die im Namen der Arbeiterklasse die Macht ausübten, oder sie wurden unterdrückt.

Rosa Luxemburgs Prognose von 1918

»Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volks- wahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen auf- geboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.« (Luxemburg 1918: 362)¹¹

3. Souveränität des Volkes – Aufstand und Bürgerkrieg

Die Frage, wer herrscht, davon ist Lenin überzeugt, wird letztlich immer mit Gewalt entschieden. Bezugspunkt ist der Sturm auf die Bastille und nicht die Versammlung des dritten Standes im

¹¹ Die Texte, auf die sich Rosa Luxemburg in ihren Aussagen über die russische Revolution stützte, sind jüngst in einer zusammenfassenden Edition erschienen (Schüttrumpf 2017). Vermerkt werden soll auch, dass für Luxemburg anders als für Lenin die Jakobiner nicht das Leitbild sind.

Ballsaal, ist die terroristische Diktatur der Jakobiner und nicht die Französische Verfassung von 1793 (die nie in Kraft gesetzt wurde). Der Zusammenhang dieser Prozesse tritt völlig in den Hintergrund. Allein Macht und Gewalt beherrschen den Diskurs. Dies prägt auch den Blick auf die Sowjets. Wie Lenin im Herbst 1917 schrieb: »Alle Erfahrungen der beiden Revolutionen, sowohl vom Jahre 1905 als auch vom Jahre 1917, wie auch alle Beschlüsse der Partei der Bolschewiki, alle ihre politischen Erklärungen seit vielen Jahren laufen darauf hinaus, dass der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nur als Organ des Aufstands, nur als Organ der revolutionären Macht real ist. Außerhalb dieser Aufgabe sind die Sowjets ein bloßes Spielzeug, das unvermeidlich zur Apathie, Gleichgültigkeit und Enttäuschung der Massen führt, denen die endlose Wiederholung von Resolutionen und Protesten mit vollem Recht zuwider geworden ist.« (LW 26/128, siehe auch LW 25/188 und rückblickend LW 31/333) Die Vorstellung, erst den Sowjetkongress abzuwarten, um dann demokratisch legitimiert die Regierung zu stürzen, sei »vollendete Idiotie«, degradiere »die *Sowjets* zu erbärmlichen Schwatzbuden«. Er fügte hinzu: »Schlagt erst Kerenski (Chef der Provisorischen Regierung – M.B.), dann beruft den Kongress ein« (LW 26/66). Am Abend des 24. Oktober schrieb Lenin einen letzten Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki, bevor der von ihm geforderte militärische Sturz der Provisorischen Regierung begann. In diesem Brief wird im Augenblick der Entscheidung der innerste Kern Leninschen strategischen Denkens deutlich:

»Es wäre verderblich oder ein rein formales Herangehen, wollten wir die unsichere Abstimmung am 25. Oktober [durch den Sowjetkongress – M.B.] abwarten, das Volk hat das Recht und die Pflicht, solche Fragen nicht durch Abstimmungen, sondern durch Gewalt zu entscheiden; das Volk hat das Recht und die Pflicht, in kritischen Augenblicken der Revolution seinen Vertretern, selbst seinen besten Vertretern, die Richtung zu weisen und nicht auf sie zu warten. [...] Die Regierung wankt. Man muss ihr den Rest geben, koste es, was es wolle! Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod.« (ebd.: 224)

Im Gegensatz zu Lenin war für Karl Kautsky die Frage der Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Sozialdemokratie, vor allem eine Frage der Mehrheiten. Unmittelbar nach der Übernahme der Macht in Petrograd und anderen Zentren Russlands durch die Bolschewiki, im Januar 1918, schrieb er einen Artikel »Demokratie und Diktatur«. Noch wünschte er »auf das Lebhafteste«, dass sie Erfolg haben, meldet aber schon erste Differenzen gegenüber ihren »Methoden« an (Kautsky 2017: 142). Für ihn war die Unterstützung der Sozialdemokratie durch die quantitative Mehrheit der Bevölkerung die unverzichtbare Voraussetzung jeder Übernahme der politischen Macht und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Ein allgemeines demokratisches Wahlrecht vorausgesetzt, galt für ihn: »Wo es (das Proletariat – M.B.) unter der Demokratie nicht zur Herrschaft kommt, rührt das entweder daher, dass es noch nicht zahlreich genug ist, dass es noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung umfasst, dass noch die besitzenden Klassen überwiegen, oder daher, dass große Teile der arbeitenden Klassen noch geistig unselbständig sind, sich von den bürgerlichen Parteien nasführen lassen, oder endlich daher, dass unter denjenigen seiner Teile, die ein selbständiges Klassenbewusstsein gewonnen haben, viele noch an ihrer Kraft zweifeln und glauben, mehr zu erreichen, wenn sie an das Wohlwollen bürgerlicher Elemente appellieren, als wenn sie den rücksichtslosen Klassenkampf führen.« (ebd.: 143)

Lenin hatte für eine solche Vorstellung sozialistischer Politik nur die nackte Verachtung übrig:

»Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die *unter dem Druck der Bourgeoisie*, unter dem *Joch der Lohnsklaverei* vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen. ... Das Proletariat führt seinen Klassenkampf und stürzt die Bourgeoisie,

ohne irgendwelche vorhergehende Abstimmung (die von der Bourgeoisie durchgeführt würde und unter ihrem Druck stattfände) abzuwarten, wobei das Proletariat genau weiß, dass zum Erfolg seiner Revolution, zum erfolgreichen Sturz der Bourgeoisie die Sympathie der Mehrheit der Werktätigen (und folglich auch der Mehrheit der Bevölkerung) *unbedingt erforderlich* ist.« (LW 30/42)

Die reale Stärke des Proletariats zeigt sich nach Lenin nicht in dem Anteil von Stimmen für sozialdemokratische Parteien bei Wahlen, sondern im Bürgerkrieg. Selbst unter den günstigsten Bedingungen könne die revolutionäre Sozialdemokratie in bürgerlichen Gesellschaften stets nur eine Minderheit der Arbeiter organisieren. Mit Verweis auf Deutschland schrieb er: »Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Teil der politisch bewussten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei – von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierte – von fünfzehn Millionen!« (LW 25/474) Das parlamentarische System, die Unwissenheit und der Betrug, der Einfluss der bürgerlichen Presse würden das Proletariat im parlamentarischen Kampf benachteiligen.

Es sei deshalb »begreiflich, warum alle Bedingungen und alle Umstände des parlamentarischen Kampfes und der Wahlen die Stärke der unterdrückten Klassen kleiner erscheinen lassen als die Kraft, die diese im Bürgerkrieg tatsächlich entfalten können« (LW 26/16). Die Verlagerung des Kampffelds von Wahlen hin zum außerparlamentarischen Kampf, ja, zum Aufstand und Bürgerkrieg ist von einer solchen Position aus geboten, um die Kräfteverhältnisse anders zu gestalten als unter parlamentarischen Bedingungen möglich. Nur so könnte die Machtfrage im Sinne des Proletariats entschieden werden. Es ist der Bürgerkrieg, der eine Situation schafft, wo jeder »Dritte Weg« ausgeschlossen ist, oder wie Lenin 1918 zu Maxim Gorki sagte: »Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns ... Selbst wenn wir annehmen, dass mal solche Leute existierten, jetzt gibt es sie nicht und kann es sie nicht geben.« (zitiert in Fischer 2001: 281)

In einer Schrift, die im Dezember 1919 erschien, ging Lenin auf die Frage ein, wie es möglich war, dass die Bolschewiki das »Wunder« vollbringen konnten, die Macht zu ergreifen, obwohl sie bei den fast zeitgleich stattfindenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung nur ein Viertel der Stimmen hatten (bei einer Wahlbeteiligung von 53,8%, siehe Protasov 1997: 201). Die Bedingung dafür sei gewesen, dass die Bolschewiki erstens die Mehrheit in den beiden Hauptstädten Petrograd und Moskau gewonnen hätten. Zweitens hätte »die gewaltige Mehrheit des Proletariats hinter den Bolschewiki« (LW 30/246) gestanden. Zudem seien die Gegner gespalten gewesen und ein Bündnis der Sozialrevolutionäre mit den Kadetten wäre von ersteren nicht einmal mehr erwogen worden. Auch die Armee sei zur Hälfte »bolschewistisch« gewesen. Lenins Fazit: »Zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften besitzen – dieses ›Gesetz‹ militärischer Erfolge ist auch Gesetz des politischen Erfolgs, insbesondere in dem schweren, erbitterten Krieg der Klassen, der Revolution heißt.« (LW 30/248) Dies hätte einen »vorübergehenden, labilen Sieg« (LW 30/251) ermöglicht, der erst dadurch dauerhaft wurde, dass nach diesem Sieg durch die Dekrete der Sowjetmacht über den Frieden und das Land die Bolschewiki imstande gewesen waren, »die Mehrheit der nichtproletarischen werktätigen Massen auf ihre Seite zu ziehen« (ebd.). Mehrheiten sind für Lenin nicht vor der Revolution gegeben, sondern werden durch diese im Maße der gewaltsamen Zuspitzung erst geschaffen.¹² Wenn sozialistische Mehrheiten nur im Bürgerkrieg entstehen, dann wird verständlich, warum Lenin ganz auf den Aufstand setzt, warum er mit Beginn des Ersten Weltkriegs die Frage des Bürgerkriegs

¹² Diese Vorstellung übertrug Lenin auch auf andere Länder. Sie prägte auch die Politik der Komintern. Im September 1920 führt Lenin auf einer Parteikonferenz der KPR(B) aus: »In Deutschland sind die Kommunisten mit ihren Losungen zurückgeblieben. Als die deutschen Linken sich auf eine solche Dummheit wie die verständigten, dass es keines Bürgerkriegs bedürfe, sondern eines gesamtnationalen Krieges gegen Frankreich, dann war das eine unerhörte Dummheit ... Ohne Bürgerkrieg bekommt man in Deutschland keine Sowjetmacht.« (Lenin 1999: 378)

zum »Zentrum der Taktik« macht (LW 21/358), warum für ihn im Frühjahr 1917 die »Streitfragen des Staatslebens unmittelbar durch den Kampf der Klassen und den Kampf der Massen bis zur bewaffneten Auseinandersetzung« (25/200), »durch den Klassenkampf in seiner heftigsten, schärfsten Form, nämlich in der Form des Bürgerkriegs entschieden« (25/201) werden müssen. Der Bürgerkrieg ist der Vater dieses Sozialismus, so wie der Krieg die Vorbedingung jener Revolution war, aus der er hervorging. Das Recht und die Macht, Befehle zu geben und Gehorsam einzufordern, lag am Ende bei der Macht, die in diesem Bürgerkrieg siegreich blieb – zunächst den Bolschewiki, später dem Führungszirkel der KPR(B).

4. Legitimität des Terrors

Žižek sieht den Unterschied Lenins gegenüber vielen anderen Linken darin, dass er sich der Verantwortung stellte und bereit war, den »Preis in Gestalt konkreter und oftmals »grausamer« Maßnahmen dafür zu zahlen«, das »notwendige schmutzige Geschäft« zu erledigen (zit. in Callinicos 2014: 27). Politische Verantwortung hat aber eine Spezifik, die diese Bemerkung verdeckt: Den Preis zahlen vor allem andere. Die »konkreten und oftmals »grausamen« Maßnahmen« richten sich nicht gegen die, die die Befehle geben (es sei denn als Gewissensqualen), sondern gegen die Objekte dieser Politik. Die von Žižek hervorgehobene Verantwortung muss deshalb ein Maß haben, wenn sie nicht das Tor zu maßloser Vernichtung von Menschen öffnen soll. Lenin war sich ganz ohne Zweifel des Problems bewusst. Auf dem Plenum des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften im April 1919 führte er aus:

»Genossen! Einer der Redner, der als Sprecher der Opposition bezeichnet wurde, forderte in einer Resolution, dass wir uns nach unserer Verfassung richten sollten. Als ich das hörte, dachte ich: Hat der Redner nicht unsere Verfassung mit der Scheidemannschen (deutscher rechter Sozialdemokrat – M.B.) verwechselt?

Im Artikel 23 der Verfassung heißt es: »Geleitet vom Gesamtinteresse der Arbeiterklasse, entzieht die RSFSR (Russische

Sozialistische Föderative Sowjetrepublik – M.B.) die Rechte einzelnen Personen und einzelnen Gruppen, die diese zum Nachteil der Interessen der sozialistischen Revolution ausnutzen.« Wir haben keine Freiheiten nach rechts und links versprochen, sondern, im Gegenteil, in der Verfassung – die in alle Sprachen: ins Deutsche, ins Englische, ins Italienische und ins Französische übersetzt ist – offen erklärt, dass wir den Sozialisten die Freiheit entziehen werden, wenn sie diese zum Nachteil der Interessen der sozialistischen Revolution ausnutzen, wenn sie zum Deckmantel für die Freiheit der Kapitalisten wird. Daher war der Verweis auf diese Verfassung auch formal falsch. ...

Ich urteile nüchtern und kategorisch: Was ist besser – einige Dutzend oder Hundert Hetzer, schuldige oder unschuldige, bewusste oder unbewusste, ins Gefängnis zu sperren oder Tausende Rotarmisten und Arbeiter zu verlieren? – Das erste ist besser. Mag man mich aller möglichen Todsünden und Verletzungen der Freiheit beschuldigen – ich werde mich schuldig bekennen, aber die Interessen der Arbeiter werden gewinnen.« (LW 29/287, 289)

Die Interessen der Arbeiter aber definierten nicht diese selbst, sondern die von Lenin geführte Partei der Bolschewiki. Kein anderer führender sozialistischer Politiker der Zweiten Internationale hatte ein derart klares Bewusstsein von der Notwendigkeit der Gewalt und war bereit, sich ihrer mit aller Entschiedenheit zu bedienen, wie Lenin. Sein einziges Kriterium, welchen Preis Menschen für die von ihm wesentlich mitgeprägte Politik zu zahlen haben, war revolutionäre Zweckmäßigkeit, sprich: Eroberung und Sicherung der bolschewistischen Macht als Garant einer sozialistischen und perspektivisch kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft: »Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und dem Zusammenschluss aller Werktätigen um das Proletariat dient, das eine neue kommunistische Gesellschaft aufbaut« (LW 31/283). Nur der Zweck allein entschied für Lenin über den sittlichen Gehalt einer Tat, denn, so zitiert ihn Angelica Balabanoff: »Alles, was man im Interesse

der Sache des Proletariats tut, ist ehrenhaft.« (Balabanoff 2013: 30) Dazu gehörte auch der Rote Terror (siehe ausführlich Ruge 2010: 215-251; Ryan 2012).

Oft wird der Unterschied zwischen Gewalt und Terror nicht beachtet. Es ist ein Unterschied, den Lenin, darauf angesprochen, für rein »soziologisch« hielt, »in der politischen Praxis« sei dieser Unterschied, »unzulässig« (LW 31/237). Terror ist aber eine sehr spezifische Form von Gewalt für die, die von ihr betroffen sind. Gesellschaftliches Ziel des Terrors ist die Verbreitung von Furcht und Schrecken. Zu diesem Zweck wird Gewalt ganz bewusst entgrenzt: Der Bezug auf das Tun oder Lassen jener, die zum Ziel von Gewalt werden, wird aufgehoben. Objekt des Terrors werden Menschen nicht aufgrund ihres individuellen Verhaltens oder individueller öffentlicher Äußerungen und auch nicht deshalb, weil von ihnen für andere eine spezifische Bedrohung ausgehen würde. Terror richtet sich gegen Menschen ausschließlich als Symbol – für eine soziale Gruppe, Lebensweise, Nationalität, Glauben, Klasse, körperliche oder psychische Eigenart, »Rasse«, sexuelle Neigung usw. Im Terror ist die Tendenz vollendet, einen anderen Menschen nur noch als Mittel zu betrachten, als bloßen Rohstoff der Machtausübung. Der Andere kann sich nicht dem Feind fügen und ergeben und sich dadurch der Vernichtung entziehen. Es gibt keine Prüfung, ob sich jemand eines bestimmten Verhaltens wirklich schuldig gemacht hat, dessen er angeklagt wird. Wie Lenin in der zitierten Rede deutlich macht: Der Unterschied zwischen Schuld und Unschuld, zwischen bewusstem Handeln oder unbewusstem Tun ist aufgehoben. Wenn die Vernichtung von Repräsentanten einer bestimmten Gruppe einen wirkungsvollen Schrecken verbreitet, erscheint Terror politisch zweckmäßig.

Quintessenz des Roten Terrors

»Wir vernichten die bürgerliche Klasse. Deshalb gibt es keinen Grund nachzuweisen, ob diese oder jene Person mit Wort und Tat gegen die Sowjetmacht aufgetreten ist. Das erste, was wir den in Arrest Genommenen fragen müssen, ist das Folgende: Zu welcher Klasse gehört er, was ist seine Abstammung, wel-

che Erziehung hat er bekommen und was ist seine Ausbildung? Diese Fragen sollen das Schicksal des Gefangenen entscheiden. Genau dies ist die Quintessenz des Roten Terrors.« (Marty I. Lacin, einer der Führer der Tscheka, der politischen Polizei Sowjetrusslands, in der Zeitschrift »Roter Terror« vom 1. Oktober 1918; zitiert in Sidorovnin 1991: 215)

Die Vorstellung, dass der Terror Lenin und den Bolschewiki durch die politischen Gegner aufgezwungen wurde, hält keiner Prüfung stand. Sofort mit der Übernahme der politischen Macht wurde nicht nur die staatliche Unterdrückung politischer Gegner, sondern auch der Terror zum unverzichtbaren Bestandteil bolschewistischer Regierungspolitik. Schon im Dezember 1917 fordert er, man müsse »einen von zehn, die sich des Parasitentums schuldig machen, auf der Stelle erschießen« (LW 26/413) – dazu gehörten für ihn »Reiche« genauso wie Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken. Seine größte Angst war nicht die, dass zu viel Gewalt und Terror seitens der sowjetischen Regierung ausgeübt wird, sondern zu wenig. Kritisch betonte er: »Die Diktatur ist eine eiserne Macht, die mit revolutionärer Kühnheit und Schnelligkeit handelt, die schonungslos ist bei der Unterdrückung sowohl der Ausbeuter als auch der Rowdys. Unsere Macht aber ist übermäßig weich, ist sehr oft mehr einem Brei als Eisen ähnlich.« (LW 27/256) Die Entfesselung der Gewalt als Terror ging mit der Entfesselung der Sprache gegenüber denen einher, die er als Feinde ansah. So werden die Angehörigen der bürgerlichen Klasse sowie »Müßiggänger und Rowdys« in seinen Worten zum »Auswurf der Menschheit«. Sie seien die »rettungslos verfaulten und verkommenen Elemente« und es komme darauf an, »diese Seuche, diese Pest, diese Eiterbeule zu besiegen, die der Kapitalismus dem Sozialismus als Erbschaft hinterlassen hat« (LW 26/409). Dem Gegner wird jede Würde abgesprochen.¹³

¹³ Dies ebnet jenen Unterschied völlig ein, den Marx in seinem Vorwort zum »Kapital« strikt zwischen den Kapitaleigentümern als Individuen und als »Personifikation ökonomischer Kategorien« zog: »Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht.

Lenins Brief vom 11. August 1918

Erst 1992 wurden die folgenden handschriftlichen Zeilen Lenins in der »Komsomol'skaja Pravda« veröffentlicht:

»An die Genossen Kuraev, Boš, Minkin und andere Kommunisten in Pensa

Genossen! Der Aufstand in den fünf Kulakengebieten muss gnadenlos unterdrückt werden. Die Interessen der ganzen Revolution hängen daran, denn jetzt ist das »letzte entscheidende Gefecht« mit den Kulaken *überall* im Gange. Man muss ein Exempel statuieren.

1. Hängt (hängt unbedingt, so *dass das Volk es sieht*) nicht weniger als einhundert bekannte Kulaken, reiche Leute, Blutsauger.

2. Ihre Namen veröffentlichen.

3. Ihnen alles Getreide wegnehmen.

4. Bestimmt Geiseln ...

Macht dies in einer Weise, dass im Umkreis von hunderten Wersts (ein Werst ist rd. ein Kilometer – M.B.) die Menschen dies sehen, zittern, wissen und schreien: *Sie* (die Bolschewiki – M.B.) *erdrosseln* die blutsaugerischen Kulaken zu Tode und werden dies weiter tun.

Telegrafische Bestätigung des Empfangs und der Umsetzung.

Ihr Lenin

Finden Sie richtig harte Leute.« (Lenin 1999: 246)

Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozess auffasst, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.« (Marx 1890: 16)

Teil 3

Was tun mit der Macht?

Die Revolution am Scheideweg, Dezember 1920 bis März 1923

Seit Mitte des Jahres 1921 musste Lenin sich immer wieder wegen Erschöpfung auf das ihm zur Verfügung gestellte Landhaus in Gorki bei Moskau zurückziehen. Im Frühjahr 1922 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand drastisch. Während eines Erholungsurlaubs erlitt er am 22. Mai 1922 einen ersten Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr völlig erholte. Die Arbeitspausen wurden immer länger. Schrittweise musste er sich aus den zentralen Entscheidungsprozessen zurückziehen. Sein Zugang zu Materialien und Informationen wurde ab jetzt im Auftrag des Zentralkomitees von Stalin kontrolliert. Von seinem Krankenbett aus versuchte er Ende 1922 und Anfang 1923 noch einmal, sich über das Wesen der Revolution, die er geführt hatte, im Klaren zu werden, in laufende Entscheidungen einzugreifen und letzte Weichenstellungen vorzunehmen, die als sein politisches Testament bekannt geworden sind. Er konnte nicht mehr selbst schreiben, fühlte sich gefangen. Angesichts der Hilfe, auf die er angewiesen war, sagte er zu seiner Sekretärin L.A. Fotijewa: »Wenn ich in Freiheit wäre (erst hatte er sich versprochen, aber dann wiederholte er lachend: wenn ich in Freiheit wäre), dann würde ich das leicht alles selbst machen.« (LW 42/515)

Zu den wenigen Büchern, die er in dieser Zeit noch lesen konnte, gehörte das schon im ersten Teil zitierte »Tagebuch der Russischen Revolution« von Nikolaj Suchanow (1967). Lenin diktierte im Januar 1923 einen Artikel »Über unsere Revolution (Aus Anlass der Aufzeichnungen N. Suchanows)«, der im Mai in der »Prawda« erschien. Was ihn an Suchanows Darstellung der russischen Revolution vor allem empörte, war die »sklavische Nachäffung der Vergangenheit«, das Messen der russischen Entwicklung am »deutschen Vorbild« (LW 33/462). Er wehrte sich gegen die Annahme, eine erfolgreiche sozialistische Revolution könne erst erfolgen, wenn eine bestimmte Höhe zivilisatorischer Entwicklung erreicht sei. Seine Antwort ist eindeutig:

»Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen? In welchen Büchern habt ihr denn gelesen, dass derartige Modifikationen der üblichen historischen Reihenfolge unzulässig oder unmöglich seien?« (LW 33/466)

In diesem Zusammenhang berief sich Lenin auf einen Ausruf, der Napoleon zugeschrieben wird (»On s'engage, et alors on voit«) und gab ihn so wieder: »Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das Weitere wird sich finden.« Was er nicht sagte, ist, dass Napoleon dies seinem Kammerherrn Tristan de Montholon gesagt haben soll – auf St. Helena, einer Insel im Südatlantik, fern vom Festland, endgültig jeder Macht beraubt. Napoleon hatte über zwanzig Jahre lang fast alle Schlachten gewonnen, aber nicht seinen Großen Krieg mit den Mächten des alten Europas und Großbritannien. Solche Metaphern hinken natürlich. Auch Lenin hatte bisher nur Schlachten gewonnen. Die Zukunft seines Sozialismus war dagegen offen. Und er hatte im Januar, Februar, März 1923 nur noch wenige Stunden, am Ende Minuten, um durch letzte diktierte Briefe Einfluss darauf zu nehmen, was nach seinem Tod geschehen würde.

Was Lenin in seinen Gedanken »Über unsere Revolution« anspricht, ist der Hauptdissens zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki im Jahre 1917: Die Menschewiki waren überzeugt, dass in Russland, einem Land mit einem bäuerlichen Bevölkerungsanteil von 80%, weitgehend durch Krieg und zaristische Misswirtschaft zerrüttet, von einer sozialistischen Revolution keinesfalls die Rede sein könnte. Julius Martow,¹⁴ Lenins Jugend-

¹⁴ Juli Martow war seit 1903 ein führender Menschewik, gehörte dem linken Flügel der menschewistischen Partei an und lehnte vehement die Position der »Vaterlandsverteidigung« im Ersten Weltkrieg ab. 1920 emigrierte er und starb 1923 in Deutschland (siehe Hedeler et al. 1997b: 442).

freund und Kontrahent, der Einzige, den er von seinen Genossen duzte, hatte damals erklärt, dass ein »Sprung zu einer kommunistischen Wirtschaft auf der Basis der jämmerlichen Produktionsverhältnisse des modernen Russlands« eine Utopie sei und es darum ginge, eine »konsequente Demokratie« zu schaffen (Martov 2000a: 386). Deshalb lehnten er und seine Genossen die Machtübernahme durch die Bolschewiki ab und forderten eine Einheitsregierung aller Sozialisten. Martow betonte, das zu schaffende politisch-gesellschaftliche System dürfe nicht eine »formale bürgerlich-parlamentarische Demokratie« sein, die die Privilegien der Reichen schützt, sondern müsse mit »einem System der Durchsetzung sozialer Maßnahmen« verbunden sein, das die Wünsche und die Herrschaft der »werktätigen Mehrheit des Volkes« (ebd.: 386) ausdrückt. Im Hintergrund stand der marxistische Commonsense aus Marx' Vorwort »Zur Kritik der Politischen Ökonomie«: »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.« (Marx 1859: 9)

Lenin entwickelte ein Verständnis von »Reife« der Bedingungen für eine sozialistische Revolution, das sich grundsätzlich von der bisherigen marxistischen Orthodoxie unterschied. Die »Reife« der Verhältnisse maß er allein daran, ob die Sozialisten (sprich für Russland: die Bolschewiki) die Macht übernehmen können. Der Rest müsse dann eben später geschaffen werden. Lenin fand eine hochkonzentrierte Arbeiterschaft mit starkem ökonomischen, politischen und militärischen Druckpotenzial vor.¹⁵ Er sah eine durch den Krieg mobilisierte Bauern-

¹⁵ Sie war in drei Zentren konzentriert. Forscher gehen von rd. 3,5 Mio. Fabrikarbeitern im engeren Sinne und insgesamt 18 Mio. Lohnarbeitern aus.

schaft, die endlich Frieden und Land haben wollte, was ihr die bürgerlichen Klassen aus Angst vor einem Angriff auf das Privateigentum nicht geben wollten. Im Krieg hatte sich der Staatskapitalismus immer weiter ausgeprägt und weite Bereiche von Produktion und Versorgung erfasst. Dies alles waren ihm ausreichende Bedingungen, nicht für den »reifen« Sozialismus, aber doch für eine sozialistische Regierung. Sie müsste dann einen Prozess einleiten, um die noch fehlenden ökonomischen und kulturellen Bedingungen für den Sozialismus im Nachgang zu schaffen.

Dies war eine durchaus überzeugende Position. Aber sie hatte ihre Kehrseite: Gerade in einer solchen Situation des Primats der »subjektiven Bedingungen« für Sozialismus wurde entscheidend, was unter Sozialismus wirklich verstanden wird. Umso »unreifer« die Bedingungen, umso »reifer« mussten jene sein, die im Namen der Arbeiterklasse die Führung für sich beanspruchten und ihre Vorstellungen von Sozialismus durchsetzten, umso größer auch die Verführung, jeden Widerstand dem Unverständnis und der politischen Unreife Anderer zuzuschreiben, sie als Feinde zu sehen. Das Verständnis von Sozialismus musste im hohen Maße beeinflussen, welche Strategie eingeschlagen, welche Prozesse und Projekte befördert, welche Prozesse zurückgedrängt, auf welche Kraft der Umsetzung dabei gebaut wurde. Diese Fragen wurden mit dem Sieg der sowjetischen Regierung im Bürgerkrieg akut.

Am 12. Oktober 1920 hatten Polen und Sowjetrußland einen Waffenstillstand geschlossen und im November musste General Wrangel seine antibolschewistischen Truppen von der Krim, der letzten Bastion der Weißen, evakuieren. International kam es zu einem sehr kalten Frieden. Diese Stunde des militärisch-politischen Sieges wurde zum Ausgangspunkt der größten Krise der Macht der Bolschewiki seit dem Oktober 1917. Nun wurde sie nicht mehr von außen, sondern von innen bedroht: Erstens kam es zu einer Welle von Bauernaufständen. Der größte von ihnen brach in Tambow und angrenzenden Provinzen im Herzen Russlands aus, wo sich schon 1917 die Bauern erhoben hatten. Die kriegskommunistische Politik der Konfiszierung großer Teile der Ernte stieß auf heftigen bewaffneten Widerstand. Die Ziele

der Bauern waren Beendigung der Requirierung der Ernte, freier Handel und Warenverkehr sowie die Beseitigung der Sowjetverwaltung und die Auflösung der Tscheka. Es wurden demokratische Rechte und die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung gefordert. Die Große Industrie sollte in den Händen des Staates bleiben, aber die kleineren Unternehmen sollten wieder privatisiert werden, wobei der Staat eine strikte Wirtschaftsaufsicht garantieren müsse. Die Versorgung mit den Grundgütern der Bevölkerung müsse Priorität haben (Sennikov 2004).

Ökonomisch und sozial nahm dies wesentliche Elemente der Neuen Ökonomischen Politik vorweg, auf die Lenin und die Bolschewiki wenige Monate später einschwenkten. Es ist symptomatisch, dass diese Bauernaufstände erst nach der Niederlage der Weißen ausbrachen, da die Weißen als Anhänger des zaristischen Großgrundbesitzes angesehen wurden. Teilweise fanden sie unter der Losung statt »Lang leben die Bolschewiki! Tod den Kommunisten«. Manche Bauern sahen in den Bolschewiki jene, die ihnen 1917 das Land gegeben, Frieden geschlossen und die Selbstverwaltung durch die Sowjets durchgesetzt hatten, und hielten die Kommunistische Partei (die Umbenennung war im Frühjahr 1918 erfolgt) für eine andere Partei, die genau diese Politik ins Gegenteil verkehrt hatte. Sie lobten Lenin und verfluchten Trotzki, der zu dieser Zeit Kriegskommissar und Kommissar für Ernährungswesen war. Die Aufstände sprachen eine klare Sprache, wie Lenin feststellte. Die Bauernschaft habe deutlich gemacht, dass sie »mit der Form der Beziehungen zu ihr, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, dass sie diese Form der Beziehungen nicht will und so nicht weiterleben wird« (LW 32/218). Diese Bedrohung der Sowjetmacht durch die Bauern, so Lenin, sei größer als die durch die Armeen der Weißen (32/183).

Zweitens häuften sich die Unruhen in den Industriezentren, wo die nackte Not die Arbeiter in Konflikt mit der sowjetischen Regierung brachte. Die Kürzung der ohnehin sehr geringen Brotrationen um ein Drittel in Moskau, Petrograd und anderen Industriestädten im Januar 1921 löste eine Reihe von Streiks aus, die teilweise von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären organisiert wurden. Selbst die privilegiertesten Arbeiter erhielten

nur noch Brot mit 1000 Kilokalorien am Tag – dies war weniger als die Hälfte des Grundbedarfs. Damit wurde die Streikwelle, die schon 1920 ausgebrochen war, zur ernststen politischen Bedrohung, näherte sich dem Punkt der offenen Rebellion. Die Sowjetregierung setzte Militär ein.

Matrosen des Flottenstützpunkts von Kronstadt nahmen Kontakt mit den Arbeitern in Petrograd auf und übernahmen Anfang März 1921 die Macht in Kronstadt. Ihre Hauptlosung war »Alle Macht den Sowjets – keine der Kommunistischen Partei«. Die drei wichtigsten Forderungen waren (1) geheime Neuwahlen zu den Sowjets nach einer Phase freier Agitation, (2) Pressefreiheit für die Arbeiter, Bauern, Anarchisten und linken sozialistischen Parteien, (3) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für die Arbeiter und Bauern. Auch die Forderung nach Abschaffung der Zwangseintreibung von Getreide und der Zulassung der bäuerlichen und handwerklichen Kleinproduktion gehörte zum Programm (Naumov/Kosakovskij 1997: 50f.). Die Behauptung, es hätte in Russland keine breite Unterstützung für demokratische Rechte gegeben, ist nicht haltbar. Neben der Forderung nach Gewährung der allgemeinen Rechte gab es vor allem ein Verständnis von Demokratie als »Freiheit, ausgeübt in einer Gemeinschaft, sei es die des Dorfes, der Meisterei oder der Fabrik, in der die Mitglieder gemeinsam die Beschlüsse fassen, den Nutzen und die Lasten gemeinsam teilen und sich nur im geringen Maße Außenstehenden unterwerfen« (Gooding 2002: 67). Dies stand im diametralen Widerspruch zu Lenins Konzept einer zentralisierten Diktatur des Proletariats.

Eine neue, dritte Revolution?

Am 8. März 1921, dem Tag, an dem die Rote Armee unter Leo Trotzki's Führung den Sturm auf Kronstadt begann, veröffentlichte die Zeitung der aufständischen Festung einen Artikel, in dem sie den Beginn einer dritten Revolution nach dem Februar und Oktober 1917 proklamierte: »Die Oktoberrevolution ausführend hatte die Arbeiterklasse gehofft, seine Emanzipation zu erreichen. Das Ergebnis war jedoch eine noch größere Versklavung der menschlichen Persönlichkeit. Die Macht des Po-

lizei-Monarchismus ging in die Hände der Usurpatoren über, der Kommunisten, die den Arbeitern anstelle von Freiheit die Furcht brachten, in jeder Minute in die Folterkammern der Tscheka zu geraten. ... Die scheußlichste und kriminellste aller kommunistischen Schöpfungen aber ist das moralische Komplott. Sie haben Hand an die innere Welt der Arbeiter gelegt, zwingen sie, allein auf ihre [kommunistische – M.B.] Weise zu denken. Mit Hilfe der bürokratischen Gewerkschaften haben sie die Arbeiter an ihre Strafbank gefesselt. Auf die Proteste der Bauern ... und der Arbeiter ... antworten sie mit Massenexekutionen... Hier in Kronstadt wurde der erste Stein für die Dritte Revolution gelegt... Die gegenwärtige Revolution gibt den Arbeitern die Möglichkeit, endlich ihre eigenen, frei gewählten Sowjets zu haben, frei von jedem und vor allem von gewaltsamem Parteizwang, und die Chance, die bürokratischen Gewerkschaften in freie Organisationen der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intelligenz zu verwandeln.« (Provisional Revolutionary Committee of Kronstadt 1921)

Die Bedrohung kam dieses Mal aber nicht nur von Kräften außerhalb der Kommunistischen Partei, sondern auch aus dem Innern der Partei selbst. Wie Lenin im Januar 1921 konstatierte: »Man muss den Mut haben, der bitteren Wahrheit offen ins Auge zu sehen. Die Partei ist krank. Die Partei wird vom Fieber geschüttelt.« (LW 32/27) Schon lange gab es eine interne Kritik gegen die Bürokratisierung und Zentralisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Hatten die Arbeiter zunächst, ermutigt durch die Bolschewiki, die Betriebe in ihre eigenen Hände genommen und Formen kollektiver Leitung eingeführt, so war danach das Prinzip der Einzelleitung zum Gesetz erhoben und die strikte Unterstellung der Betriebe unter die zentralen Wirtschaftsgremien zur absoluten Pflicht gemacht worden. Schon im Frühjahr 1918 hatte sich Lenin mit der Kritik der »linken Kommunisten« auseinandergesetzt, dass die »Einführung der Arbeitsdisziplin in Verbindung mit der Wiedereinsetzung von Kapitalisten ... die klassenmäßige Selbständigkeit, Aktivität und Organisiertheit des Proletariats verringern« würde und drohe, »die Arbeiterklasse zu

versklaven« (zit. in LW 27/289f.). Lenins Gegenargument: »Das ist nicht wahr; wenn dem so wäre, dann würde unsere russische Revolution mit ihren sozialistischen Aufgaben, ihrem sozialistischen Wesen vor dem Zusammenbruch stehen« (LW 27/290). Hauptfrage des Sozialismus sei jetzt die Disziplin. Jede Abweichung von einer strikt hierarchischen Leitung hatte Lenin schon lange als Syndikalismus gebrandmarkt. Ob dies nicht eine Abkehr vom Arbeitersozialismus bedeutet, thematisierte er nicht.

Trotzkis Versuche, 1920 die widerspenstigen Gewerkschaften der Eisenbahner mit den Methoden des »Durchrüttelns« und rigider Einsetzung von gehorsamen Kadern zur Reason zu bringen, hatten die Stimmung zusätzlich aufgeheizt und waren auch bei Lenin auf Kritik gestoßen. Überzeugten Kommunisten und Bolschewiki wurde der Widerspruch zwischen ihren Idealen, die sie 1917 und danach proklamiert hatten, und der realen Entwicklung immer deutlicher. Mit dem Sieg im Bürgerkrieg fiel die bisherige Begründung für diesen Widerspruch, die Zwänge eines militärischen Ausnahmezustandes, weg. Die Stunde schien gekommen, zu einer Politik zurückzukehren, die den eigenen Idealen wesentlich mehr entsprach.

Ausdruck dieser Entwicklung war die Entstehung der Arbeiteropposition innerhalb der KPR(B) seit Ende 1919. Sie hatte ihre Basis vor allem unter den bolschewistischen Kadern in Gewerkschaften, Parteimitgliedern in großen Industriebetrieben sowie Teilen der bolschewistischen Intelligenz. Ihre Hauptforderung war die Leitung der Volkswirtschaft durch Wirtschaftsorgane, die von unten nach oben durch die in den Gewerkschaften und Produktionsorganisationen vereinigten Arbeiter gewählt werden sollten. Zugleich kritisierten sie die völlige Vernachlässigung der sozialen, kulturellen, selbst hygienischen Bedürfnisse der Arbeiter, denen die Privilegierung der Bürokraten gegenüberstehe. Alexandra Kollontai schrieb: »Einen Stimulus, einen Anreiz zur Arbeit zu finden – das ist die ungeheure Aufgabe der Arbeiterklasse auf der Schwelle zum Kommunismus. Niemand anders als die Arbeiterklasse selbst in Gestalt ihres Klassenkollektivs hat die Kraft, diese Aufgabe zu bewältigen.« (Kollontai 1921: 184) Wenig verklausuliert lief die Position der Arbeiterop-

position auf die Absage an die führende Rolle der Kommunistischen Partei, zumindest im Bereich der Wirtschaft, hinaus. Nur 5% der Delegierten des X. Parteitages der KPR(B) schlossen sich den Thesen der Arbeiteropposition an.

Eines war und ist nicht zu übersehen: Vergleicht man die Vorstellungen Lenins vom Frühjahr und Sommer 1917 über die neue Sowjetordnung mit der Wirklichkeit am Ende des Bürgerkrieges, dann fällt der schreiende Widerspruch auf. Ziel und Resultat fielen weitgehend auseinander. Der Gegensatz von Verheißung und Realität wird deutlich, wenn man einzelne Aussagen von Lenin von 1917 mit denen späterer Jahre kontrastiert. 1917 hieß es noch, dass der seit 1914 als unvermeidlicher Endpunkt der Revolution angestrebte Bürgerkrieg fast unblutig sein würde, kein Vergleich zum Weltkrieg. Das Volk würde geschlossen die Bolschewiki unterstützen und von »Strömen von Blut« könne angesichts der Schwäche der Bourgeoisie nicht die Rede sein (LW 26/22-24). Das reale Fazit sah völlig anders aus¹⁶ und Lenin konstatierte 1919 lakonisch, dass der Bürgerkrieg »ernster und grausamer [sei] als jeder andere Krieg. So war es stets in der Geschichte« (LW 29/359). Als Kautsky behauptete, dass sich eine Klasse nicht direkt selbst regieren könne, bemerkte Lenin: »... solchen Unsinn könnte nur ein ›parlamentarischer Kretin‹ von sich geben, der nichts sieht außer dem bürgerlichen Parlament« (LW 28/240). 1921 dagegen kritisiert er die Arbeiteropposition und macht deutlich, dass es gar nicht anders sein könne, als dass die Diktatur des Proletariats »nicht durch eine die Industriearbeiter in ihrer Gesamtheit erfassende Organisation verwirklicht« (LW 32/2) werden könne, sondern nur durch die Partei, also durch eine Minderheit. 1917 proklamiert Lenin die Zerschlagung des alten Staatsapparats als die Hauptaufgabe der proletarischen Revolution. Am 20. November 1922, in seiner letzten öffentlichen Rede, musste er konsta-

¹⁶ »Der russische Bürgerkrieg führte zu umfassender Zerstörung, wirtschaftlichem Ruin, dem Tod von sieben bis acht Millionen Menschen, von denen fünf Millionen zivile Opfer der Kämpfe, Repression und Krankheiten waren, der Emigration von ein bis zwei Millionen anderen und rund fünf Millionen Toten, verursacht durch den Hunger von 1921 bis 1923.« (Millar 2003: 270)

tieren, dass der alte, zerschlagene Staatsapparat neu entstanden war: »Als Apparat haben wir den alten bekommen, und unsere Aufgabe besteht jetzt darin, ihn auf eine neue Weise umzugestalten. Dies können wir nicht sofort machen, aber wir müssen die Aufgabe so stellen, dass jene Kommunisten, die wir haben, richtig verteilt werden, und es ist notwendig, dass diese Kommunisten den Apparat beherrschen, an deren Spitze sie gestellt werden, und nicht so, wie das bei uns oft passiert, dass der Apparat sie beherrscht.« (Lenin 1999: 572) 1917 gab es das Versprechen, das keiner mehr Bürokrat werden könne, da alle an der Leitung beteiligt werden würden (LW 25/488). Die Aufgaben würden so vereinfacht, dass jede und jeder sie ausführen könne. 1921/22 wird der Bürokratismus zu einem Hauptfeind erklärt, der nur in einem sehr, sehr langen Prozess überwunden werden könne (LW 32/37). Lenin verweist auf die Arbeitsteilung im Politbüro zwischen den (männlichen) Mitgliedern und den (weiblichen) Sekretärinnen (LW 35/536). Die Geschlechterfrage thematisiert er in diesem Zusammenhang nicht. Die Liste solcher kontrastierender Aussagen kann lange fortgesetzt werden. Schon 1918 war er sich darüber im Klaren, dass dies die Quelle unendlicher sowjetischer Witze ist: »... wieviel Material für Witze kann man daraus schöpfen und erklären: Als eure Partei nicht an der Macht war, da versprach sie den Arbeitern ein Land, darin Milch und Honig fließt, als aber diese Leute zur Macht gelangten, da begann die übliche Wandlung: man fängt an von Rechnungsführung, von Disziplin, von Selbstdisziplin, von Kontrolle usw. zu reden« (LW 27/292).¹⁷

Lenin sah sich nicht nur mit dem Widerspruch zwischen Vision und Realität, sondern auch damit konfrontiert, dass die Möglichkeiten, die Richtung der Entwicklung zu beeinflussen, geschweige denn zu bestimmen, geringer wurden. Sein Wille, nach sozialistischen Wegen der Bearbeitung und Lösung der Widersprüche der sowjetischen Wirklichkeit zu suchen, war bis zum Ende ungebrochen. Solange die wichtigste Errungenschaft des

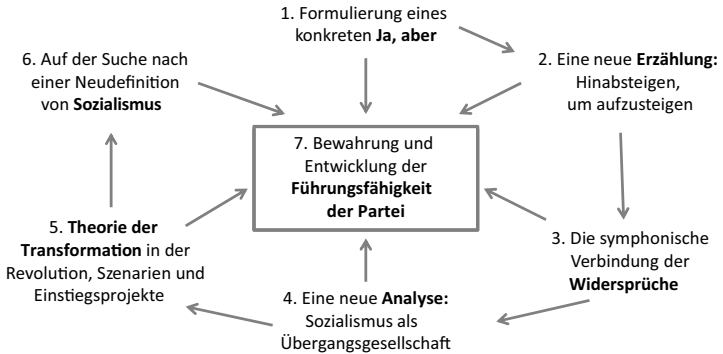
¹⁷ Zu den Ursachen, wieso der politische Witz für die Länder des sowjetischen Staatssozialismus so zentral wurde, siehe Brie (2004).

Jahres 1917 gesichert blieb, die Vorherrschaft der bolschewistischen Partei im neuen Staat, schien ihm nichts verloren. Aber in welchem Maße konnte diese Partei, konnte ihre Führung, konnte er selbst noch steuern? Auf dem letzten Parteitag, den er besuchen konnte, im März 1922, wird deutlich, wie sehr ihn diese nachlassende Steuerungsfähigkeit zu beunruhigen begann:

»Wir haben nun ein Jahr hinter uns, der Staat ist in unseren Händen – aber hat er unter den Verhältnissen der Neuen ökonomischen Politik in diesem Jahr nach unserem Willen funktioniert? Nein. Das wollen wir nicht zugeben: Er hat nicht nach unserem Willen funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt – jemand, der illegal ist, der gesetzwidrig handelt, der von Gott weiß woher kommt, Spekulanten oder Privatkapitalisten, oder die einen und die andern zugleich –, jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so und sehr häufig ganz und gar nicht so, wie derjenige, der am Steuer dieses Wagens sitzt, sich einbildet.« (LW 33/266)

Aber wie konnte Lenin auf diese neue Situation reagieren? Zu späten sowjetischen Zeiten kursierte der folgende Witz: Eines Tages Mitte der 1920er Jahre habe Sinowjew auf seinem Arbeitstisch einen Zettel gefunden: »Lieber Grigori Jewsejewitsch, mein Tod war nur fingiert. Bin in Zürich. Kommen Sie sofort nach. Wir beginnen von vorne. Ihr Lenin.« Im Frühjahr 1921 begann Lenin tatsächlich einen neuen Kampf – nicht von vorne, sondern auf der Basis des Russlands und der Gesellschaft, die zwischen 1918 bis Ende 1920 in den Kämpfen, Wirren, dem Elend und der Hoffnung des Bürgerkriegs entstanden war. In wenigen Monaten wurden die Aufstände der Bauern, die Unruhen in Industriegebieten und die Meuterei in Kronstadt niedergeworfen und die Einheit der Partei durch das Verbot von Fraktionen und personelle Umsetzungen hergestellt. Die Mitglieder der Arbeiteropposition verloren fast völlig ihren Einfluss. Gleichzeitig erfolgte eine

Abbildung 2: Lenins Wirken zwischen Ende 1920 und März 1923



Wende vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). Der Übergang zum weitgehend friedlichen Aufbau und zur Reintegration von großen Gebieten des Russischen Reiches wurde eingeleitet und vollzogen. Die Beziehungen mit dem Ausland, vor allem Deutschland und den Westmächten, aber auch mit der Türkei und Persien, wurden neu geregelt. Und gleichzeitig ließ Lenins Arbeitsfähigkeit immer weiter nach. In dieser Situation begann Lenin, in einem intensiven, ständig getriebenen und gehetzten Suchprozess, Ansätze einer neuen Strategie zu entwickeln.

Im Folgenden werde ich – wiederum von Lenins Schriften ausgehend – seinen neuen strategischen Suchprozess zwischen Anfang 1921 und Frühjahr 1923 zu rekonstruieren suchen (siehe Abbildung 2). Dabei werde ich mich weitgehend an jener Struktur orientieren, die ich im ersten Teil mit Blick auf die Zeit zwischen August 1914 und April 1917 verwandt habe. Dies erlaubt den Vergleich, kann helfen, Kontinuitäten und Brüche aufzuzeigen. Aber natürlich war dieser neue Suchprozess ein völlig anderer: Lenin war Regierungschef, in den Phasen seiner Gesundheit fast völlig okkupiert durch die laufende Verwaltungsarbeit. Umfangreiche Studien und ruhige Phasen des Lesens waren unmöglich. Eine systematische Verarbeitung der Erfahrungen musste ausbleiben. Es werden nur Ansatzpunkte deutlich, Linien be-

gonnen, deren Ende nicht abzusehen war. Die Frage stand: Was tun in Zeiten an der Macht, die sich zu verselbständigen drohte?

1. Formulierung eines Ja, aber

Ende 1920 und Anfang 1921 vollzog die sowjetische Führung eine jähe Wende im Verhältnis zur Bauernschaft. Der drohende Streik der Bauern, die Aussaat überhaupt einzustellen, ihr sich ausbreitender bewaffneter Widerstand, der Hunger in den Städten, der immer weitere Verfall der Industrie und schließlich auch Auflösungstendenzen in der Roten Armee (die ja selbst weitgehend bäuerlich war) sowie die Demobilisierung der Hälfte der Soldaten (2,5 Mio. Menschen) mussten das sowjetische System in die Knie zwingen, wenn es nicht gelang, die Wirtschaftspolitik zu verändern.

Unter Lenins Führung wurde eine Doppelstrategie angewandt: Sicherung der politischen Macht mit *allen* Mitteln und *durchgreifende* Veränderung der ökonomisch-sozialen Mittel bei Erhalt der Kontrolle durch den Parteistaat. Es war ein klares *Ja* zum Erhalt des sowjetischen Staats-Partei-Systems mit allen seinen Grundstrukturen und ein deutliches *Aber* gegenüber den ökonomischen Formen des Kriegskommunismus, dem Bürokratismus und der Grenzenlosigkeit und Willkür des Terrors.

Lenins Ja war ein Bekenntnis zur entstandenen politischen Form eines Staats, dessen Macht ganz in den Händen einer kommunistischen Partei und ihrer Herrschafts- und Gewaltorgane lag. Sein Aber war die Absage an den Versuch, unmittelbar in der ganzen Breite das ökonomische Leben sozialistisch oder gar kommunistisch zu organisieren, Landwirtschaft und Kleinindustrie zu »vergesellschaften« und ausschließlich auf den »revolutionären Enthusiasmus« gepaart mit Terror zu bauen. Er hatte erkennen müssen, dass die soziale Basis der bolschewistischen Macht fragil war. Lenins Resümee: »Die Ablieferungspflicht im Dorf, dieses unmittelbar kommunistische Herangehen an die Aufgaben des Aufbaus in der Stadt, behinderte den Aufschwung der Produktivkräfte und war die Grundursache der tiefgehenden ökonomischen und politischen Krise, in die wir im Frühjahr 1921 hineingerieten.« (LW 33/44)

Deshalb Lenins Aber: die Absage an den Kriegskommunismus und die Einleitung einer neuen Wirtschaftspolitik. Er konnte dabei – wie wir noch sehen werden – auf Ansätze aus den Jahren 1917 und 1918 zurückgreifen. Und während es auf dem Gebiet der Ökonomie tatsächlich zu einer wesentlichen Veränderung kam, blieb das politische System strukturell fast völlig unverändert. Es gab Anpassungen; es wurden Schritte von der revolutionären Willkür des Bürgerkrieges zu einer Art »revolutionärer Gesetzlichkeit« eingeschlagen. Das Grundverständnis von der Diktatur des Proletariats jedoch blieb intakt, die wesentlichen Institutionen dieser Diktatur wurden weiter gestärkt.

2. Philosophische Reflexion. Die dialektische Logik

In den Jahren, über die wir reden, konnte Lenin nicht wie in Bern und Zürich die klassische philosophische Literatur studieren. Er konnte nur auf jene Einsichten zurückgreifen, die er sieben oder acht Jahre zuvor gewonnen hatte. Wenn er sich in der Schweiz auch die Zeit genommen hätte, neben Hegels »Wissenschaft der Logik« und den »Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie« noch dessen Schrift »Phänomenologie des Geistes« von 1806 zu lesen, dann wäre er im Abschnitt über die Aufklärung und die Französische Revolution auf einen Gedanken gestoßen, der 1921/22 für die Bolschewiki außerordentlich aktuell war – die Frage der Spaltung einer siegreichen Partei. Genau diesen Zerfall aber wollte Lenin verhindern und das politische Monopol der KPR(B) und ihre Einheit um jeden Preis bewahren.

Hegels Beobachtung über den Zerfall der siegreichen Partei

»Eine Partei bewährt sich erst dadurch als die siegende, dass sie in zwei Parteien zerfällt; denn darin zeigt sie das Prinzip, das sie bekämpfte, an ihr selbst zu besitzen, und hiermit die Einseitigkeit aufgehoben zu haben, in der sie vorher auftrat. Das Interesse, das sich zwischen ihr und der andern teilte, fällt nun ganz in sie und vergisst der andern, weil es in ihr selbst den Gegensatz findet, der es beschäftigt. Zugleich aber ist er in das höhere siegende Element erhoben worden, worin er geläutert sich darstellt. So dass also die in einer Partei entstehende

■ Zwietracht, welche ein Unglück scheint, vielmehr ihr Glück beweist.« (Hegel 1967: 408)

Das politische Monopol einer Staatspartei lässt sich nur bewahren, wenn sie in der Lage ist, die Widersprüche der Gesellschaft, die sie politisch ausdrückt und beherrscht, in sich selbst dauerhaft auszutragen. 1914 hatte Lenin folgenden Satz aus Hegels »Wissenschaft der Logik« notiert: »Wenn aber ein Existierendes nicht in seiner positiven Bestimmung zugleich über seine negative überzugreifen und eine in der andern festzuhalten, den Widerspruch nicht in ihm selbst zu haben vermag, so ist es nicht die lebendige Einheit selbst, nicht Grund, sondern geht in dem Widerspruche zugrunde.« (zit. in LW 38/130) Jetzt, 1921, wurde klar, wie schwer es dem geschaffenen sowjetischen System fiel, in seinen positiven Bestimmungen auch auf die überzugreifen, die ihm gegensätzlich waren – Märkte und Kapitalverwertung oder Verteidigung von subjektiven Rechten der Einzelnen gegenüber dem Staat. Spätestens Ende der 1920er Jahre siegte dann der Wille, jede »Negativität« zu unterdrücken und zu beseitigen.

Vor allem in der Gewerkschaftsdiskussion von 1921 – für Lenin ganz entschieden ein »Unglück« – hatte er sich an seine Hegel-Studien in der Bibliothek von Bern erinnert. In dieser heftigen politischen Auseinandersetzung innerhalb der KPR(B) waren jeweils spezifische Aufgaben von Gewerkschaften, so Lenins Sicht, vereinseitigt worden: Vertretung der unmittelbaren sozialen Interessen durch die Gewerkschaften oder Partizipation an der Leitung der Wirtschaft bis zur Vorstellung, diese ganz in die Hände der Vertreter der Gewerkschaften zu legen, Organe der Disziplinierung der Arbeiter oder der kommunistischen Schulung. Dahinter stand ein jeweils anderes Verständnis der Rolle der Kommunistischen Partei, der staatlichen Organe und der Gewerkschaften.

Besonders unklar und widersprüchlich schien die Rolle der Gewerkschaften. Wenn der Staat die Wirtschaft leitet und die Partei »führt«, was sollte dann ihre Rolle sein? Immer noch stand der Gedanke im Raum, dass die Arbeiter selbst die Leitung der Wirtschaft übernehmen sollten, wie es als Ziel auch

im Parteiprogramm der KPR(B) fixiert war. In Auseinandersetzung mit Nikolai Bucharin versuchte Lenin die Notwendigkeit eines dialektischen Herangehens an das Problem der Rolle der Gewerkschaften am Beispiel eines Trinkglases zu verdeutlichen. Lenin schätzte Bucharins »theoretische Befähigung und sein Interesse dafür, in jeder Frage den theoretischen Wurzeln nachzuspüren« (LW 32/81). Auch 1921 war für Lenin weiterhin der Zusammenhang von marxistischer Theorie und Politik zentral, denn, so führte er aus: »... man kann sich über einen Fehler, auch einen politischen Fehler, nicht vollständig klarwerden, wenn man nicht die theoretischen Wurzeln des Fehlers bei demjenigen, der den Fehler macht, aufspürt und dabei von bestimmten, bewusst von ihm akzeptierten Grundsätzen ausgeht« (ebd.).

Bucharin hatte in der Gewerkschaftsdiskussion einen Vermittlungsvorschlag entwickelt, der den gegensätzlichen Seiten gerecht werden sollte. Dabei hatte er die Metapher eines Glases in die Diskussion eingeführt. Dieses sei zugleich ein Zylinder und ein Trinkgefäß. Lenin nun warf ihm vor, die Gegensätze in der Diskussion nur äußerlich, eklektisch zu verbinden, durch ein Sowohl-als-auch der formalen Logik. Dem setzte er das entgegen, was er *dialektische Logik* nannte. Es werden genau die zentralen Punkte aufgegriffen, die ihn auch 1914 an der Dialektik fasziniert hatten: die Universalität konkreter Vermittlungen, die mit den dialektischen Widersprüchen verbundene Selbstbewegung, das Kriterium der Praxis und der konkrete Charakter von Wahrheit.

Dialektische Logik

»Die dialektische Logik verlangt, dass wir weitergehen. Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muss man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und ›Vermittelungen‹ erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren. Das zum ersten. Zweitens verlangt die dialektische Logik, dass man den Gegenstand in seiner Entwicklung, in seiner ›Selbstbewegung‹ (wie Hegel manchmal sagt), in seiner Veränderung betrachte. In Bezug auf das Glas ist das nicht ohne weiteres klar, aber auch ein Glas bleibt nicht

unverändert, besonders aber ändert sich die Bestimmung des Glases, seine Verwendung, sein Zusammenhang mit der Umwelt. Drittens muss in die vollständige ›Definition‹ eines Gegenstandes die ganze menschliche Praxis sowohl als Kriterium der Wahrheit wie auch als praktische Determinante des Zusammenhangs eines Gegenstandes mit dem, was der Mensch braucht, eingehen. Viertens lehrt die dialektische Logik, dass es ›eine abstrakte Wahrheit nicht gibt, dass die Wahrheit immer konkret ist‹, wie der verstorbene Plechanow – mit Hegel – zu sagen pflegte. ... Die Gewerkschaften sind, von der einen Seite betrachtet, eine Schule, von der anderen – ein Apparat, von der dritten – eine Organisation der Werk tätigen, von der vierten – eine Organisation fast ausschließlich von Industriearbeitern, von der fünften – eine Organisation nach Produktionszweigen usw. usf. Von irgendwelcher Begründung, von irgendwelcher selbständigen Analyse, um zu beweisen, warum man die ersten zwei ›Seiten‹ der Frage oder des Gegenstands und nicht die dritte, die vierte, die fünfte usw. nehmen muss, ist bei Bucharin auch nicht die geringste Spur zu finden.« (LW 32/85 und 87)

In einem zentralen Punkt entwickelte Lenin eine Position, die über seine Hegel-Lektüre von 1914 im Ansatz hinausgeht. Er kam zu einem neuen Verständnis von Widersprüchen. 1914 und danach stand vor allem der *antagonistische* Charakter von Widersprüchen im Vordergrund: Was die eine Seite gewinnt, muss die andere zwangsläufig verlieren. Es ist ein Entweder-oder. In der Gewerkschaftsdiskussion führte Lenin nun aber einen Typ von Widersprüchen ein, bei dem sich die gegensätzlichen Seiten *beide* positiv entwickeln, wechselseitig stärken und befördern. Man könnte dies auch die solidarische Vermittlung der Widersprüche im Gegensatz zu ihrer antagonistischen Austragung nennen.

Die solidarische Vermittlung von Widersprüchen

»Seit September sprechen wir davon, dass wir vom Prinzip der Vorrangigkeit zum Prinzip der Ausgleichung übergehen müssen. ... Die Frage ist schwierig, denn man muss die Prinzipien

der Ausglei chung und der Vorrangigkeit auf die eine oder andere Weise miteinander verbinden, diese Begriffe schließen einander jedoch aus. Aber wir haben immerhin ein wenig Marxismus studiert, haben gelernt, wie und wann man Gegensätze vereinen kann und vereinen muss, und was die Hauptsache ist: in unserer Revolution haben wir dreieinhalb Jahre hindurch praktisch wiederholt Gegensätze vereint. ... Man kann ja diese gegensätzlichen Begriffe so vereinen, dass eine Kakophonie herauskommt, aber auch so, dass eine Symphonie entsteht. ... Stellt man also die Frage der Vorrangigkeit und der Ausglei chung, so muss man in erster Linie mit Überlegung an sie herangehen, aber gerade davon ist in der Arbeit des Gen. Trotzki nichts zu merken ... So lesen wir in seinen letzten Thesen: »... Auf dem Gebiet des Konsums, d.h. der persönlichen Lebensbedingungen der Werktätigen, ist es notwendig, die Linie der Ausglei chung durchzuführen. Auf dem Gebiet der Produktion dagegen wird das Prinzip der Vorrangigkeit noch auf lange Zeit hinaus für uns entscheidend bleiben...« ... Das ist theoretisch völlig konfus. Das ist absolut falsch. Vorrangigkeit ist Bevorzugung, aber Bevorzugung ohne Konsum ist nichts. Wenn man mich so bevorzugen wird, dass ich ein achtel Pfund Brot erhalte, dann danke ich ergebenst für eine solche Bevorzugung. ... Und auch die Arbeiter sind Materialisten. Wenn man von Vorrangigkeit redet, dann muss man auch Brot und Kleidung und Fleisch geben.« (LW 32/10f.)

Die Frage der inneren Widersprüche einer nachkapitalistischen, einer sozialistischen Gesellschaft hatten die Marxisten der Zweiten Internationale nicht systematisch durchdacht. Über Marx' »Kritik des Gothaer Programms« hinaus gab es wenig. In Bebel's einflussreicher Schrift »Die Frau und der Sozialismus« – dem Lesebuch der gebildeten Arbeiter und Bestseller – war dies kein Thema. Die Übereinstimmung der Interessen und der Enthusiasmus, für eine gute Sache einzustehen, standen im Vordergrund. Im Sozialismus, so war die gemeinsame Überzeugung, »wäre der glückliche Zustand erreicht, wo Jeder seine Fähigkeiten entfaltet, um sich selbst zu nützen, wo er aber diesen Nutzen

nur erreichen kann, indem er dem Gemeinwohl ebenfalls nützt. Persönlicher Egoismus und allgemeines Wohl wären nicht wie in fast allen Fällen heute Gegensätze, sondern sie deckten sich, sie stünden in innigster Harmonie.« (Bebel 1879: 111)

Mit dem Ende des Bürgerkriegs in Sowjetrußland brachten sich die Widersprüche der neuen Gesellschaft zur Geltung und in ihnen auch die des alten Russlands in neuer Gestalt. Anstelle »innigster Harmonie« wurde heftiger »Zwiespalt« sichtbar, nicht zuletzt innerhalb der herrschenden Partei. Wie aber sollten diese Widersprüche bearbeitet werden? In seinen Randbemerkungen zu Bucharins Schrift »Ökonomie der Transformationsperiode« vom Mai 1920 hatte Lenin vermerkt: »Antagonismus und Widerspruch sind nicht dasselbe. Ersteres verschwindet, letzteres bleibt im Sozialismus.« (Lenin 1920) Enthusiasmus kommunistischer Arbeit, wie er von Lenin 1919 in der »Großen Initiative« beschworen worden war (LW 29/397-424), und Unterdrückung der Konflikte hatten ganz offensichtlich Grenzen. Dies war mit der Krise der Sowjetmacht Ende 1920 überdeutlich geworden. Lenin wurde Teil eines Suchprozesses in der sowjetischen Führung und ihren Beratern nach Formen der nichtantagonistischen Vermittlung der Widersprüche der sowjetischen Gesellschaft. Einige dabei von Lenin gewonnene Einsichten und Vorschläge werden in den weiteren Abschnitten dargestellt. Ganz vermochten sie aber das Korsett des Verständnisses von Sozialismus als einer Gesellschaft, in der die Interessen »letztlich« übereinstimmen, nicht zu sprengen. Dem standen die spezifischen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Eigentum und der Einheit der politischen Macht in einer Staatspartei entgegen. Es blieb das Ideal beherrschend, der Sozialismus müsse politisch, ökonomisch und ideologisch ein widerspruchsfreies Monosubjekt sein. Die Vorstellung von der unmittelbaren Interessenidentität wurde letztlich nie gebrochen, auch wenn sich die kritischen Stimmen häuften (siehe für die DDR u.a. Stiehler 1977; Kosing et al. 1986). Der Einsicht in die Vielfalt und die Gegensätze stand das Primat der Politik auf der Basis einer behaupteten Interesseneinheit gegenüber. Die führende Rolle der Partei war ja immer dadurch begründet worden, dass sie die Interessen der Arbeiterklasse, des werktätigen

Volkes auf der Basis wissenschaftlicher Einsicht zum Ausdruck bringt und gegen jede abweichende Vorstellungen durchsetzt. Die Einheit der Partei sollte ihre Grundlage in der Einheit der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen haben, die wiederum mit dem gemeinsamen Eigentum an den Produktionsmitteln begründet wurde. In den Wesensverhältnissen eines solchen Sozialismus war für Widersprüche kein Platz.

In der Gewerkschaftsdiskussion tauchte eine andere Option am Horizont auf – die Einheit als solidarische, produktive, emanzipatorische Vermittlungsweise von Akteuren, deren Interessen durchaus gegensätzlich waren. Dies hätte völlig neue Fragen an das Verständnis von Sozialismus gestellt: Wieso sollen Individuen und Gruppen auf der Basis sozialistischer Verhältnisse nicht das Recht haben, sich eigenständig zu organisieren, um ihre besonderen Interessen zu artikulieren und zu vertreten? Warum sollten Wirtschaftsorganisationen, auch staatliche, nicht eine hohe unternehmerische Selbständigkeit erhalten? Bedurfte es nicht doch rechtlich verbürgter Schutzrechte für diese und viele andere Akteure einer komplexen Gesellschaft, gesichert durch eine unabhängige Gerichtsbarkeit, Schutz auch gegenüber staatlichen Organen? Wie sollte ohne Pressefreiheit darüber überhaupt sinnvoll diskutiert werden können? Welche Rolle würden dann die Sozialwissenschaften spielen? In jeder neuen Krise des sowjetischen Sozialismus, Ende der 1920er Jahre, nach Stalins Tod, Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre und schließlich in den späten 1980er Jahren wurden diese Fragen aufgeworfen. Innerhalb der leninistischen Konzeption von Sozialismus konnten sie aber nicht positiv beantwortet werden. Die dialektische Logik, auf die Lenin sich berief, wurde der Metaphysik von Herrschaft geopfert.

3. Neue Erzählung: Abstieg beim Aufstieg

Um den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik zu erklären, die so offensichtlich im Widerspruch zu den kommunistischen Überzeugungen vieler Mitglieder der KPR(B) stand, entwickelte Lenin zwei Erzählungen. Dabei stellte er die Fragen der »revolutionären Strategie« in den Vordergrund, die die KPR(B) »im Zusammenhang mit der Wendung in unserer Politik ange-

wandt« habe, »und die Beurteilung der Bedingungen dafür, inwieweit einerseits diese Politik unserer allgemeinen Auffassung von unseren Aufgaben entspricht und inwieweit sich andererseits das gegenwärtige Wissen und das Bewusstsein der Partei der Notwendigkeit dieser Neuen ökonomischen Politik angepasst haben« (LW 33/64).

Die eine von Lenin benutzte Erzählung verwies auf die Strategie des japanischen Generals Nogi im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/5. Er war nach dem Scheitern des Sturmangriffs auf die russische Festung Port Arthur in der von Russland okkupierten chinesischen Stadt Lüshun zur Strategie der Belagerung übergegangen. Ohne die Erfahrungen des Scheiterns, so Lenin, wäre der Übergang zu einer erfolgreichen neuen Strategie unmöglich gewesen (siehe LW 33/65f.).

Die zweite Erzählung ist interessanter und persönlicher. Lenin schrieb sie Anfang 1922, als er durch Erschöpfungszustände gezeichnet, einen längeren Urlaub nehmen musste. Dieser erzwungene Moment politischer Ohnmacht wurde, wieder einmal, zu einem Raum der Reflexion, auch wenn eine systematische Arbeit vertiefter Analyse nicht möglich war. Was entstand, waren die unvollendeten »Notizen eines Publizisten«, von denen einige im April 1922 erschienen. Sie beginnen mit dem »Besteigen hoher Berge« als einer »Art Beispiel«.

Über das Besteigen hoher Berge: Absteigen, um höher aufzusteigen

»Stellen wir uns einen Menschen vor, der einen sehr hohen, steilen und noch unerforschten Berg besteigt. Nehmen wir an, es sei ihm gelungen, nach Überwindung unerhörter Schwierigkeiten und Gefahren viel höher zu steigen als seine Vorgänger, den Gipfel habe er aber dennoch nicht erreicht. Er befindet sich nun in einer Lage, in der ein Weiterkommen in der gewählten Richtung und auf dem eingeschlagenen Weg schon nicht mehr nur schwierig und gefährlich, sondern geradezu unmöglich geworden ist. Er muss umkehren, abwärts steigen, andere Wege suchen, die zwar länger sein mögen, dafür aber die Möglichkeit in Aussicht stellen, den Gipfel zu erreichen. Der Abstieg in dieser in der Welt noch nie erlebten Höhe, auf der

sich unser hypothetischer Bergsteiger befindet, bietet vielleicht gar noch größere Gefahren und Schwierigkeiten als der Aufstieg: man tut leichter einen Fehltritt; es ist nicht so bequem, sich die Stelle anzusehen, auf die man den Fuß setzt; es fehlt jene besonders gehobene Stimmung, die durch das unmittelbare Hinaufsteigen, direkt dem Ziel zu, entstanden war, usw. Man muss sich anseilen, ganze Stunden darauf verwenden, mit dem Pickel Stufen oder Stellen zur sicheren Befestigung des Seils auszuhauen, man muss sich mit der Langsamkeit einer Schildkröte fortbewegen, und noch dazu rückwärts, abwärts, weg vom Ziel, und immer noch ist nicht zu sehen, ob dieser verzweifelt gefährliche, qualvolle Abstieg ein Ende nimmt, ob sich ein einigermaßen aussichtsreicher Umweg finden lässt, auf dem man wieder – kühner, rascher und direkter – vorwärts, aufwärts, dem Gipfel zu gehen könnte. Es dürfte wohl ganz natürlich sein anzunehmen, dass sich bei einem Menschen, der in eine solche Lage geraten ist, Minuten der Verzagttheit einstellen – trotz der unerhörten Höhe, die er erreicht hat. Und wahrscheinlich wären diese Minuten zahlreicher, häufiger, schwerer, wenn er gewisse Stimmen von unten hören könnte, von Leuten, die aus gefahrloser Ferne, durchs Fernrohr, diesen höchst gefahrvollen Abstieg beobachten ...« (LW 33/188f.)

Lenin war sich bewusst: »Ein Beispiel ist kein Beweis. Jeder Vergleich hinkt.« (LW 33/190) Aber gerade solche Erzählungen haben den Vorteil, dass sie verdeutlichen, wie die persönliche Identität mit der gesellschaftlichen Aufgabe, der sich ein Einzelner stellt, verbunden wird. Der Mensch, der da so hoch hinaufgestiegen sei, steht bei Lenin für das »Proletariat Russlands«. Es habe »in seiner Revolution eine gigantische Höhe erklommen, nicht nur im Vergleich zu den Jahren 1789 und 1793, sondern auch im Vergleich zum Jahre 1871« (ebd.). Noch einmal sind die Bezugspunkte die Große Französische Revolution und die Pariser Kommune. Es werden drei Errungenschaften hervorgehoben, die das russische Proletariat erzielt habe: die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution wie »noch nirgends in der Welt«; die revolutionäre Beendigung des reaktionären im-

perialistischen Kriegs; und die Schaffung des »Sowjettypus des Staates«. Dies habe eine neue Epoche eingeleitet, »die Epoche der Herrschaft des Proletariats«. Keine der drei Errungenschaften könne mehr rückgängig gemacht werden (LW 33/190f.). In Lenins Denken tauchte also in dieser Zeit der Reflexion erstens nicht der geringste Zweifel darüber auf, dass die Oktoberrevolution die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet habe. Wenn überhaupt, dann steht dahinter aber ein sehr eingeschränktes Verständnis dieser bürgerlichen Revolution, nur bezogen auf die Tatsache, dass die Bauern das Land erhielten – bis sie in der sog. Kollektivierung wieder und dann dauerhaft enteignet wurden. Die Sicherung der bürgerlichen politischen Freiheiten, die Gewährung der grundlegenden bürgerlichen Rechte, beginnend bei Schutz der Person und mündend im Recht auf freie Organisation, Versammlung und Presse, wurden jedoch dauerhaft verwehrt. Die Bolschewiki waren zum Götzendiener der Diktatur des Proletariats in Gestalt der Kommunistischen Staatspartei geworden. Und um in dieser Metapher zu bleiben: In den Schauprozessen Stalins wurde die alte bolschewistische Garde dann diesem Götzen als Menschenopfer dargebracht.

Zweitens wird auch der Übergang vom Krieg zum Bürgerkrieg nicht infrage gestellt. Dabei hatte sich dieser Bürgerkrieg von 1918 bis 1922 als eine Katastrophe für die Völker Russlands erwiesen, die der Katastrophe des Ersten Weltkriegs nicht nachstand. In Lenins Metapher vom Bergsteiger tauchen nur zwei Typen von Akteuren auf – die kühnen Bergsteiger und die Zuschauer, die Angst haben, sich in Gefahr zu begeben, und bestenfalls gute Ratschläge geben oder bei Misserfolg hämisch dazwischenrufen. Die zahlenmäßig größte Gruppe aber, die Masse der zumeist bäuerlichen Bevölkerung Russlands, die nichts wollte, als endlich das Land in Besitz zu nehmen und in Frieden dieses zu bestellen, ihre Gemeinden selbst zu verwalten und Abgeordnete zu wählen, die ihre Interessen schützen, diese Gruppe kommt in der Metapher nicht vor. Damit wird aber auch nicht die Frage gestellt, welche Verantwortung eine Minderheit für jene Mehrheit der Menschen hat, die von ihrer Politik betroffen ist und keine Möglichkeiten hat, sie wirksam zu beeinflussen.

Ungebrochen wird drittens angenommen, dass die politische Herrschaft der KPR(B) Herrschaft des Proletariats sei. Aber nicht nur war dieses Proletariat fast völlig verschwunden, da es aufseiten der sowjetischen Regierung die Hauptlast des Bürgerkriegs getragen hatte und die Große Industrie weitgehend zerstört war, sondern vor allem waren auch die Arbeitersowjets, die Betriebsräte und die Gewerkschaften völlig unter Kontrolle der Staatspartei. Von einer eigenständigen Artikulation der Arbeiterinnen und Arbeiter, von einer wirklichen Arbeiterbewegung konnte nicht mehr die Rede sein.

Dies führt zum entscheidenden Problem: Die notwendige »Umkehr« – eine Umkehr, die helfen soll, einen neuen Weg zum Gipfel zu finden – ergab sich für Lenin daraus, dass es auf dem bisherigen Wege nicht gelungen sei, »die Errichtung auch nur des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft« (LW 33/191) ernsthaft zu erreichen. Um innerhalb der marxistischen Kategorien zu bleiben: Nach Lenin hatte die Oktoberrevolution also mit politisch-militärischen Mitteln einen sozialistischen Überbau geschaffen, dem noch die sozialistische Basis fehlte. Zunehmend wird er auch noch den Mangel an zivilisatorischen kulturellen Bedingungen thematisieren. Da nun ein politisches System entstanden war, das die freie politische Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller anderen Gruppen der Bevölkerung unmöglich gemacht hatte, hätte die Frage auftauchen müssen, was es bedeutet, für einen *solchen* Überbau eine adäquate Basis zu errichten. Im orthodoxen Marxismus der Zweiten Internationale war angenommen worden, dass die Basis des Sozialismus in der Großindustrie bestehe. Lenin sah dies genauso. Für ihn war – wie schon zitiert – die damals hochbürokratisierte und zentralisierte Kaiserliche Deutsche Post das Vorbild einer Organisation, die faktisch unverändert übernommen und sozialistischen Zwecken unterstellt werden konnte.

Dies alles öffnete der Vorstellung Tür und Tor, dass Sozialismus nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch vor allem eines ist: Unterordnung aller unter einen zentralisierten Zweck. Die 1928 eingeleitete Industrialisierung würde die NÖP beenden und genau diesen Weg beschreiten. Friedrich Engels hatte in

der Auseinandersetzung mit den Anarchisten in den 1870er Jahren geschrieben, dass die Große Industrie eine Arbeitsorganisation erforderlich mache, die »um vieles tyrannischer (sei), als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind« (Engels 1973: 306). Dante paraphrasierend spitzte Engels zu: »Wenigstens was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: *Lasst alle Autonomie fahren, die Ihr eintretet!*« (Engels 1973: 306)¹⁸ Mit der Durchsetzung der politischen Herrschaft der Bolschewiki war der Verlust von Autonomie für jene, die im Machtbereich der KPR(B) lebten, zum Gebot des politischen Verhaltens geworden. Lenins Metapher suggeriert, dass Anfang der 1920er Jahre das eigentliche Problem darin bestand, dass es »noch« ökonomische Bedingungen gab, sich autonom zu verhalten – die kleine Warenproduktion der Bauernmassen, die die NÖP erforderlich machte und aus der Kapitalismus erwachsen würde. Die Identifikation von demokratischen Freiheitsrechten mit kapitalistischer Herrschaft hatte bei Lenin ihr Pendant in der Ineinssetzung von wirtschaftlicher Autonomie und Kapitalismus. Die Vernichtung der wirtschaftlichen Autonomie der Bauern Ende der 1920er Jahre war die logische Konsequenz eines solchen Verständnisses von Sozialismus.

**Aus Volker Brauns Gedicht »Vom Besteigen hoher Berge
(Nach Lenin)«**

Wo wollen wir eigentlich hin.
Ist das überhaupt der Berg, den wir beehren
Oder eine ägyptische Pyramide.
Warum sind wir so müde.
Müssen wir nicht längst umkehren
Und von unsern Posten herabfahren.
Und uns aus den Sicherungen schnüren
Denn dieser Weg wird nicht zum Ziel führen.
Tappen ins Ungewisse, aus dem wir aufgestiegen waren.
(Braun 1981: 34)

¹⁸ Am Höllentor fanden Dante und seine Begleitung die Worte: »Lasst, die Ihr eintretet, alle Hoffnung fahren!«

4. Analyse Sowjetrusslands

Vier Jahre nach der Revolution, 1921/22, war für die Sowjetmacht international wie nach innen eine neue Situation entstanden. Der Interventionskrieg der Entente und ihrer Verbündeten wurde beendet. Mittel- und langfristig blieb aber die militärische Bedrohung bestehen und konnte jederzeit wieder akut werden. Die Niederlage des zaristischen Russlands gegen Deutschland war nicht vergessen und auch nicht die Bedrohung durch Japan. Der Vertrag von Versailles schien den besiegten Völkern eher ein Waffenstillstand denn ein Friedensvertrag zu sein. Die kapitalistische Weltwirtschaft begann eine Phase der Stabilisierung, und die revolutionären Aufbrüche nach dem Ersten Weltkrieg kamen an ihr Ende. Den führenden sowjetischen Politikern war klar: Die Sowjetunion war eine Insel im kapitalistischen Meer. Sie hatten nicht mehr als eine Atempause gewonnen, die genutzt werden musste. Die Frage war nur, wie.

Es ist hier nicht der Platz und auch keine Notwendigkeit, eine umfassendere Darstellung der Leninschen Analyse der inneren Lage Sowjetrusslands nach 1921 zu geben. Im Weiteren wird nur auf drei Hauptpunkte aufmerksam gemacht. Erstens ist dies die Tatsache, dass von der Existenz einer Arbeiterklasse, geschweige denn einer revolutionären Arbeiterklasse, in Russland nicht mehr die Rede sein konnte. Viele Arbeiter waren im Bürgerkrieg gefallen, in den Apparat von Partei und Staat integriert, aufs Land geflohen oder auch beschäftigungslos, da die Industrie daniederlag. Die Demobilisierung verstärkte dies. Die in der industriellen Produktion selbst tätigen, durch den Klassenkampf »gestählten« Arbeiter, der Massenrückhalt der Bolschewiki von 1917, waren verschwunden oder in den Partei- und Staatsapparat integriert. Als Klasse an sich würde die Arbeiterschaft mit der Industrialisierung wieder entstehen, aber niemals mehr als lebendige Arbeiterbewegung.

Zweitens waren die Versuche, durch staatlich geförderte Musterfarmen zu einer schnellen »Vergesellschaftung« der bäuerlichen Produktion zu kommen, gescheitert. Lenin konstatierte: »Die Frage der Kollektivwirtschaften ist noch nicht akut. Ich weiß, dass die Kollektivwirtschaften noch so schlecht organisiert

sind, sich in einem so kläglichen Zustand befinden, dass sie die Bezeichnung von Armenhäusern verdienen.« (LW 31/524) Die Experimente von Städtern mit solchen Wirtschaften stießen auf das Misstrauen der Bauern, die die völlige Inkompetenz der Akteure sahen und den Ansätzen eines anderen Lebens mit neuen kulturellen Mustern feindlich gegenüberstanden. Und da der unmittelbare kriegskommunistische Zwang nicht mehr fruchtete, blieb zunächst nur ein Weg – das Zurück oder Vorwärts zu einer marktorientierten Produktionsweise mit entsprechender Kleinindustrie auf dem Lande. Anstelle einer Polarisierung hatte die Landreform von 1917/18 die Mittelbauernschaft gestärkt, wie Lenin jetzt feststellte: »Alles ist gleichmäßiger geworden, die Bauernschaft hat im allgemeinen die Lage von Mittelbauern erlangt.« (LW 32/218) Aber die Vorstellung vom Klassenkampf auf dem Dorfe blieb virulent.

Zur Ankurbelung der bäuerlichen Produktion bedurfte es stabiler Rahmenbedingungen, einer vertrauenswürdigen Währung und vor allem einer industriellen Produktion, die die von den Bauern gewünschten Güter in hinreichendem Maße herstellte. Dies war die Bedingung, damit die Städte versorgt werden konnten, wieder Export von Getreide möglich wurde und Investitionen in Industrie und Infrastruktur getätigt werden konnten. Die Schwäche der Industrie war eine der Ursachen für die Engpässe an landwirtschaftlichen Gütern ab 1927. Die Bauern wollten nicht liefern, ohne dafür die gewünschten Industriewaren zu bekommen. Die sogenannte Kollektivierung brach die ökonomische Macht der Bauernschaft und beendete ihre wirtschaftliche »Autonomie«. Anstelle ökonomischer Beziehungen zwischen Stadt und Land traten administrative, anfangs offen kriegswirtschaftliche Beziehungen.

Der Bauer als Feind

»Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern zu regeln. Die Bauern sind eine andere Klasse. ... Der Bauer lebt allein für sich, er sitzt als Herr auf seinem Einzelhof, und das Getreide ist in seiner Hand: damit kann er alle in Knechtschaft

bringen. Uns lauert ein bewaffneter Feind auf, und damit er uns nicht niederwerfe, muss man richtige Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern herstellen.« (LW 32/102)

Drittens war ein Feind aufgetaucht, der, folgte man den Versprechungen von 1917, doch völlig unmöglich sein sollte. 1917 hatte Lenin behauptet, dass mit den Sowjets der Arbeiter und Bauern, der Verwandlung der staatlichen Verwaltung in Jedermanns- und Jederfrau-Aufgaben jede Bürokratie verschwinden würde. Sowjetische Bürokratie erschien als Widerspruch in sich. Neben dem Schleichhandel erschien sie Lenin aber schon 1919 als der gefährlichste Feind. Einen Teil der Konflikte gerade der Arbeiter mit der Sowjetmacht führte er darauf zurück, dass in Sowjetrußland ein »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen« (LW 32/32) entstanden sei. Es ginge nicht nur darum, die Gewerkschaften zum »Schutz unseres Staates« zu nutzen, sondern auch »zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat« (LW 32/7). Wenig überzeugend ist Lenins Behauptung, der Bürokratismus erwachse vor allem aus der Kleinproduktion und aus dem Bürgerkrieg (32/365). Auf Beschluss des ZK wurde versucht, einen »systematischen Feldzug gegen Bürokratismus zu organisieren« (35/511).

Der Volkskommissar für Justiz, Dmitri Kurski, schrieb darauf an Lenin in einer ersten Mitteilung: »Es macht große Mühe, solche Prozesse auszusuchen, bei denen sich dieser organisatorische Defekt (gemeint ist der riesige Umfang und die bürokratische Kompliziertheit unseres Apparats, die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Behörden, Reibereien usw.) nicht so entscheidend auswirkt und der Bürokratismus das Werk von Einzelpersonen ist, nicht aber die objektive Folge dessen, dass unser Apparat nicht richtig funktioniert.« (zit. ebd.) Wie solle man dann individuelle Strafen verhängen? Verärgert antwortete Lenin: »Wenn man so herangeht, wird bei dem Kampf gegen den Bürokratismus natürlich nichts herauskommen. Man muss lernen, gerade diejenigen, die für diese ›organisatorischen Defekte‹ verantwortlich sind und sie verschuldet haben, zur Rechenschaft zu ziehen und sie exemplarisch streng zu bestrafen, und nicht ir-

gendwelche anderen Personen. Einen Saboteur werden Sie nie des Bürokratismus überführen können.« (ebd.)

Für Trotzki und seine Anhänger stellte diese sowjetische Bürokratie die soziale Basis für das dar, was sie später als Stalinischen Thermidor ansahen – die Ausschaltung der Leninschen Führungsgruppe. Sie sprachen von einem »bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat« (Trotzki 2009).¹⁹ Sozialistische Kritiker der Entwicklung unter Stalin werden später von der Sowjetbürokratie als neuer herrschender Klasse sprechen (Djilas 1958).

5. Transformation nach der Revolution und neue Einstiegsprojekte

Folgt man der Leninschen Logik von 1917/18 und dann wieder ab 1921, war unter den Bedingungen Russlands kein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus möglich. Möglich sei aber eine sozialistische Revolution, die politisch die kommunistischen, sprich: bolschewistischen Kräfte an die Macht bringt. Schon vor der Machteroberung durch die Bolschewiki hatte Lenin ein Programm wirtschaftlicher Reformen aufgestellt (dabei die Diskussionen in der eigenen Partei und anderen linken Kräften aufgreifend), das auf eine Mischung von Staatskapitalismus und Staatssozialismus unter Kontrolle der Sowjets hinauslief. Der »staatsmonopolistische Kapitalismus« bedeute »in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin« (LW 25/368). Auch unmittelbar nach dem Oktober 1917 zielten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der bolschewistischen Regierung vor allem auf die Stabilisierung mit staatskapitalistischen Mitteln. Ihnen standen aber einerseits die politische Krise, das Misstrauen und die Feindschaft der bürgerlichen Klassen und andererseits der enorme Druck der Arbeiter auf direkte Übernahme der Betriebe entgegen. Es gab eine Flucht der Unternehmer und eine schnelle spontane Sozialisierung von unten.

¹⁹ Am 9. Thermidor, dem 27. Juli 1794, wurden die Jakobiner unter Führung Robespierres gestürzt. Die Revolution in der Revolution sollte beendet werden.

Der Bürgerkrieg seinerseits zwang dazu, die Industrie zu militarisieren und den Produktaustausch weitgehend ohne Geld zentralstaatlich zu organisieren. Immer wieder verwies Lenin 1921/22 darauf, dass die jetzt eingeleitete *Neue* Ökonomische Politik eigentlich eine alte Politik sei und auf die Jahre 1917/18 zurückginge (siehe beispielhaft LW 33/41).

Über den Staatskapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus

»Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volkseenthusiasmus – zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen – geweckt hatten, wir rechneten darauf, dass wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und die militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden. Wir rechneten darauf – vielleicht wäre es richtiger zu sagen: Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen –, dass wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt. Es bedarf einer Reihe von Übergangsstufen: Staatskapitalismus und Sozialismus, um den Übergang zum Kommunismus *vorzubereiten*, ihn durch die Arbeit einer langen Reihe von Jahren vorzubereiten. ...

Der proletarische Staat muss ein umsichtiger, sorgsamer, sachkundiger ›Unternehmer‹, ein tüchtiger *Großkaufmann* werden – sonst kann er das kleinbäuerliche Land nicht ökonomisch auf die Beine bringen, einen anderen Übergang zum Kommunismus gibt es heute, unter den gegebenen Bedingungen, neben dem kapitalistischen (einstweilen noch kapitalistischen) Westen nicht. Es scheint, als sei der Großkaufmann ein ökonomischer Typus, der vom Kommunismus so weit entfernt ist wie der Himmel von der Erde. Aber das ist gerade ein Widerspruch von solcher Art, der im lebendigen Leben von der bäuerlichen Kleinwirtschaft über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führt.« (LW 33/38f.)

Diesem Konzept nach sollten unter Kontrolle des Staates erstens die kleine bäuerliche Produktion und die Kleinindustrie gefördert, zweitens auch der private Handel in diesen Bereichen wieder zugelassen, drittens die Staatsbetriebe (bei Verringerung ihrer Zahl) mithilfe des Auslands unternehmerisch wettbewerbsfähig gemacht und viertens durch Konzessionen für ausländische Unternehmen Investitionen ermöglicht werden. Gleichzeitig wäre durch Alphabetisierung und Entwicklung eines modernen Systems von Ausbildung sowie Aneignung der bürgerlichen Technik und Technologie sowie modernster Managementmethoden (vor allem des Taylorismus) eine Kulturrevolution voranzutreiben.

Eine der wenigen Fragen, bei denen Lenin im Herbst 1922 noch einmal in die Politik der sowjetischen Regierung direkt eingriff, war die Frage des Außenhandelsmonopols. Wirtschaftsexperten schlugen dessen Aufweichung vor, wollten besondere Wirtschaftszonen schaffen, einige Häfen öffnen, bei einigen Gütern den direkten Handel der russischen Unternehmen mit ausländischen Partnern gestatten. Sie schlugen vor, einen Teil der Valutaerlöse bei den Unternehmen zu lassen. Lenin verfolgte diese Diskussion aufmerksam und las sich in die vorgelegten Materialien ein. Immer entschiedener bezog er dann eine ablehnende Position. Er befürchtete einen umfassenden Kontrollverlust des Staates. Das Profitinteresse des Kapitals sei so stark, dass es kaum zu beherrschen sei, vor allem nicht unter den Bedingungen Sowjetrusslands nach dem Bürgerkrieg. Der staatlich kontrollierte Außenhandel würde perspektivisch hohe Gewinne abwerfen und dürfe nicht zugunsten der Hoffnung auf unsichere Zolleinnahmen geschwächt werden. Seine Mahnung: »Die wichtigsten Fragen der Handelspolitik von heute auf morgen zu entscheiden, ohne Material gesammelt, ohne das Für und Wider an Hand von Dokumenten und Zahlen erwogen zu haben – wo ist da auch nur ein Schimmer von richtigem Verhalten zur Sache?« (LW 33/361, siehe auch Lenin, Briefe, Bd. IX/350f.)

Die Kehrseite dieser Position war eine weitgehende Abkoppelung der sowjetischen Unternehmen vom internationalen Markt. Nur der Staat selbst trat als »Unternehmer« im Außenhandel auf.

Die internen Preise und die Weltmarktpreise liefen völlig auseinander. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung konnten kaum genutzt werden. Die weitgehende Reduktion des Exports auf Rohstoffe und landwirtschaftliche Güter wurde damit festgeschrieben. Eine entwicklungsfähige Balance zwischen Schutz und Kontrolle einerseits und Öffnung und Wettbewerb andererseits wurde auch in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht gefunden.

Das zentrale Problem, dem sich die Sowjetmacht unter diesen Bedingungen gegenüber sah, war die Frage, dass sie einerseits gezwungen war, den eigendynamischen Kräften einer Marktwirtschaft Rechnung zu tragen und sie zu fördern, um die Produktion zu erhöhen. Andererseits bedrohte dies ihr Machtmonopol, untergrub ihre moralische Autorität als Kommunistische Partei. Gruppen des Staatsapparats und die Unternehmer der NÖP-Zeit verbündeten sich und verschmolzen teilweise. Die Sowjetmacht entfesselte notgedrungen Geister, von denen sie nicht sicher sein konnte, ob sie diese auf Dauer würde kontrollieren können.

Wer wen?

»Wenn der Kapitalismus wiederersteht, so heißt das, dass auch die Klasse des Proletariats wiedererstehen wird, das mit der Produktion materieller, für die Gesellschaft nützlicher Güter beschäftigt ist, das in maschinellen Großbetrieben tätig ist und sich nicht mit Spekulation, nicht mit der Herstellung von Feuerzeugen zum Verkauf und mit sonstiger ›Arbeit‹ befasst, die nicht gerade sehr nützlich, aber bei dem zerrütteten Zustand unserer Industrie völlig unvermeidlich ist. Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln? Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. Man muss diese Dinge nüchtern betrachten: Wer – wen? Oder wird die proletarische Staatsmacht imstande sein, gestützt auf die Bauernschaft, die Herren Kapitalisten gehörig im Zaum zu halten, um den Kapitalismus in das Fahrwasser des Staates zu leiten und einen Kapitalismus zu schaffen, der dem Staat untergeordnet ist und ihm dient?« (LW 33/46) Die Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger des neuen

Staaes auch im Konflikt mit der Staatsmacht wird nicht thematisiert. Es bleibt beim Entweder-oder.

Der letzte und heftigste Kampf, den Lenin noch vom Krankenbett führte, war der mit dem Versuch, die verschiedenen Sowjetrepubliken unmittelbar administrativ der Russischen Föderation unterzuordnen und sie de facto in diese einzugliedern. Lenin begriff erst schrittweise die Dimensionen der Politik, die Stalin als Volkskommissar für nationale Fragen einleitete. Seine Opposition dagegen wurde immer heftiger. Die Anwendung von physischer Gewalt seitens des Mitglieds des Politbüros, Ordshonikidse, gegenüber Mitgliedern des georgischen ZK der Bolschewiki empörte ihn zutiefst. Er forderte, dass die größere Nation die kleineren nicht gleich, sondern *besser* stellen müsse. Es ging ihm darum, die zu schaffende Union als solidarischen Verbund zu gestalten, um dem Nationalismus keinen Vorschub zu leisten (LW 42/443f.). Am 6. Oktober 1922 schrieb Lenin an das Politbüro:

»Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich erst den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen. Man muss *unbedingt* darauf bestehen, dass im Zentralexekutivkomitee der Union der Reihe nach ein Russe, ein Ukrainer, ein Georgier usw. *den Vorsitz führt. Unbedingt!* Ihr Lenin.« (LW 33/358)

In dieser Auseinandersetzung wurde aber auch deutlich, dass sich Lenin nicht die Frage stellte, ob die Konflikte tatsächlich primär aus dem »übereilten« Handeln Stalins, der Grobheit und den chauvinistischen Einstellungen der aufsteigenden Führungsgruppe in der Partei um den Generalsekretär hervorgingen oder viel tiefer verankert waren – in den Machtstrukturen des sowjetischen Systems selbst. Inwiefern konnte überhaupt von einer relativen Selbständigkeit der nichtrussischen Sowjetrepubliken die Rede sein, wenn das Politbüro, sein Generalsekretariat, über die zentralen Machtinstrumente verfügte – die Partei, die Geheimpolizei, die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Gremien

der einzelnen Sowjetrepubliken – und die Kaderpolitik bestimmen? Lenin hatte selbst genügend Beispiele geliefert, wie er in die Politik anderer Staaten und Parteien direkt eingriff, um sie, wie auch er es nannte, zu »sowjetisieren« (Lenin 1999: 375). Es war dann nur vom politischen Geschick und Gespür abhängig, wie von diesem Monopol Gebrauch gemacht wurde. Und in dieser Frage gab es zweifelsohne zwischen Lenin und dem von ihm so lange geförderten Stalin eine wachsende Kluft, die in den ersten Monaten des Jahres 1923 seitens Lenins zu offener Feindschaft wurde. Erst Stalins offener Übermut, die Übergriffe in der »georgischen« Frage und die vulgäre Beleidigung von Lenins Frau, Krupskaja, durch Stalin hatten Lenin die Augen geöffnet, wen er herangezogen und wem er die umfassendste Macht in der Partei übertragen hatte (siehe Ruge 2010: 364f.).

Eine wichtige Veränderung der sowjetischen Innenpolitik war mit dem Übergang zur »revolutionären Gesetzlichkeit« verbunden. Der weitgehend willkürliche offene Terror aus den Zeiten des Bürgerkriegs sollte geordneteren Verfahren weichen. Der Umfang direkter Gewaltausübung musste eingeschränkt werden, um den wirtschaftlichen Aufbau nicht zu gefährden. Unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik wurde mehr Sicherheit für die wirtschaftlichen Akteure gebraucht, um sie dazu zu bringen, ihr Eigeninteresse mit dem Vertrauen auf die sowjetischen Gesetze zur Geltung zu bringen. Die Kompetenzen der Tscheka sollten eingeengt, ihre Rechte bei Verhaftungen beschränkt und die Dauer von Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren deutlich verkürzt werden. Verurteilungen ohne Gerichtsverfahren seien einzustellen (siehe LW 42/382f.).

Übergang zu revolutionärer Gesetzlichkeit

»Wir haben gegenwärtig die Aufgabe, den Warenverkehr zu entwickeln – das erheischt die Neue ökonomische Politik –, das aber erfordert größere revolutionäre Gesetzlichkeit. Es ist klar, hätten wir unter den Bedingungen des militärischen Angriffs, als der Feind die Sowjetmacht an der Gurgel packte, hätten wir damals diese Aufgabe an die Spitze gestellt, so wären wir Pedanten gewesen, hätten wir Revolution gespielt, aber

nicht Revolution gemacht. Je mehr wir in Verhältnisse eintreten, die feste und sichere Machtverhältnisse sind, je stärker sich der Warenumlauf entwickelt, desto nachdrücklicher muss die entschiedene Losung der Verwirklichung größerer revolutionärer Gesetzlichkeit in den Vordergrund gerückt werden, und desto mehr verengt sich die Sphäre der Institution, die auf jeden Schlag der Verschwörer mit einem Gegenschlag antwortet.« (LW 33/161)

Dies war aber keine Absage an den Terror. In einem Brief an ein Mitglied des Politbüros (Kamenew) schrieb Lenin: »Es ist ein riesiger Irrtum zu glauben, dass die NÖP dem Terror ein Ende bereitet hat. Wir kommen auf den Terror wieder zurück, auch auf den wirtschaftlichen Terror.« (Lenin, 5. russische Werkausgabe, Bd. 44/428) Vor allem aber sollte der Terror ein immer latentes Mittel im Kampf gegen die politischen Feinde bleiben. Wie Lenin im Mai 1922 an den Justizkommissar Kurski schrieb, müsse man »offen eine prinzipielle und politisch wahrheitsgetreue (nicht nur eine eng juristische) These aufstellen, die das *Wesen* und die *Rechtfertigung* des Terrors, seine Notwendigkeit und seine Grenzen motiviert« (LW 33/344). Lenin fügte hinzu: »Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muss so weitgefasst wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewusstsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis« (ebd.). Ausgehend davon schlug Lenin einen Paragraphen vor, der der Unterdrückung beliebiger Andersdenkender oder solcher, die des Andersdenkens bezichtigt wurden, Tür und Tor öffnete. Stalins Schauprozesse der 1930er Jahre konnten an dieses »Rechtsverständnis« nahtlos anknüpfen.

Lenins Vorschlag für einen Paragraphen im Strafgesetzbuch

»Die Propaganda oder Agitation oder die Beteiligung an einer Organisation oder die Förderung von Organisationen, die (Propaganda und Agitation) darauf hinwirken, den Teil der

internationalen Bourgeoisie zu unterstützen, der die Gleichberechtigung des den Kapitalismus ablösenden kommunistischen Eigentumssystems nicht anerkennt und, sei es durch Intervention oder Blockade oder Spionage oder Finanzierung der Presse und ähnliche Mittel, seinen gewaltsamen Sturz anstrebt, wird mit dem höchsten Strafmaß geahndet, das bei mildernden Umständen in Freiheitsentzug oder in Ausweisung umgewandelt werden kann.« In einer zweiten Variante wird das Wort »objektiv« eingefügt, wodurch eine Verurteilung völlig unabhängig davon erfolgen kann, was die Absichten des Angeklagten gewesen sind, inwieweit er sich dabei an das sowjetische Recht hielt oder nicht. Es ging nur noch darum, ob die Tat des Angeklagten »objektiv dem Teil der internationalen Bourgeoisie dient bzw. zu dienen geeignet ist« (LW 33/344f.). Ob dies »objektiv« der Fall ist, sollen, so Lenin (siehe oben) das »revolutionäre Rechtsbewusstsein und das revolutionäre Gewissen« der Richter entscheiden. Die Verurteilung war dann nur eine Frage der jeweiligen machtpolitischen Zielstellungen.

Teil der Politik in den frühen Jahren der NÖP war die Ausweisung führender Vertreter der bürgerlichen Intelligenz aus Russland. Im Winter 1921/22 war es zu Streikaktionen von Vertretern der akademischen Intelligenz gekommen. Es begann mit Protesten der Ärzte gegen die neue Klassenmedizin. Ihrem Eid verpflichtet, forderten sie, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichbehandelt werden. Daher die große Zahl von Ärzten unter den Ausgewiesenen. In einem Artikel vom März 1922 forderte Lenin offen ihre Ausbürgerung unter der Losung: »Wir reinigen Russland für lange...«

Im Mai begann die systematische Vorbereitung. Der Auftrag wurde der Nachfolgeorganisation der Tscheka (der GPU – Staatliche Politische Verwaltung) unter Leitung von Dzierzynski übertragen. Über 270 führende Intellektuelle wurden verfolgt, 81 von ihnen mussten das Land verlassen. Andere, die bleiben konnten, fielen weitgehend dem Terror der 1930er Jahre zum Opfer (Artizov et al. 2008). Auch die Vertreter jetzt verbotener sozialistischer Parteien wurden ins Exil getrieben. Die Versuche dieser

Intelligenz, den Übergang zur NÖP als geistig-politisches »Tauwetter« zu verstehen, endeten mit einer Eiszeit, die für die Sozial- und Geisteswissenschaften ungebrochen bis in die 1950er Jahre dauerte und danach nicht wirklich beendet wurde. Russland verlor jenes gesellschaftswissenschaftlich-philosophische Reflexionspotenzial, das über 200 Jahre schrittweise entstanden war. Ohne ein solches Potenzial aber war eine Transformationspolitik, die auf der Höhe der Zeit war, unmöglich. In den 1980er Jahren verfügte die Sowjetunion über keine Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften, die in der Lage gewesen wären, den Herausforderungen eines so gewaltigen Umbruchs, wie ihn Michail Gorbatschow einleitete, gerecht zu werden. Es begann ein Blindflug.

Verfolgung Andersdenkender

Aus dem Bericht der GPU an das Politbüro des ZK der KPR(B), 1. Juni 1922 (streng geheim)

»Die Neue Ökonomische Politik der Sowjetmacht hat die Gefahr einer Vereinigung und Konsolidierung der Kräfte bürgerlicher und kleinbürgerlicher Gruppen hervorgerufen, die unter den Bedingungen der NÖP einen sich verstärkenden Rückhalt finden. Die antisowjetische Intelligenz benutzt im breiten Maße die ihr eröffneten Möglichkeiten der Organisation und der Sammlung ihrer Kräfte, die durch den friedlichen Kurs der Sowjetmacht und die Abschwächung der Tätigkeit der Repressionsorgane geschaffen wurde. Ein besorgniserregendes Symptom der Organisation einer künftigen vereinigten konterrevolutionären Front stellt die spontane Entstehung einer Vielzahl privater gesellschaftlicher Vereinigungen (wissenschaftliche, wirtschaftliche, religiöse u.a.) und privater Verlage dar, um die sich die antisowjetischen Elemente gruppieren. ... *Als Hauptarena des Kampfes gegen die Sowjetmacht hat die antisowjetische Intelligenz ausgesucht: Hochschuleinrichtungen, unterschiedliche Verwaltungskongresse, Theater, Genossenschaften, Trusts, Handelseinrichtungen und in jüngster Zeit die Religion u.a.*« (Artizov et al. 2008: 118)

Nach Lenins Tod verschärfen sich die Diskussionen im gleichen Maße, wie sich die inneren Widersprüche der NÖP entfalten und sich in der Partei der Streit um die politische Orientierung immer mehr mit dem Kampf um die Macht verband (siehe Siegelbaum 1992: 188ff.). Der offene Suchprozess, den Lenin 1922 in seinen »Notizen eines Publizisten« angedeutet hatte, die Bereitschaft, stets neue Wege zu suchen, zu experimentieren, eine möglichst nüchterne Analyse vorzunehmen und sie nicht unmittelbar mit innerparteilichen Machtfragen zu verbinden, wurde unter den Bedingungen der sich festigenden Herrschaft Stalins und des mit ihm verbündeten mittleren Managements der kommunistischen Partei, das nach 1917 aufgestiegen war, beendet. Die Frage einer über Lenin hinausgehenden Revision von Ziel und Mittel sozialistischer Umgestaltung wurde unmöglich.

6. Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Sozialismus

Lenin blieb wenig Zeit, sich der Frage zuzuwenden, ob die eingeleiteten Veränderungen der NÖP eine grundlegende Revision des Verständnisses von Sozialismus verlangen würden. Politisch sah er dazu auch keinen Grund, nur ökonomisch. Aber war nicht im marxistischen Verständnis die Ökonomie die *Basis* der Politik? Zugleich ging Lenin immer vom *Primat* der Politik aus, dies war für ihn ein »ABC des Marxismus« (LW 32/73). Es findet sich in den Reden und Schriften der Jahre 1921/22 keine weitergehende Reflexion, ob die Veränderungen der ökonomischen Politik auch weitergehende Umgestaltungen im politischen System und innerhalb der Partei verlangen.

Unter den vielen Ausführungen von Lenin nach dem Beginn der NÖP fällt folgende Formulierung auf: »Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen; sonst werdet ihr nicht zum Kommunismus gelangen.« (LW 33/38)

Was bedeutet es, wenn man ernst nimmt, dass das persönliche Interesse und die kollektive wirtschaftliche Interessiertheit den »Grund« darstellen sollen, auf dem aufgebaut werden soll? Im Ansatz verlangt dies, dass die Individuen als autonome Subjekte selbst entscheiden, wo sie arbeiten, was sie kaufen, was sie bezahlen, wie sie leben – politisch gesetzte Rahmenbedingungen gegeben. Und die Wirtschaftseinheiten treten unter diesen Bedingungen als mehr oder minder eigenständige Unternehmen auf, die sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen an den Märkten orientieren. Ist dies nur eine Durchgangsstufe, bis die Große Industrie gefestigt ist und die Märkte wieder unterdrückt werden können, oder ist damit der Weg zu so etwas wie einer »sozialistischen Marktwirtschaft« geöffnet? Bis dahin war sozialistische Marktwirtschaft ein Oxymoron gewesen – die Verbindung absoluter Gegensätze.

Auch Lenin sah seit 1890 aus den Märkten eigentlich nur eines entstehen – Kapitalismus. In der kurzen Periode der NÖP, die Lenin selbst mitgestaltete, begannen die Diskussionen zu diesen Fragen. Eine wirkliche Klärung haben sie bis Ende der 1980er Jahre (und eigentlich bis heute) nicht gefunden. Die kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams haben die sozialistische Marktwirtschaft in ihre Programmatik aufgenommen. Aber auch dort ist umstritten, ob sich Sozialismus und Marktwirtschaft wirklich zusammen entwickeln können und ob nicht am Ende ein entwickelter Kapitalismus die politische Hülle des Staatsparteisozialismus abstreift.

In diesem Zusammenhang sind jene Überlegungen interessant, die Lenin in enger Diskussion mit den führenden Vertretern der Staatlichen Plankommission unter Leitung von Gleb M. Kržižanovskij äußerte. Anstelle der kriegskommunistischen Vorstellung einer direkten Erfassung und Steuerung aller Industriebetriebe wurden Ansätze entwickelt, die auf eine Verbindung von zentralen Schwerpunktvorhaben und staatlicher Rahmensetzung zur Durchsetzung der notwendigen Proportionalität der Volkswirtschaftszweige zielten (siehe als Beispiel LW 32/387-390). Hintergrund war der große Plan zur Elektrifizierung Russlands, der GOELRO-Plan. In einer Direktive des Rats für Arbeit und Ver-

teidigung, dem Lenin vorstand, an die örtlichen Sowjetinstitutionen forderte Lenin Schritte hin zur Entwicklung einer Statistik, die es erlauben sollte, die Grundprozesse der Wirtschaft konkret zu analysieren (LW 32/391-417). Entscheidend seien die größtmögliche Eigeninitiative und das selbständige Experimentieren unter der Bedingung, dass die zentralen Schwerpunktsetzungen nicht verletzt werden. Die entscheidenden Widersprüche einer solchen Planung wurden praktisch erfahrbar und es begann der Suchprozess, sie zu bearbeiten.

Der Beginn einer Diskussion zu sozialistischer Planung

»Wir müssen kühner und breiter die verschiedenartigsten Methoden anwenden, die Sache von verschiedenen Seiten in Angriff nehmen und das Kapital und den Privathandel in unterschiedlichem Grade zulassen, ohne Furcht davor, dass in gewissem Grade der Kapitalismus gezüchtet wird, wenn wir nur sofort den Umsatz heben, dadurch sowohl die Landwirtschaft wie auch die Industrie beleben und an Hand der praktisch gewonnenen Ergebnisse errechnen, über welche Hilfsquellen das Land verfügt und auf welchem Wege man am sichersten zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern kommen kann, um im weiteren Verlauf (?) großzügiger und festgegründeter am wirtschaftlichen Aufbau zu arbeiten und den Elektrifizierungsplan zu verwirklichen.« (LW 32/395f.)

Aber Lenins Suchprozess nach einem neuen Verständnis von Sozialismus ging darüber hinaus. Am 4. und 6. Januar 1923 diktierte er einen seiner letzten Artikel – »Über das Genossenschaftswesen«. Schon in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution hatte die Frage der Genossenschaften einen wichtigen Platz gehabt. Zum einen ging es um die Organisation der Verteilung der Güter und des Handels. Auch gab es immer die Vorstellung, dass es möglichst schnell zu sogenannten Musterfarmen kommen solle, die die Bauern von der Überlegenheit einer gemeinschaftlichen Produktionsweise überzeugen könnten. An Lenin waren auch durch den Anarchisten Kropotkin und andere immer wieder Vorschläge herangetragen worden, der Frage der Genossen-

schaften höhere Aufmerksamkeit zu schenken. In der Zeit der Krankheit interessierte er sich verstärkt dafür.

Der Artikel »Über das Genossenschaftswesen« ist der weitestgehende Versuch Lenins, Sozialismus neu zu denken. Die Vorstellung von der Gesellschaft als einer einheitlichen Fabrik, als gigantische »Deutsche Post« unter kommunistischer Führung, wird hier abgelöst durch das Modell einer Gesellschaft, die von oben politisch durch die »Diktatur des Proletariats« unter Führung der Kommunistischen Partei zusammengehalten wird und von unten aus dem freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluss erwächst. Die politische Revolution habe die Bedingungen geschaffen, das zu tun, was im Kapitalismus, unter den Bedingungen einer bürgerlichen Regierungsform »phantastisch, sogar romantisch, ja abgeschmackt« (LW 34/453) erschienen war. Lenin geht so weit, eine Unterstützung der Genossenschaften zu fordern, die über die der Schwerindustrie hinausgeht – das ist das direkte Gegenteil der Politik unter Stalin, als es die erbarmungslose Ausbeutung der bäuerlichen Bevölkerung war, die die Ressourcen für die forcierte Industrialisierung freisetzte. Man könnte Lenins *Konzept* *das einer ursprünglichen Akkumulation der genossenschaftlichen Kooperation durch staatliche Förderung* nennen. Neben der Gewalt wird die finanzielle staatliche Hilfe zum Geburtshelfer eines genossenschaftlichen Sozialismus erklärt: »Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird. Man braucht nicht an jene Hunderte und aber Hunderte Millionen Rubel zu erinnern, die die Geburt des ›freien‹ Kapitalismus kostete. Jetzt müssen wir erkennen, dass gegenwärtig diejenige Gesellschaftsordnung, die wir über das gewöhnliche Maß hinaus unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen.« (LW 33/455)

Damit werden die Ideen der Frühsozialisten, vor allem der Anhänger Owens oder Fouriers, aber auch der russischen Genossenschaftsbewegung, in neuer Form aufgegriffen. Es war immer eine Grundvorstellung der sozialistischen und Arbeiterbewegung in England, Frankreich oder Deutschland gewesen, dass die Bildung von Genossenschaften und die genossenschaftliche

Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Weg zum Sozialismus sei. Viele hatten dafür staatliche Unterstützung verlangt, so Proudhon oder Lassalle. Die Marxisten hatten diesen Weg unter den Bedingungen des Kapitalismus für undurchführbar erklärt und in den Genossenschaften nie mehr als einen Beweis gesehen, dass die Arbeiter zur eigenständigen Leitung der Produktion fähig seien. Auch in Russland gab es lange Traditionen eines genossenschaftlichen Sozialismus, die Lenin genau zur Kenntnis genommen hatte. Jetzt, unter den Bedingungen einer sozialistischen Staatsmacht, schien ihm das Instrument gegeben, einen solchen Sozialismus aufzubauen. Wie aber das Verhältnis von Genossenschaften und dem »gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln« zu gestalten sei, blieb unklar.

Lenins letztes Wort über Sozialismus

»Ich komme zum Schluss. Eine Reihe von ökonomischen, finanziellen und Bankprivilegien für die Genossenschaften – darin muss die Unterstützung bestehen, die unser sozialistischer Staat dem neuen Prinzip der Organisierung der Bevölkerung erweist. Damit ist jedoch die Aufgabe erst in allgemeinen Zügen umrissen, weil der ganze Inhalt der Aufgabe praktisch noch unbestimmt bleibt, noch nicht im Detail geschildert ist, d.h., man muss verstehen, jene Form der »Prämien« (und jene Bedingungen für ihre Gewährung) ausfindig zu machen, die wir für den genossenschaftlichen Zusammenschluss geben, jene Form der Prämien, durch die wir die Genossenschaften genügend fördern, jene Form der Prämien, durch die wir zu einem zivilisierten Genossenschaftler gelangen. Aber ein System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, beim Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie – das ist das System des Sozialismus. 4. Januar 1923.« (LW 33/457)

7. Einheit der Partei und Steuern durch unbekannte Gewässer

Der X. Parteitag der KPR(B) hatte 1921 einschneidende Beschlüsse über die Einheit der Partei gefällt. Die Anhänger der Arbeiteropposition wurden weitgehend aus den Führungsämtern

verdrängt und strafversetzt. Eine offene politische Willensbildung in der Partei, deren Mitglieder über Sach- und Personalfragen in einem demokratischen Abstimmungsprozess entscheiden konnten, wurde unmöglich. Lenin setzte den auch in seinen Augen dramatischen Beschluss durch, dass selbst Mitglieder des Zentralkomitees aus diesem Gremium mit dem Beschluss einer Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden können, obwohl sie durch den Parteitag direkt gewählt worden waren (LW 32/248). Es wurde festgelegt, diesen Punkt nicht zu veröffentlichen (LW 32/253). Die Fraktionen wurden aufgelöst und die Fortsetzung fraktioneller Tätigkeit sollte künftig mit dem Parteiausschluss geahndet werden. Dabei gibt es ein Ereignis, das Lenins ungebrochenen Sinn für Realitäten zeigte und alle daran erinnerte, dass er zumindest früher innerhalb der bolschewistischen Partei und ihrer Führung nicht selten in der Minderheit war – so zunächst bei den Aprilthesen, der Vorbereitung des Aufstandes 1917 oder beim Brester Frieden von 1918. Der alte Sozialdemokrat David Rjasanow hatte vorgeschlagen, auch die Wahl nach Plattformen zu verbieten. Dies hätte eine offene politische Willensbildung in der Partei völlig unmöglich gemacht.

Lenins Einsatz für die Möglichkeit von Wahlen nach Plattformen

»Ich glaube, dass der Wunsch des Gen. Rjasanow, so bedauerlich das auch sein mag, unerfüllbar ist. Wir können der Partei und den Mitgliedern des ZK nicht das Recht nehmen, an die Partei zu appellieren, wenn eine grundlegende Frage Meinungsverschiedenheiten hervorruft. Ich vermag mir nicht vorzustellen, wie wir das tun könnten! Der jetzige Parteitag kann nicht die Wahlen zum künftigen Parteitag durch irgend etwas binden: was geschieht, wenn beispielsweise eine solche Frage auftaucht wie der Brester Friedensschluss? Bürgen Sie dafür, dass solche Fragen nicht auftauchen können? Dafür kann man nicht bürgen. ... Ich glaube, dass wir nicht imstande sind, das zu verbieten. Wenn unsere Resolution über die Einheit und natürlich auch die Entwicklung der Revolution uns zusammenschweißen werden, so werden Wahlen nach Plattformen nicht wieder vorkommen. ... Sollten aber die Umstände grund-

legende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, kann man es dann verbieten, dass sie vor dem Richterstuhl der gesamten Partei ausgetragen werden? Das kann man nicht! Das ist ein übertriebener Wunsch, der unerfüllbar ist und den ich abzulehnen empfehle.« (LW 32/267)²⁰

Waren die Bolschewiki als einzige Kraft im Bürgerkrieg noch als weitgehend demokratische Institution übrig geblieben, so verloren sie jetzt diesen Charakter (fast) vollständig und ab 1928 konnte von der Existenz demokratischer Institutionen in Sowjetrußland überhaupt nicht mehr die Rede sein – misst man dies an der Wahrung elementarster »formaler« demokratischer Prinzipien. Zugleich wurden die Kader dem immer weiter formalisierten Nomenklaturaprinzip unterworfen. Übergeordnete Instanzen entschieden über die Auswahl und Einsetzung in alle wichtigen Funktionen. Die noch auf dem X. Parteitag diskutierten Vorschläge, eine offene Diskussion strittiger Fragen von der politischen Diskussion abzukoppeln, die Freiheit des Meinungsaustauschs zu sichern, war ganz davon abhängig, wie die Parteiführung sich zu der jeweiligen Diskussion verhielt und ob diese oder jene Mitglieder der Führung oder Gruppen sich im besonderen Maße auf die entsprechenden Diskussionsstandpunkte bezogen und diese damit »fraktionellen Status« erhielten. Auf dem XI. Parteitag 1922 wurden in einer geschlossenen Sitzung Mitglieder der Arbeiteropposition aus der Partei ausgeschlossen. Sie hatten sich mit einer kritischen Stellungnahme zur Entwicklung in der KPR(B) an die Komintern als höchste Instanz der kommunistischen Bewegung gewandt.

Die Frage der Einheit der Partei und des Erhalts der Führungsfähigkeit durch das Politbüro und Zentralkomitee wurde immer mehr vom Zusammenhalt der kleinen Gruppe der alten Bol-

²⁰ In der gleichen Zeit wurde Rjasanow jede Tätigkeit in den Gewerkschaften verboten, weil er auf einem Gewerkschaftskongress eine Resolution mit 1500 zu 30 Stimmen durchgebracht hatte, die nach Lenin den Beschlüssen des ZK widersprach. Der Gewerkschaftsbeschluss wurde nach direkter Intervention durch Lenin und andere ZK-Mitglieder zurückgenommen (Balabanoff 2013: 112f.).

schewiki abhängig. 1921 und 1922 gab es eine Verschiebung der Machtverhältnisse im engeren Führungskreis. Die Vollmachten Stalins wurden ausgeweitet, er wurde 1922 mit direkter Empfehlung Lenins Generalsekretär und erhielt damit die weitgehende Kontrolle über den Apparat, die Personalpolitik und die Zusammenarbeit der wichtigsten Parteigremien. Mit Ordshonikidse und Molotow stiegen Vertraute Stalins in den engeren Kreis auf. Die Spaltungen im Führungskreis der Partei wurden für Lenin zunehmend zur Hauptbedrohung. In einem Brief an die Parteiführung schrieb der kranke Lenin: »Will man nicht vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, so muss man zugeben, dass gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerte Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann. Es genügt ein kleiner innerer Kampf in dieser Schicht, und ihre Autorität wird, wenn nicht untergraben, so doch jedenfalls so weit geschwächt, dass die Entscheidung schon nicht mehr von ihr abhängen wird.« (LW 33/243)

Jene Schreiben an die eigene Partei, die als sein »Testament« bekannt wurden, zielten darauf, diesen »kleinen inneren Kampf« zu verhindern. Seine Vorschläge haben zwei Schwerpunkte. Erstens will er das Zentralkomitee auf bis zu 100 Personen erweitern (LW 36/577). Diese Überlegungen waren eingebettet in folgende Problemsicht aus dem Januar 1923: »Es genügt, dass wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen, auch das ist angesichts der feindlichen internationalen Umgebung eine gigantische Leistung. Aber dieses Bewusstsein darf uns den Blick nicht dafür trüben, dass wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben und dass jetzt, nachdem der Frieden gekommen und der minimale Bedarf zur Stillung des Hungers gesichert ist, alle Arbeit darauf gerichtet sein muss, den Apparat zu verbessern.« (LW 36/581) Lenins Vorstellung nach sollten »die besten Elemente, die es in unserer sozialen Ordnung gibt – nämlich: erstens die fortschrittlichsten Arbeiter und zweitens die wirklich aufgeklärten Elemente, für die man bürgen kann, dass sie kein Wort auf Treu

und Glauben hinnehmen, kein Wort gegen ihr Gewissen sagen werden –, sich nicht scheuen, jede Schwierigkeit einzugestehen, und vor keinem Kampf zur Erreichung des Zieles zurückschrecken, das sie sich ernsthaft gesteckt haben« (LW 33/476), hier versammelt werden.

Was hier deutlich wird, ist noch einmal die Idealisierung der einfachen Arbeiter, unverdorben nicht nur durch den Kapitalismus, sondern jetzt auch unverdorben durch die Sowjetmacht. Konnte er wirklich glauben, dass ihr »Klasseninstinkt« das hinreichende Gegengewicht zu den Kämpfen in der Parteiführung und Sowjetbürokratie sein konnte? Der alte »nüchterne« Lenin hätte eine solche Hoffnung vielleicht als Illusion, basierend auf der Phrase von der gesunden Arbeiterklasse, durchschaut. In der Perspektive hat genau diese Erweiterung des Zentralkomitees durch Personen, die weitgehend in Verantwortung des Generalsekretärs ausgesucht wurden und aus dem mittleren Apparat kamen, wesentlich dazu beigetragen, die »alte Garde« in den Führungsgremien der Partei in eine Minderheitsposition zu bringen. Stalin nutzte dies, um diese Garde erst zu verunglimpfen, dann zu exkommunizieren und schließlich zu liquidieren.

Die Idealisierung der Arbeitermitglieder des Zentralkomitees

»Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jenen Arbeitern ausgewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen. Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter die Kategorie der Ausbeuter fallen.

Ich glaube, dass solche Arbeiter, die in allen Sitzungen des ZK, in allen Sitzungen des Politbüros anwesend sind und alle

Dokumente des ZK lesen, einen Stamm ergebener Anhänger der Sowjetordnung bilden können, die erstens fähig sind, dem ZK selbst Stabilität zu verleihen, und die zweitens imstande sind, wirklich an der Erneuerung und Verbesserung des Apparats zu arbeiten.« (LW 36/581f.)

So kritisch Lenin die russische Bauernschaft seit 1890 untersucht hatte, immer ihren Zerfall in Kapitalisten (Kulaken) und Lohnarbeiter voraussagend, so affirmativ war sein Verhältnis zu den Arbeitern – vorausgesetzt, sie werden befähigt, das richtige Bewusstsein zu entwickeln. Dem entspricht, dass er den Anspruch, seine Partei und sich selbst als fortgeschrittenste Vertreter eben dieser Arbeiterklasse zu begreifen, niemals kritisch hinterfragte, nie diskutierte, wie dies anders begründet werden kann als mit der eigenen überlegenen Einsicht, gegründet auf dem Marxismus. Idealisierung der Arbeiterklasse und Führungsanspruch der bolschewistischen Partei waren bei ihm unauflösbar verschränkt.

Stalin war sich bewusst, dass er sich letztlich nur durchsetzen konnte, indem er die (noch) zu eigenständigem Sprechen und Handeln fähige Führungsschicht der Bolschewiki beseitigte. Dabei stützte er sich, Ironie der Geschichte, ganz bewusst auf jene Erweiterung des Zentralkomitees, die Lenin 1923 vorgeschlagen hatte. Nur zog er nicht einfache Arbeiter heran, sondern »treue, bewährte Kader«. Am 7. November 1937, dem 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, in der Hochzeit des Terrors, führte Stalin dies, nachdem er die Einheit der UdSSR beschworen hatte, in einer Tischrede aus, die Georgi Dimitroff in seinen Tagebüchern sehr lebendig wiedergab.

Aus der Tischrede Stalins zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution

»Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören ..., ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten. ... Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!« Wen er im Sinn hatte, wird deutlich, wenn er

weiter ausführt: »Ich bin noch nicht fertig mit meinen Trink-spruch. Es wurde sehr viel von großen Führern gesprochen. Doch keine Sache siegt, wenn die Bedingungen hierfür nicht gegeben sind. Dabei sind die mittleren Partei-, Wirtschafts- und Militärkader das wichtigste. Sie wählen den Führer, sie erklären den Massen die Umstände, sie garantieren den Erfolg der Sache. Auf diese mittleren Kader! Sie stehen im Hintergrund, man bemerkt sie nicht. ... Warum haben wir Trotzki und die anderen besiegt? Es ist bekannt, das Tr[otzki] nach Lenin der Populärste in unserem Lande war. Populär waren auch Bucharin, Sinowjew, Rykow, Tomski. Uns hat man kaum gekannt. Mich, Molotov, Wor[oschilow], Kalinin ... damals. Wir waren zu Zeiten Lenins die Praktiker, seine Mitkämpfer. Aber uns haben die mittleren Kader unterstützt... Trotzki hat jedoch diesen Kadern keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt.« (zitiert in Dimitroff 2000: 162)

Der zweite Schwerpunkt in Lenins »Testament« war die Frage, wer die Führung der Partei übernehmen sollte. Bis in den Herbst 1922 hatte er Stalin gefördert. Dieser war ihm seit dem April 1917 loyal gefolgt, hatte ihn in den innerparteilichen Kontroversen unterstützt, sich nicht durch Differenzen gegenüber Lenin profiliert. In dem Maße, wie Lenin sich aber aus der aktiven Politik zurückziehen musste, wurden Stalins Charakter und Ziele auch für Lenin deutlich. Folgt man den letzten diktierten Briefen, kam Lenin zu einer immer klareren Position. Hatte er sich am 24. und 25. Dezember 1922 noch damit begnügt, die Vorzüge und Schwächen der wichtigsten Mitglieder der Parteiführung zu beschreiben, so kam er am 4. Januar 1923 zu dem Schluss, dass es nicht mehr darum ginge, *ob* Stalin als Generalsekretär abzulösen wäre, sondern das nur noch das *Wie* zu bedenken sei. Der Fehler aber war gemacht: Indem er bei jedem der möglichen Anwärter auf die Funktion des Generalsekretärs auf Schwächen hinwies, schien Stalins Grobheit und die Tatsache, dass er es vielleicht nicht »immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen« (LW 36/579), fast harmlos. Wenn alle mangelhaft waren, wieso sollte der Mangel des Einen wich-

tiger als die Mängel der Anderen sein?! Das Testament in seiner nach Lenins Tod den Delegierten des Parteitages von 1924 vorgelegten Form war keinesfalls geeignet, Stalins Ablösung als Generalsekretär zu erzwingen. Dieser gelobte Besserung und blieb auf seinem Posten, würde aber das Testament nie vergessen und sich an den dort genannten Kontrahenten brutal rächen. Keiner überlebte den Terror.

Lenin machte Ende 1922 und Anfang 1923 den wohl schwerwiegendsten politischen Fehler, misst man ihn an den Folgen für die von ihm gegründete und über zwanzig Jahre geführte Partei. Anstelle sich allein auf die Ablösung Stalins zu konzentrieren und mit Nachdruck einen Alternativvorschlag zu hinterlassen, kritisierte er jeden. Auch eine Portion Oberlehrertum schwingt in seinen Beurteilungen mit, wenn er jedem eine Note erteilt und schreibt, Trotzki sei »wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewusstsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat« (ebd.). Nebenbei erwähnt er Trotzkis »Nichtbolschewismus« (dieser hatte sich ja erst im Sommer 1917 den Bolschewiki angeschlossen). Kamenew und Sinowjew hielt er ihre Ablehnung des Aufstandes im Oktober 1917 und ihr Plädoyer für eine Regierung aller sozialistischen Parteien vor. Bucharin nun wieder sei zwar der »Liebling der Partei«, aber in ihm »steckt etwas Scholastisches«, er habe »die Dialektik nie studiert und ... nie vollständig begriffen« (ebd.) – was ja unterstellt, Lenin oder irgendein anderer habe sie »vollständig« begriffen. Verglichen mit dem »Nichtbolschewismus« Trotzkis, dem Verrat durch Kamenew und Sinowjew im Oktober 1917, als Lenin ihren Parteiausschluss forderte, dem Mangel an Dialektik bei Bucharin, gab es, so schien es, bei Stalin »nur« einen einzigen Fehler, einen charakterlichen. Wieso sollte dies plötzlich das Wichtigste sein, wo es doch immer um die Frage Wer-Wen gegangen war?

Die beiden Vorschläge, die Lenin von seinem Krankenbett machte, um der Spaltung der Partei und den Gefahren des Konflikts zwischen Stalin und Trotzki vorzubeugen, waren weniger der Ausdruck seiner eigenen Schwäche, sondern der Gefahren, die in den Strukturen der von ihm errichteten Macht lagen. Die

Arznei, die er vorschlug, wurde zum Gift, das die Übel, die er bekämpfen wollte, sogar noch verstärkte. Die Erweiterung des ZK lieferte Stalin die soziale und die Stimmbasis, um »demokratisch« seine Kontrahenten auszubooten. Die Kritik an Stalin, ohne die Fähigkeit zu haben, ihn abzusetzen, konnte nur dazu beitragen, dessen »Grobheit« zur Paranoia und zügellosem Neid und Hass auf die »Begabteren« zu steigern.

Am 21. Januar 1924 starb Lenin. Stalin verwandelte das Begräbnis in die Selbstinszenierung als treuester Leninist. Im Name der Partei schwor er:

»Genossen! Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören. Es gibt nichts Höheres als den Namen eines Mitglieds der Partei, deren Gründer und Führer Genosse Lenin ist. Nicht jedem ist es gegeben, Mitglied dieser Partei zu sein. Nicht jedem ist es gegeben, die Unbilden und Stürme zu bestehen, die mit der Mitgliedschaft in dieser Partei verbunden sind. Die Söhne der Arbeiterklasse, die Söhne der Not und des Kampfes, die Söhne unsagbarer Entbehrungen und heroischer Anstrengungen – sie vor allem sollen Mitglieder dieser Partei sein. Deswegen nennt sich die Partei der Leninisten, die Partei der Kommunisten, zugleich die Partei der Arbeiterklasse.

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, den erhabenen Namen eines Mitglieds der Partei hochzuhalten und in Reinheit zu bewahren. Wir schwören Dir, Genosse Lenin, dass wir dieses Dein Gebot in Ehren erfüllen werden!« (Stalin 1924)

Der Stalinismus war nicht zwangsläufig. Aber schon unter Lenin waren die Gegenkräfte geschwächt, zerschlagen oder sogar vernichtet worden. Die Bedingungen für einen längeren historischen Lernprozess waren schlecht – international wie innenpolitisch. 1924 war das demokratische und emanzipatorische Erbe

noch nicht völlig verschwunden, das sich 1905 und 1917 zur Geltung gebracht hatte. Und in den Reformbewegungen der 1950er und frühen 1960er Jahre, in der sowjetischen Dissidentenbewegung und der Perestroika entstand es neu, teils mit Berufung auf Lenin, teils in deutlicher kritischer Auseinandersetzung mit ihm. Es hat die Dynamik der sowjetischen Gesellschaft bis zu ihrem Ende wesentlich geprägt.

Teil 4

Wer über den Stalinismus redet, darf vom Leninismus nicht schweigen

»Wenn man den Weg Lenins beschreitet, dann werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«

Ein Arbeitersoldat bei einer Beratung zu den
Leninschen Thesen vom April 1917 in Petrograd
(zitiert nach Bock 2013: 219)

Als Michael Schumann im Dezember 1989 das Referat einer Arbeitsgruppe in Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitags der kommunistischen Staatspartei der DDR, der SED, verlas (zur Entstehung des Referats siehe Schumann 2004: 94-98), fasste er die Quintessenz in den bekannten Satz: »Wir brechen unwiderfürlich mit dem Stalinismus als System.« (Hornbogen et al. 1999: 179) Was dann aber beschrieben wurde, waren nicht die besonderen Merkmale des Stalinismus, sondern es waren jene Strukturen, die nach dem Oktober 1917 schrittweise in Sowjetrußland und dann in Ländern, die unter der Vorherrschaft kommunistischer Staatsparteien standen, zur Geltung kamen. Bewusst wurde die Zeit Lenins ausgeklammert. Man sprach von einer »bis in die zwanziger Jahre (des 20. Jahrhunderts – M.B.) zurückreichende(n) stalinistische(n) Linie« (Hornbogen et al. 1999: 182). Wie schon vorher während der Perestroika erschien vielen in der damaligen SED/PDS die Reform des Sozialismus noch als Rückkehr zu Lenin. Dabei hat die im Vergleich zu Stalins Herrschaft relativ kurze Regierungszeit Lenins von nur fünf Jahren die Weichen in eine Richtung gestellt, von der die Lokomotive der bolschewistisch inspirierten Revolutionen und Machtübernahmen nicht mehr abgehen sollte, bis sie in den Abgrund der Geschichte stürzte. Das institutionelle Gerüst der sowjetischen Gesellschaft blieb über all diese Jahrzehnte unverändert.

Leninismus ist für mich eine politische Strömung und seit 1918 auch ein System politischer und gesellschaftlicher Macht, das sich

in der Sowjetunion bis in die 1930er Jahre ausformte und später auch andere Staaten prägte. Dieses System hat folgende vier wesentliche Merkmale (siehe Brie 1998):

Erstens die Legitimationsideologie: Der Leninismus erhebt seinen Herrschaftsanspruch im Namen der Arbeiterklasse und sieht sich dem Ziel verpflichtet, eine Gesellschaft auf der Basis des Gemeineigentums zu errichten (zuerst in staatlicher Form). Auf deren Grundlage soll in der historischen Perspektive alle Herrschaft absterben. Diese Aufgabe umfassender Gesellschafts-Transformation verlange die völlige und bedingungslose Konzentration der Macht durch eine führende Partei vor dem Hintergrund des inneren wie äußeren Widerstands und der Größe der geschichtlichen Aufgaben. Sie erhebt diesen Anspruch auf Führung mit Verweis auf ihre »wissenschaftliche Weltanschauung«.

Zweitens die Herrschaftsform: Das entscheidende Mittel zur Bewahrung dieser Herrschaft ist die dauerhafte und nachhaltige Beseitigung aller legalen Möglichkeiten der öffentlichen Selbstverständigung, der Selbstorganisation und Selbstvertretung der Bürgerinnen und Bürger und die Errichtung einer parteistaatlichen geistigen, politischen, sozialen und ökonomischen Diktatur.

Drittens die Institutionen: Die wesentlichen Institutionen zur Durchsetzung parteistaatlicher Herrschaft sind (1) die Zerstörung demokratischer Öffentlichkeit und die Durchsetzung einer monolithischen Legitimationsideologie, (2) ein Maßnahmestaat im permanenten (latenten oder akuten) Ausnahmezustand, (3) die Unterdrückung jeder Öffentlichkeit und demokratischen Selbstorganisation durch eine politische Polizei, Gerichtsbarkeit und Gefängnisse/Lager sowie (4) die Einsetzung aller Entscheidungsträger von oben nach unten (Nomenklaturaprinzip).

Viertens die Schattengesellschaft: Innerhalb des genannten institutionellen Rahmens werden je nach Opportunität Gegentendenzen der Öffentlichkeit, gesellschaftlicher Normen und der rechtlichen Regulierung, von halbformeller Selbstorganisation oder von Märkten geduldet, um die Funktionsdefizite des Systems abzuschwächen.

Die in diesem Buch kurz dargestellte Auflösung der Konstituierenden Versammlung Anfang Januar 1918 markierte den Über-

gang des Leninschen Bolschewismus von einer Idee und Partei, wie sie sich seit 1903 formiert hatte, zu einem politischen und gesellschaftlichen Machtsystem. Die legitimatorische Basis dieses Systems war der erklärte Bezug auf das Interesse der Arbeiterklasse und den Marxismus als wissenschaftlicher Ausdruck dieser Interessen. Aber dieses Interesse erhielt nun in der Gestalt der Herrschaft der bolschewistischen Partei einen von den realen Arbeitern und der werktätigen Bevölkerung unabhängigen Ausdruck. Die Führung der bolschewistischen Partei berief sich auf die Arbeiter und machte zugleich deren eigenständige Aktion unmöglich. Die Diktatur des Proletariats wurde zu einer vom Willen der Angehörigen des Proletariats und deren Handeln abgekoppelten Instanz. Legitimiert wurde dies durch den Verweis auf die wissenschaftliche Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte.

Mit diesem Schritt wurde ein im »Manifest der Kommunistischen Partei« von Karl Marx und Friedrich Engels angelegter Widerspruch aufgelöst. Dort hieß es in großartigen Formulierungen, dass die Kommunisten »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats« nichts anderes als »die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus« (Marx 1846: 474) hätten. Diese postulierte überlegene Einsicht wird – wenn auch nur rhetorisch – im »Manifest« dem diskursiven, immer dem Zweifel, der Kritik, der Prüfung auf Plausibilität ausgesetzten, nie abschließbaren Prozess einer offenen Kommunikation entzogen, wenn gesagt wird: »Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.« (Marx 1846: 474f.) Dieses »nur« klingt bescheiden, ist aber in Wirklichkeit eine Anmaßung: Die kommunistischen Prinzipien sollen, so die Behauptung, keine Aussagen *über* die wirklichen Bewegungen sein, sondern Aussagen dieser Bewegung selbst darstellen, de facto also Seins-Offenbarungen. Durch die Kommunisten spricht damit,

so der Anspruch, die wirkliche geschichtliche Bewegung in ihrer reinen Form, jenseits aller Sonderinteressen und in ihrer weiter-treibendsten Gestalt. Man kann dies als propagandistische Volte erkennen, als kühne Selbstinszenierung und als Erwartung. Solange der Raum offener Auseinandersetzung bleibt, in dem dieser Anspruch infrage gestellt werden kann, ist dies in einem Manifest legitim. Sobald dieser Anspruch aber mit Gewalt durchgesetzt wurde, wurde er zur Legitimationsideologie.

Im »Manifest« wird die Spannung von theoretischen Einsichten, Partei und realer Bewegung durch die Behauptung einer tendenziellen Identität von Idee, Tat und Wirklichkeit zusammengehalten. Hier ist die Spannung eines kommunistischen Avantgardismus angelegt, auch wenn sie durch den Verweis auf die real sich organisierenden, real sich als Klasse konstituierenden (sich selbst zur Klasse »machenden«, siehe Thompson 1987), ihre demokratischen Rechte wirksam einfordernden Arbeiter begründet wird. Es bleibt der Vorbehalt der realen Praxis realer Subjekte. Und solange dieser Vorbehalt durch diese Subjekte eingelöst oder abgelehnt werden kann, ist dies Teil der Spannung jeder emanzipatorischen Bewegung. Was aber ist, wenn sich diese Identität als illusorisch erweist? Wenn diese Idee nicht zur Wirklichkeit und auch die Wirklichkeit nicht zu dieser Idee drängen?

Es stoßen schon im »Manifest« zwei Legitimationsprinzipien des Machtanspruchs der Linken aufeinander – das Prinzip überlegener Einsicht in die Gesamtinteressen (der Klasse) und das Prinzip der aktiven Willensäußerung der Klassenmitglieder durch Wahlen, Versammlungen, Streiks, Demonstrationen und auch Aufstände. Dieser Widerspruch ist aller linken Politik überhaupt eigen und macht einen Grund ihrer Wirkungskraft oder auch Wirkungsschwäche aus. Er lässt sich deshalb auch nicht »auflösen«, sondern nur immer neu bearbeiten. Avantgardismus und Selbstorganisation der sozialen Kräfte sind – im positiven Sinne – zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wichtig sind die Formen, wie dieser Widerspruch ausgetragen wird. Unter den Bedingungen einer Diktatur wird die Berufung auf die »Klasse« zur Anrufung eines imaginären Subjekts, das nicht sprachfähig ist. Kein »Andersdenkender« kann sprechen, kein »Andershan-

delnder« wird geduldet. Solange es einen demokratischen Raum gab, war diese Behauptung, im Namen der Klasse zu sprechen, eine Behauptung, deren Probe das reale Handeln realer Menschen in realen Bewegungen und Institutionen ist. Sie war überprüfbar. Mit der Zerstörung dieses in Russland gerade erst so mühselig entstehenden Raums der Demokratie aber wurde seit Januar 1918 die Probe aufs Exempel unmöglich. Es blieb nur die Anmaßung übrig, als Partei im Namen eines zum Schweigen verdamnten Monosubjekts zu agieren, dessen Mission es sei, eine auf dem Gemeineigentum begründete sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Die Entscheidung der Bolschewiki gegen die Konstituante war nicht nur eine Entscheidung gegen diese besondere Institution der »bürgerlichen« Demokratie, wie sie behaupteten. Wenn es bei der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung geblieben wäre und sich, wie versprochen, die Sowjets als Form radikaler Demokratie hätten behaupten können, hätte die Auflösung der parlamentarischen Vertretungsformen den Übergang von einer bürgerlichen zu einer sozialistischen Demokratie bedeuten können – als großes historisches Experiment. Die entschiedene Berücksichtigung der Forderungen breitester Kreise der Bevölkerung – Frieden, Land und Arbeiterselbstverwaltung – hätte mit dem intensiven Bemühen um eine ebenso breite Koalition zur Zivilisierung der Konflikte, einer Einheitsfront gegen die weißgardistische Reaktion einhergehen können. Die Sowjetregierung hatte bezogen auf die sozialen Forderungen nach dem Oktober 1917 wichtige Voraussetzungen geschaffen. Aber der zweite Schritt blieb aus. Die demokratische Linke von Sozialrevolutionären und Menschewiki hatte in der Kriegs- wie Landfrage völlig versagt. Die leninistische Linke versagte nun in der Demokratiefrage. Damit waren Demokratie wie Sozialismus *gemeinsam* zum Scheitern verurteilt.

Selbst als in der Sowjetunion die Arbeiter den großen Teil der Bevölkerung stellten, als nach den Textbüchern des Marxismus-Leninismus alle Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft gegeben waren, wurde eines bis Ende der 1980er Jahre nie gewährt: das Recht auf freie Rede und freie Wahlen. Denn nie

konnte wirklich davon ausgegangen werden, dass die realen Arbeiterinnen und Arbeiter unter den Bedingungen einer freien Öffentlichkeit tatsächlich und dauerhaft das errichtete System des Parteistaatssozialismus unterstützt hätten. Dies machten sie 1953, 1956, 1968, 1970 und bei allen weiteren Krisen des leninistisch geprägten Sozialismus immer wieder deutlich. Daraus könnte auch geschlossen werden, dass *dieser* Sozialismus und die demokratische Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen unvereinbar sind. Dann aber war das Experiment von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Der Glaube an die überlegene Einsicht einer marxistisch gebildeten Partei erwies sich als Irrglaube und die Weigerung, nur jene Schritte zu gehen, die auch eine demokratische Diskussion aushalten und Mehrheiten hinter sich bringen können, war der Grund, in eine derartige historische Sackgasse zu laufen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Lagers und der Sowjetunion selbst war die Folge dessen, dass kein sozialistischer Ausweg aus dieser Sackgasse gefunden wurde.

Damit entfällt das wichtigste Argument zugunsten des Leninismus: sein Erfolg. Die Zentralisierung der Macht und die Unterdrückung jeder Opposition waren Waffen des Sieges im Bürgerkrieg. Dies schien sie zu legitimieren. Aber sie waren eben nicht einfach Mittel zum Zweck, sondern dem Zweck gemäße Mittel. Denn der unmittelbare Zweck war die Errichtung einer Macht, die keine innere Konkurrenz mehr fürchten musste, die so geschlossen, so einheitlich, so rein sein sollte, dass sie der Aufgabe, ein ungeteiltes Gemeineigentum durchzusetzen, gewachsen sein würde. Diese Macht war nicht das zufällige Nebenprodukt der Umstände, Notbehelf und Mittel der Selbstbehauptung. Sie war selbst das Ziel. Nur in dieser Macht wurde die unmittelbare Einheit von Idee, Macht und realer Bewegung Wirklichkeit – aber als Einheit jenseits aller wirklichen, an die Wurzel gehenden Widersprüche: Eine gemeinsame Idee, eine geschlossene Macht einer Partei und ein Eigentum aller an den Produktionsmitteln war die Vision. Und einmal errungen, sollte diese ganze Macht nie mehr geteilt, den Andersdenkenden nie wieder das Wort erteilt, den Andershandelnden unter keinen Bedingungen die Möglich-

keit zur eigenen Tat noch einmal gegeben werden, damit das Erregene nicht wieder infrage gestellt werden kann.

Damit aber wurde Sozialismus auf den Kopf gestellt, auf die Partei. Anstelle des Primats der Selbstbefreiung der Unterdrückten trat ihre Unterwerfung unter jene, die diese Befreiung monopolisierten und dazu ihrerseits jede autonome Selbstorganisation der Unterdrückten verhinderten. Der Erfolg einer solchen Unterdrückung war offensichtlich. Aber eine Ordnung, die die arbeitenden Klassen zu Befehlsempfängern einer Staatspartei degradiert, die ihr das freie Wort und die freie Organisation verwehrt, kann nicht sozialistisch genannt werden. Der Mythos des Sieges vom Sozialismus in einem Land hat diese Wahrheit für viele lange verdunkelt. Eine Parteidiktatur ohne Demokratie ist möglicherweise antikapitalistisch, aber sie wurde kein Fortschritt hin zum Sozialismus. Die letzte Chance dafür verschwand nach dem XVII. Parteitag der KPdSU 1934. Nach Angaben von Mikojan sollen von 1225 Delegierten in der geheimen Wahl 260 gegen Stalin gestimmt haben, nur drei aber gegen Kirow, den Parteisekretär von Leningrad. Über die Hälfte der auf dem Parteitag Anwesenden wurde in den Jahren danach verhaftet, ein Drittel ermordet. Von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees wurden 98 umgebracht (Wikipedia 2014).

Es gibt eine Losung aus sowjetischen Zeiten, die den ehernen Kern des Leninismus ausdrückt: »Der Leninismus ist allmächtig, weil er wahr ist!« Eine solche Allmacht hatte Lenin 1913 bezogen auf die »Lehre von Marx« behauptet (siehe LW 19/3). Mit der Vernichtung des »Raums der Freiheit« (Arendt 1993) wurde dieser Satz real umgekehrt: Der Leninismus konnte nur deshalb unangefochten Wahrheit für sich behaupten, weil er die Allmacht hatte, jede öffentliche Widerrede zu unterbinden. Es war die gewaltsam durchgesetzte Herrschaft einer Partei, die den Anspruch auf Wahrheit jeder Prüfung durch Wahrheitsdiskurse entzog. Mit dem Raum der Politik verschwand die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen Ideologie und Wahrheit.

Doch darauf lässt sich Leninismus nicht reduzieren. Wie dieses Buch deutlich macht, ist der Leninismus Fleisch vom Fleische des Sozialismus wie des Marxismus. Die Stärke der leninis-

tischen Figur der Legitimation von Macht lag darin, dass sie die Macht der kommunistischen Staatsparteien mit einer großen historischen Vision verband – nämlich mit dem Anspruch auf die Schaffung genau jener Bedingungen, die alle Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben sollte. Es sollte auf der Grundlage von Gemeineigentum und sozialer Gleichheit die Überwindung der Klassenherrschaft eingeleitet werden. Auf diesem Boden sollte die Herrschaft in ihrer staatlichen wie in jeder anderen Form überflüssig werden und absterben und die Freiheit jeder und jedes Einzelnen möglich werden. Also nicht Diktatur im Interesse von Minderheiten, nicht Verteidigung des Status quo, nicht Unterdrückung als Ziel und Zweck, sondern das genaue Gegenteil war der Anspruch, dem diese Diktatur verpflichtet war. Keine andere politische Diktatur hat im 20. Jahrhundert deshalb eine solche Dauer gehabt wie die leninistisch legitimierte, deren Spätformen noch heute Staaten und Gesellschaften prägen. Sie schien in Russland vielen Zeitgenossen nach der Verkommenheit und Degeneration des Zarenreichs und den Schrecken des Ersten Weltkriegs eine wirkliche Alternative. Auch später bewies diese Vision der Einheit von größter Befreiung und durchschlagsfähiger Macht ihre Anziehungskraft. Sie sollte endlich die Fähigkeit zur Überwindung des Kapitalismus hervorbringen. Es war ein ungeheurer Ausbruch aus der Ohnmacht der unteren Klassen, der nun gelingen sollte. Nur war das Resultat neue Ohnmacht genau jener Arbeiterinnen und Arbeiter, die zur Selbstbefreiung aufgerufen wurden.

Der Leninismus ist undenkbar ohne seinen humanistischen Bezugspunkt und doch ist er zugleich ahuman.²¹ Die Arbeiterklasse, die Menschheit werden in ein abstraktes Ideal und damit in einen Götzen verwandelt, dem lebendige Menschen als bloßes Mittel geopfert werden. Dem Leninismus als institutionelle Form fehlt der Raum der Mit-Menschlichkeit. Und es gibt keine institutionellen Barrieren gegen eine solche Politik und keine Mög-

²¹ Die Würde der Einzelnen, der Eigenwert menschlichen Lebens gegenüber allen gesellschaftlichen Zielstellungen wird im Ahumanismus negiert. Es herrscht die »instrumentelle Vernunft« (Horkheimer 2007).

lichkeit der Widerlegung einer solchen Ideologie durch die Berufung auf Tatsachen. Denn diese Tatsachen werden durch genau jene Zustände erklärt, die zu überwinden der Leninismus angetreten sein will.

Selbst der totalisierte Terror ist danach legitimer Ausdruck des Kampfes gegen unmenschliche Zustände. Jeder Widerstand gegen eine solche Politik kann dadurch erklärt werden, dass die Bedingungen für Humanität *noch nicht* gegeben sind. Diese Bedingungen müssten gerade durch die Verschärfung von Herrschaft und Gewalt, also auf unmenschliche Weise, erst geschaffen werden. Eine leninistische Politik tendiert zur Maßlosigkeit. Erst als sie selbstzerstörerisch wurde wie in der Krise vom Herbst 1920, in den späten 1930er Jahren und Anfang der 1950er Jahre, wurden dieser Maßlosigkeit Zügel angelegt, um die Vormacht der Partei und die (relative) Sicherheit der Kader zu gewährleisten. Damit aber wurde sie zugleich anfällig für eine innere Evolution und Selbstaufhebung.

Wieso waren Kommunisten, die ihr ganzes Leben einer Idee gewidmet hatten, so ohnmächtig gegenüber der Leninschen und dann Stalinschen Parteidiktatur? Der erste Grund dafür wird in einem Text von Karl Polanyi deutlich, der 1939 schrieb: »*Die Arbeiterklasse muss für Russland einstehen um des Sozialismus willen.* Beide Teile des Satzes sind von gleicher Wichtigkeit. Für Sozialismus einzustehen und nicht für Russland heißt, den Sozialismus in seiner einzig existierenden Verkörperung zu verraten. Und für Russland einzustehen, ohne den Sozialismus zu erwähnen, wäre gleichfalls ein Verrat am Sozialismus, der allein es Russland wert macht, für dieses zu kämpfen.« (zitiert aus Karl Polanyis Manuskript »Russia and the Crisis« von 1939 in Nagy 1994: 99)

Wie Artur London im Rückblick auf seine Verhaftung und Verurteilung 1952 schreibt: »Gegen den Feind, den man kennt, kann man leicht kämpfen. Im Kampf gegen den Klassenfeind oder die nationalsozialistische Besatzung ist Heldentum natürlich ... Hier jedoch befinde ich mich kraft des Wunsches meiner Partei ... Kann man gegen einen solchen Gegner ankämpfen? ... Für einen Kommunisten ist es unter solchen Umständen nicht nur

unmöglich, seine Unschuld zu beweisen, sondern er steht auch noch vor der folgenden bestürzenden, vernunftwidrigen, aber zwingenden Gewissensfrage: Geht er darauf ein, die ›Geständnisse‹ zu unterschreiben, dann beschreitet er damit in den Augen der Partei den Weg des Büßers! Weigert er sich, weil er unschuldig ist, dann ist er ein verstockter Verbrecher, der mitleidslos liquidiert werden muss.« (London 1991: 173)

Diese Gewissensqualen in Auseinandersetzung mit der »eigenen« Partei erklären aber nicht, warum es möglich war, dass ein politisches und gesellschaftliches System ohne lebendige Demokratie als Sozialismus, warum die Sowjetunion als (unvollkommene, durch Feinde bedrängte) Inkarnation der sozialistischen Idee verstanden werden konnte. Dies aber ist der zweite, der tiefere Grund für die politisch-intellektuelle Unfähigkeit, dem Leninismus zu widerstehen. In der bolschewistischen Tradition des Sozialismus gibt es keinen Platz für den inneren Widerspruch. Jeder Konflikt ist ein von außen herangetragenener Gegensatz. Jede Differenz mit den Interessen des Ganzen erscheint bestenfalls als kleinbürgerliches Ressentiment und schlimmstenfalls als offener Verrat an der kommunistischen Sache und Idee. Die Einheit erscheint als das Ideal und die Differenz selbst als Verschuldung gegenüber dem Ideal.

In seinem einflussreichen *Gesetzbuch der Gütergemeinschaft* von 1842 entwickelt Théodore Dézamy Grundpositionen des Arbeiterkommunismus in der Tradition von Babeuf. Hier wird die unmittelbare Interessenidentität zwischen Individuum und Gemeinschaft zur Voraussetzung wie zum Produkt des Kommunismus erklärt und behauptet: »Muss man nicht alle Tätigkeiten, Anstrengungen, Talente und alle Energien zentralisieren, konzentrieren, kombinieren, vereinigen und in Übereinstimmung bringen? Mit einem Wort, brauchen wir nicht die vollendete und uneingeschränkte Gütergemeinschaft, die universelle Gütergemeinschaft?« (Dézamy 1975: 501f.)

Die Reduktion von Gesellschaft auf eine einzige unteilbare universelle Gemeinschaft (siehe dazu Ruben 1998) ist das originär kommunistische Erbe im Leninismus. Die kommunistische Partei erscheint dann folgerichtig als die vorweggenommene

ideale Gemeinschaft, die Schritt für Schritt die ganze Gesellschaft umfassen wird. Damit aber wurde für überzeugte Parteikommunisten schon der »geringste Zwiespalt« mit der Partei zu einem qualvollen Selbstwiderspruch, war per se unkommunistisch. Der Schutz der Einzelnen vor der Gemeinschaft, der Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft, die Konstituierung von kulturellen, politischen und ökonomischen Sonderinteressen, geschweige denn einer politischen Opposition, erschienen so im günstigsten Fall als noch zu dulddende bürgerliche »Muttermale« der alten Gesellschaft, hatten keinerlei positiven gesellschaftlichen Gehalt. Die Partei selbst verstand sich zugleich als Assoziation der Freien und Gleichen (als Antizipation einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft) und als Kampfbund, der diese Assoziation gegen alle Widerstände verwirklicht. Gerade die völlige Unterwerfung unter diesen Zwang sei der Weg seiner Aufhebung. Bis zur Einlösung der kommunistischen Utopie blieben die Einzelnen wehrlos der leninistischen Macht ausgeliefert, um dann, so das Versprechen, zum Selbstzweck zu werden.

Der Leninismus war ein Widerspruch in sich und damit – für eine bestimmte Zeit – entwicklungsfähig. Die Instrumentalisierung konkreter sozialer, demokratischer und friedensorientierter Anliegen erzeugte vor dem Hintergrund der humanistischen Vision starke Gegenteilstendenzen, war doch die Gemeinschaftlichkeit als Mittel zur Freiheit der Einzelnen gedacht. Um der Strafe des Untergangs willen musste realpolitisch zudem der Realität komplexer Vergesellschaftungsprozesse Rechnung getragen werden. Interessenwidersprüche brachen auf, die nicht einfach unterdrückt werden konnten. Aus dem Wechselspiel von Idealen, Realpolitik und Interessenwidersprüchen gingen soziale und kulturelle Reformbewegungen und auch Dissidenz hervor, wurde an einer sozialen Normalität gearbeitet, gab es Reformen von Strafrecht und Justiz.

Umso weniger an die unmittelbare Verwirklichung der kommunistischen Utopie geglaubt werden konnte, umso mehr auch um der Stabilität politischer Macht willen die konkreten Bedürfnisse großer sozialer Gruppen berücksichtigt wurden und den

Realitäten komplexer Gesellschaften Rechnung getragen werden musste, umso größer wurde auch der Raum für solche Reformen im Hier und Jetzt. Sie höhlten in immer neuen Wellen die Substanz des Leninismus und den Glauben an seine Legitimationsideologie aus (zu den Krisenwellen des Staatspartei-Sozialismus siehe Brie 1992).

Die Geschichte des sowjetisch geprägten Staatssozialismus ist nur aus dieser inneren Widersprüchlichkeit des Leninismus und der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen in der kommunistischen Führung, den Mitgliedern der Staatspartei sowie in großen Teilen der Bevölkerung zu erklären. Der Leninismus scheiterte an sich selbst, an der Unmöglichkeit, sein Projekt unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften auf Dauer zu stellen. Er ging in einen »Breschnewismus« über, für den Stabilität zum Selbstzweck wurde. Doch dies ging nicht lange gut. Die Anhänger des Leninismus mussten sich letztlich entscheiden: Festhalten an einem entleerten Machtanspruch oder Neuorientierung auf nationalistischer oder universalistischer, konservativer, liberaler oder sozialistischer Grundlage.

Es dauerte siebzig Jahre, bis Bewegungen von unten wie die von Solidarność und die von oben durch Gorbatschow den Raum des Dialogs und der Freiheit wieder hervorbrachten, der 1918 zerstört worden war. Diese Bewegungen und Reformprojekte erwachsen auch aus den inneren Widersprüchen des Leninismus selbst, seiner Berufung auf die Arbeiterklasse einerseits und auf eine große humanistische Vision andererseits, die es freizusetzen gelte. Dann aber zeigte sich: Die werktätigen Klassen hatten sich auf der Basis der Erfahrung davon überzeugen müssen, dass der Leninismus mit der Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse unvereinbar ist.

Aber die Aufgabenstellung solidarischer Emanzipation ist damit nur in neuer Gestalt auf der Tagesordnung. Sozialismus als reale Bewegung über den Kapitalismus hinaus wird nur dann eine Zukunft haben, wenn mit dem Leninismus als System und Strategie gebrochen wird, mit jenem Leninismus, der diese Vision für über siebzig Jahre eingesperrt hatte. Demokratie und

Sozialismus gehören untrennbar zusammen, sind beide zugleich Weg und Ziel, Mittel und Zweck, Form und Inhalt solidarischer Emanzipation. Es ist dies die noch einzulösende Vision eines Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2005): *State of Exception*. Chicago. (dt.: *Ausnahmestand*. Frankfurt a.M. 2004).
- Agamben, Giorgio (2006): *Die Zeit, die bleibt*. Ein Kommentar zum Römerbrief. Frankfurt a.M.
- Althusser, Louis (1974): *Lenin und die Philosophie*. Über die Beziehung von Marx zu Hegel. Lenins Hegel-Lektüre. Reinbek.
- Anderson, Kevin (1995): *Lenin, Hegel and Western Marxism*. A Critical Study. Urbana.
- Arendt, Hannah (1993): *Was ist Politik?* Fragmente aus dem Nachlass. München.
- Arndt, Andreas (1982): *Lenin – Politik und Philosophie*. Zur Entwicklung einer Konzeption materialistischer Dialektik. Bochum.
- Artizov, A.N./Vodop'janova, Z.K./Domračeva, E.V./Makarov, V.G./Christoforov, V.S. (2008): »Očistim Rossiju nadolgo...« Repressi protiv inakomysljaščich. Konec 1921 – načalo 1923 (»Wir reinigen Russland für lange ...« Repressionen gegen Andersdenkende. Ende 1921–Anfang 1923). Moskva.
- Baier, Walter (2011): Von Nationen und »Natiönchen«, historischen und »geschichtslosen« Völkern – Rosa Luxemburg, W. I. Lenin und Otto Bauer. In: Brie, Michael/Haug, Frigga (Hrsg.), *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung*. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg. Baden-Baden, 145-169.
- Bakunin, Michail A. (1999): *Ausgewählte Schriften*, Band 4: Staatlichkeit und Anarchie. Berlin.
- Balabanoff, Angelica (2013): *Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel*. Erinnerungen. Berlin.
- Bebel, August (1879): *Die Frau und der Sozialismus*. Zürich.
- Benjamin, Walter (1982): *Das Passagen-Werk*. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. V. Frankfurt a.M.
- Benjamin, Walter (1989): *Zur Kritik der Gewalt*. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. II. Erster Teil. Frankfurt a.M., 179-203.
- Bloch, Ernst (2007): *Naturrecht und menschliche Würde*. Frankfurt a.M.
- Bock, Helmut (2013): *Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolution 1789 bis 1989*. Tragödien und Legenden. Berlin.
- Bodin, Jean (1986): *Sechs Bücher über den Staat*. Buch I-III. Herausgegeben von Peter Cornelius Mayer-Tasch. München.

- Boer, Roland (2015): *Between Vulgar and Ruptural Dialectic: Reassessing Lenin on Hegel*. In: *International Critical Thought*, 5 (1), 52-66.
- Bollinger, Stefan (2006): *Lenin. Träumer und Realist*. Wien.
- Braun, Volker (1981): *Vom Besteigen hoher Berge*. In: *Training des aufrechten Gangs*. Halle/Leipzig, 34-35.
- Brie, Michael (1992): »Selbstaufhebung« des Realsozialismus. In: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.), *Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich*. Hamburg, 57-100.
- Brie, Michael (1998): *Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen*. In: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.), *Einheit als Privileg?* Frankfurt a.M./New York, 39-104.
- Brie, Michael (2004): *Die witzige Dienstklasse. Der politische Witz im späten Staatssozialismus*. Berlin.
- Callinicos, Alex (2014): *Lenin im 21. Jahrhundert?* In: Žižek, Slavoj/Kouvelakis, Stathis/Budgen, Sebastian (Hrsg.), *Lenin Reloaded*. Hamburg, 25-50.
- Camus, Albert (1997): *Der Mensch in der Revolte*. Reinbek bei Hamburg.
- Cliff, Tony (2002): *Building the Party. Lenin 1893-1914*. Chicago.
- Cliff, Tony (2004): *All Power to the Soviets. Lenin 1914-1917*. Chicago.
- Cliff, Tony (2012): *The Revolution Besieged. Lenin 1917-1923*. Chicago.
- Demirović, Alex (2014): *Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation*. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster, 419-435.
- Dézamy, Théodore (1975): *Gesetzbuch der Gütergemeinschaft*. In: Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud (Hrsg.), *Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx*. Band II: *Texte*. Leipzig, 468-502.
- Dimitroff, Georgi (2000): *Tagebücher 1933-1943*. Berlin.
- Djilas, Milovan (1958): *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*. München.
- Engels, Friedrich (1887): *Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806 -1807«]*. In: MEW, Bd. 21. Berlin, 346-351.
- Engels, Friedrich (1973): *Von der Autorität*. In: MEW. Berlin, 305-308.
- Figs, Orlando (2014): *Russland. Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*. Berlin.
- Fischer, Louis (2001): *The Life of Lenin*. London.

- Furet, François/Richet, Denis (1987): Die Französische Revolution. Frankfurt a.M.
- Gautschi, Willi (1973): Lenin als Emigrant in der Schweiz. Zürich/Köln.
- Gooding, John (2002): Socialism in Russia. Lenin and his Legacy, 1890-1991. New York.
- Görler, Woldemar (1994): Arkesilaos. In: Flashar, Hellmut (Hrsg.), Grundriss der Geschichte der Philosophie, Die Philosophie der Antike, Bd. 4/2: Die hellenistische Philosophie. 2. Basel, 786-828.
- Greimas, Algirdas Julien (1972): Die Struktur der Erzählaktanten. Versuch eines generativen Ansatzes. In: Ihwe, Jen (Hrsg.), Literaturwissenschaft und Linguistik. Ergebnisse und Perspektiven. Band III. Zur linguistischen Basis der Literaturwissenschaft II. Frankfurt a.M., 218-238.
- Harvey, David (2009): Was tun? Und wer zum Teufel tut es? In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, (1), 100-109.
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): Hegemonie. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/1. Hamburg, 1-25.
- Hedeler, Wladislaw/Külow, Volker (2016): Die Entstehung und Veröffentlichung von Lenins Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«. In: Hedeler, Wladislaw/Külow, Volker (Hrsg.), W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: Gemeinverständlicher Abriss – Kritische Neuausgabe. 195-296.
- Hedeler, Wladislaw/Schützler, Horst/Striegnitz, Sonja (Hrsg.)(1997a): Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung. 6. Januar 1918. In: Hedeler, Wladislaw/Schützler, Horst/Striegnitz, Sonja (Hrsg.), Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin, 415-417.
- Hedeler, Wladislaw/Schützler, Horst/Striegnitz, Sonja (Hrsg.) (1997b): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1967): Phänomenologie des Geistes. Berlin.
- Hill, Christopher (1971): Lenin and the Russian Revolution. Middlesex.
- Horkheimer, Max (2007): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt a.M.
- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) (1999): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin.
- Institut Marksizma-Leninizma pri ZK KPSS (1958): Protokoly Cen-

tral'nogo Komiteta RSDRP (b). Avgust 1917–Fevral' 1918 (Protokolle des Zentralkomitees der RSDAP(B), August 1917–Februar 1918). Moskva.

Internationale sozialistische Konferenz (1967): In: Lademacher, Horst (Hrsg.), Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz. Bd. 1: Protokolle. The Hague/Paris, 166-169.

Jameson, Frederic (1997): Epoche. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 3: Ebene bis Extremismus. Hamburg, 659-682.

Kant, Immanuel (1968): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: Kants Werke. Akademie-Textausgabe. Band IV. Berlin, 385-464.

Kautsky, Karl (1892): Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Theil. Stuttgart.

Kautsky, Karl (1906): Die Soziale Revolution. Berlin.

Kautsky, Karl (2017): Diktatur und Demokratie. In: Schütrumpf, Jörn (Hrsg.), Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18. Berlin, 142-148.

Keller, Otto/Hafner, Heinz (1990): Arbeitsbuch zur Textanalyse. Semiotische Strukturen, Modelle, Interpretationen. München.

Klein, Dieter (2011): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. In: rls Standpunkte, (34). Text abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_34-2011.pdf.

Klein, Dieter (2012): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken. In: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, 119-134.

Kleist, Heinrich von (1900): Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden. In: Sämtliche Werke. Band 3. Leipzig, 221-226.

Klenner, Hermann (1980): Mister Locke beginnt zu publizieren oder Das Ende der Revolution. In: Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt. Herausgegeben von Hermann Klenner. Leipzig, 295-328.

Kollontai, Alexandra (1921): Rabočaja opozicija (Arbeiteropposition). Text abrufbar unter: <http://revarchiv.narod.ru/kollontaj/oeuvre/opposition.html>.

Kosing, Alfred/Hahn, Erich/Schliwa, Harald/Schulze, Ingrid/Hagen, Michael (1986): Dialektik des Sozialismus. Berlin.

- Kouvelakis, Stathis (2014): Lenin als Leser Hegels. Hypothesen für eine Lektüre von Lenins Konspekt zu Hegels »Wissenschaft der Logik«. In: Žižek, Slavoj/Kouvelakis, Stathis/Budgen, Sebastian (Hrsg.), *Lenin Reloaded*. Hamburg, 183-226.
- Krausz, Tamás (2015): *Reconstructing Lenin. An Intellectual Biography*. New York.
- Kropotkin, Pjotr A. (1982): *Die große Französische Revolution 1789-1793*. Aus dem Französischen übersetzt von Gustav Landauer. Bd. 1. Leipzig und Weimar.
- Kursanow, G. (Hrsg.) (1976): *Geschichte der marxistischen Dialektik. Die Leninsche Etappe*. Berlin.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 2. Aufl. Wien.
- Lademacher, Horst (Hrsg.) (1967): *Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz*. Bd. 1: Protokolle. The Hague/Paris.
- Lenin, Vladimir I. (1999): *Neizvestnye dokumenty. 1891-1922 (Unbekannte Dokumente. 1891-1922)*. Moskva.
- Lenin, W.I. (1920): *Zamečanija na knigu N.I. Bucharina »Ėkonomika perechodnogo perioda« (Bemerkungen zum Buch von N.I. Bucharin »Ökonomie der Übergangsperiode« (1920)*. Text abrufbar unter: <http://leninism.su/works/115-conspect/4337-leninskij-sbornik-xi.html?showall=&start=5>.
- Lenin, W.I. (1957): *Clausewitz' Werke »Vom Kriege«*. Auszüge und Randglossen. Berlin.
- Lenin, W.I. (1971): *Marxismus und Staat*. Berlin.
- Lenin, Wladimir I. (1963): *Konspekt zum »Briefwechsel zwischen Karl Marx und Friedrich Engels 1844-1883«*. Berlin.
- Lewin, Moshe (1979): *Lenin's Last Struggle*. New York. (dt.: *Lenins letzter Kampf*. Hamburg 1970).
- Lih, Lars T. (2008): *Lenin Rediscovered: What Is to Be Done? In Context*. Chicago/Minneapolis.
- Locke, John (1980): *Abhandlung über den wahren Ursprung, Umfang und Zweck des staatlichen Gemeinwesens*. In: *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt*. Herausgegeben von Hermann Klenner. Leipzig, 95-288.
- Loginov, Vladlen (2013): *Vladimir Lenin. Na grani vozmožnogo (Wladimir Lenin. An der Grenze des Möglichen)*. Moskva.
- London, Artur (1991): *Ich gestehe. Der Prozess um Rudolf Slansky*. Berlin.
- Lopatin, G.A. (1883): *Aus einem Brief an M.N. Oschanina vom 30. Sep-*

- tember 1883. In: MEW, Bd. 21. Berlin, 487-489.
- Löwy, Michael (1976): From The »Logic« of Hegel to The Finland Station in Petrograd. In: Critique. Journal of Socialist Theory, 6 (1), 5-15.
- Luxemburg, Rosa (1914): Trümmer. In: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin, 9-11.
- Luxemburg, Rosa (1916): Die Krise der Sozialdemokratie. In: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin, 49-164.
- Luxemburg, Rosa (1918): Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin, 332-365.
- Lyotard, Jean-François (2015): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Wien.
- Marcu, Valeriu (1970): Lenin. Die klassische Biographie. München.
- Martov, Julius O. (2000a): Linija social-demokratii (Die Linie der Sozialdemokratie). In: Izbrannoe (Ausgewähltes). Moskva, 386-392.
- Martov, Julius O. (2000b): Revolucija i Učreditel'noe Sobranie (Revolution und Verfassungsgebende Versammlung). In: Izbrannoe (Ausgewähltes). Moskva, 361-363.
- Martov, Julius O. (2014): Pis'ma i dokumenty. 1917-1922 (Briefe und Dokumente. 1917-1922). Moskva.
- Marx, Karl (1846): Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«. In: MEW, Bd. 4. Berlin, 63-182.
- Marx, Karl (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW, Bd. 13. Berlin, 7-11.
- Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19. Berlin, 13-32.
- Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: MEW, Bd. 23. Berlin.
- Millar, James R. (Hrsg.) (2003): Encyclopedia of Russian History. New York.
- Nagy, Endre J. (1994): After Brotherhood's Golden Age: Karl and Michael Polanyi. In: McRobbie, Kenneth (Hrsg.), Humanity, society, and commitment. On Karl Polanyi. Montréal/New York, 81-112.
- Naumov, V.P./Kosakovskij, A.A. (Hrsg.) (1997): Kronštadt 1921. Moskva.
- Negri, Antonio (2014): Factory of Strategy: Thirty-Three Lessons on Lenin. New York.
- Novickaja, T. E. (1991): Učreditel'noje sobranie. Rossija 1918. Stenogramma i drugie dokumenty (Die Verfassungsgebende Versammlung. Russland 1918. Stenogramm und andere Dokumente). Moskva.
- Parteivorstand der SPD (1912): Außerordentlicher Sozialisten-Kongress

- zu Basel am 24. und 25. November 1912. Berlin.
- Plechanov, G.V. (1956a): Naši raznoglasija (Unsere Meinungsverschiedenheiten). In: Izbrannye filosofskije proizvodenija (Ausgewählte philosophische Schriften). Bd. 1. Moskva, 115-370.
- Plechanov, G.V. (1956b): Programma social-demokratičeskoj grupy »Osvoboždenie truda« (Programm der sozialdemokratischen Gruppe »Befreiung der Arbeit«). In: Izbrannye filosofskije proizvodenija (Ausgewählte philosophische Schriften). Bd. 1. Moskva, 371-376.
- Projekt Klassenanalyse (1972): Leninismus – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus. Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W.I. Lenin. Berlin (West).
- Protasov, L.G. (1997): Vserossijskoe učredidel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli (Die Allrussische Verfassungsgebende Versammlung. Geschichte ihrer Entstehung und ihres Untergangs). Moskva.
- Provisional Revolutionary Committee of Kronstadt (1921): What We Are Fighting For? In: Kronstadt Izvestiia, No. 6, March 8 1921. Text abrufbar unter: <http://libcom.org/library/kronstadt-izvestiia-6> (Zugriff am 15.2.2017).
- Rabinowitch, Alexander (2010): Die Sowjetmacht: Das Erste Jahr. Essen.
- Rabinowitch, Alexander (2012): Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917. Essen.
- Reisberg, Arnold (1977a): Lenin – Dokumente seines Lebens 1870-1924. Band 1. Leipzig.
- Reisberg, Arnold (1977b): Lenin – Dokumente seines Lebens 1870-1924. Band 2. Leipzig.
- Ruben, Peter (1998): Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte Initial, 9 (1), 5-18.
- Ruge, Wolfgang (2010): Lenin. Vorgänger Stalins. Berlin.
- Ryan, James (2012): Lenin's Terror: The Ideological Origins of Early Soviet State Violence. London/New York.
- Schumann, Michael (2004): Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!«. Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen. In: Adolphi, Wolfram (Hrsg.), Michael Schumann – Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000. Berlin, 94-111.
- Schütrumpf, Jörn (Hrsg.) (2017): Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18. Berlin.
- Sennikov, Boris B. (2004): Tambovskoe vosstanie 1918-1921 gg. (Der Aufstand von Tambov in den Jahren von 1918 bis 1922). Text abrufbar unter: <https://rusk.ru/vst.php?idar=321701> (Zugriff am 15.2.2017).
- Sidorovnin, G.P. (Hrsg.) (1991): Vožd'. Lenin, kotorogo my ne znali

(Der Führer. Lenin, den wir nicht kannten). Saratov.

Siegelbaum, Lewis H. (1992): *Soviet State and Society between Revolutions, 1918-1929*. Cambridge.

Solschenizyn, Alexander (1980): *Lenin in Zürich*. Reinbek bei Hamburg.

Stalin, J.W. (1924): *Zum Tode Lenins*. Rede auf dem II. Sowjetkongress der UdSSR, 26. Januar 1924. Text abrufbar unter: http://ciml.250x.com/archive/stalin/german/gst_lenin.html (Zugriff am 26.2.2017).

Stiehler, Gottfried (1977): *Widerspruchsdialektik und Gesellschaftsanalyse*. Berlin.

Suchanow, Nikolaj Nikolajewitsch (1967): *1917, Tagebuch der Russischen Revolution*. München.

Thompson, Edward P. (1987): *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt a.M.

Tillich, Paul (1972): *A history of Christian thought, from its Judaic and Hellenistic origins to existentialism*. New York.

Trotsky, Leon (1969): *Results and Prospects*. In: *The Permanent Revolution and Results and Prospects*. New York, 27-122.

Trotzki, Leo (1996): *Über Lenin: Material für einen Biographen*. Essen.

Trotzki, Leo (2009): *Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?* Essen.

Tschernyschewski, Nikolaj G. (1952): *Was tun? Aus Erzählungen von neuen Menschen*. Berlin (DDR).

Wallerstein, Immanuel (2004): *World-System Analysis*. *Encyclopedia of Life Support Systems (EOLSS)*, Oxford.

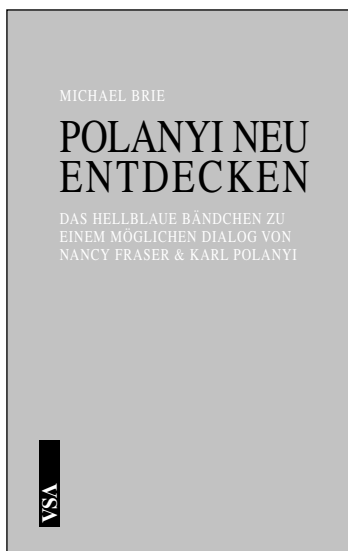
Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Mit textkritischen Erläuterungen herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen.

Wikipedia (2014): *XVII. Parteitag der KPdSU*. Wikipedia. Text abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/XVII._Parteitag_der_KPdSU (Zugriff am 15.2.2017).

Wikipedia (2015): *Kairos*. Wikipedia. Text abrufbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kairos> (Zugriff am 15.2.2017).

Wikipedia (2017): *Vserossijskoe učreditel'noe sobranie (Allrussische Verfassungsgebende Versammlung)*. Wikipedia. Text abrufbar unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Russische_konstituierende_Versammlung_\(russ._Fassung\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Russische_konstituierende_Versammlung_(russ._Fassung)) (Zugriff am 1.3.2017).

VSA: Die hellblauen Bändchen



Michael Brie

Polanyi neu entdecken

176 Seiten | € 10.00

ISBN 978-3-89965-642-8

Michael Brie führt in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein und skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Elmar Altvater

Marx neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie

144 Seiten | € 9.00

ISBN 978-3-89965-499-8

Elmar Altvater

Engels neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur«

160 Seiten | € 10.00

ISBN 978-3-89965-643-5

»Die hellblauen Bändchen« möchten Begleiter dabei sein, die »Blauen Bände« von Karl Marx und Friedrich Engels neu zu entdecken.

www.vsa-verlag.de

VSA: Transformationen



Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden
Beiträge zur kritischen
Transformationsforschung 3
Eine Veröffentlichung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
264 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-677-0
Debatten zu Postwachstum, Care-
Arbeit und Commons/Gemeingütern
hinterfragen den Status quo. Das Buch
sammelt diese innovativen Ansätze und
versteht sich als Beitrag zur »Trans-
formationsforschung«.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Lutz Brangsch/Michael Brie (Hrsg.)
Das Kommunistische
Oder: Ein Gespenst kommt nicht
zur Ruhe
Mit Beiträgen von Bini Adamczak,
Friederike Habermann und
Massimo De Angelis
Eine Veröffentlichung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
272 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-627-5
Es muss geprüft werden, welche
Experimente, Ansätze und Initiativen,
die als kommunistisch bezeichnet wer-
den können, für die aktuellen Kämpfe
tragfähig sind. Denn es geht um eine
freie Gemeinschaftlichkeit der Gleichen
– im Produzieren und Kommunizieren,
im Austausch wie auch im Leben
überhaupt.

www.vsa-verlag.de